

Die Zukunft liegt in Ihrer Hand  
Ihre Meinung zählt

# Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas

Dritter Zwischenbericht  
November 2021



*Haftungsausschluss: Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der Verfasser und gibt nicht die Auffassungen der EU-Organe oder der Konferenz zur Zukunft Europas wieder.*

*Analyse durchgeführt von Kantar Public.*



# Inhalt

<b>EINLEITUNG</b>	<b>4</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>6</b>
<b>1. ÜBERBLICK ÜBER DIE BEITRÄGE AUF DER PLATTFORM</b>	<b>13</b>
<b>2. KLIMAWANDEL UND UMWELT</b>	<b>22</b>
<b>3. GESUNDHEIT</b>	<b>29</b>
<b>4. EINE STÄRKERE WIRTSCHAFT, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG</b>	<b>36</b>
<b>5. DIE EU IN DER WELT</b>	<b>44</b>
<b>6. WERTE UND RECHTE, RECHTSSTAATLICHKEIT, SICHERHEIT</b>	<b>50</b>
<b>7. DIGITALER WANDEL</b>	<b>56</b>
<b>8. DEMOKRATIE IN EUROPA</b>	<b>63</b>
<b>9. MIGRATION</b>	<b>70</b>
<b>10. BILDUNG, KULTUR, JUGEND UND SPORT</b>	<b>75</b>
<b>ANHANG I: AUFSTELLUNG DER AM HÄUFIGSTEN UNTERSTÜTZTEN UND KOMMENTIERTEN IDEEN NACH THEMEN</b>	<b>82</b>
<b>ANHANG II: METHODE</b>	<b>91</b>



# Einleitung

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas haben das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission den europäischen Bürgerinnen und Bürgern aus allen 27 Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, sich an einer Debatte über die Herausforderungen und Prioritäten zu beteiligen, um gemeinsam ein zukunftsfähiges Europa zu schaffen. Im Rahmen der Konferenz wurde am 19. April 2021 eine mehrsprachige digitale Plattform (im Folgenden als „Plattform“ bezeichnet) ([futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu)) ins Leben gerufen, die während der gesamten Arbeiten der Konferenz online bleiben wird.

Die Plattform ist ein Schlüsselement der Konferenz; sie gibt jeder EU-Bürgerin und jedem EU-Bürger die Möglichkeit zur Beteiligung in einer der 24 Amtssprachen der EU. Bürgerinnen und Bürger können ihre Ideen

vorbringen und ihre Unterstützung oder Gedanken zu den Vorstellungen anderer äußern. Außerdem bietet die Plattform jedem die Möglichkeit, Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz anzukündigen und über deren Ergebnisse zu berichten.

Alle Beiträge auf der Plattform werden gesammelt und analysiert und fließen in die Arbeit der [Europäischen Bürgerforen](#) und der [Plenarversammlung der Konferenz](#) ein.

Bisher wurden zwei [Zwischenberichte](#) veröffentlicht, die die Beiträge auf der Plattform bis zum 7. September 2021 abdecken.

Zweck dieses dritten Zwischenberichtes ist es, zusätzlich Beiträge bis zum 3. November 2021 abzudecken; er bietet außerdem mehr Einblicke in die Veranstaltungen.



Detailliertere Informationen zu den Beiträgen der einzelnen Mitgliedstaaten auf der Plattform sind in einem zusätzlichen Bericht enthalten, der gleichzeitig auf der Plattform zur Verfügung gestellt wird. Anfang nächsten Jahres werden wir einen weiteren Bericht mit einem Überblick über die auf der Plattform neu hinzugekommenen Beiträge – auch aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaat – vorlegen.

Die Ergebnisse dieses Berichts können in keiner Weise als Vorwegnahme der Ergebnisse der Diskussionen der Konferenz zur Zukunft Europas angesehen werden. Bei der Lektüre dieses Berichts ist auch zu berücksichtigen, dass die Beiträge auf der Plattform die Ansichten der jeweiligen Beitragenden widerspiegeln und nicht als Ausdruck der Ansichten der europäischen Bürgerinnen und Bürger insgesamt betrachtet werden sollten. Sie werden im Rahmen der Europäischen Bürgerforen und der Plenarversammlung der Konferenz weiter erörtert und bewertet.

Die Analyseergebnisse werden in dem Bericht entsprechend den auf der Plattform festgelegten Themen dargelegt:

- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Die EU in der Welt
- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- Digitaler Wandel
- Demokratie in Europa
- Migration
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die auf der Plattform unter „Weitere Ideen“ genannten Ideen wurden einem der neun oben genannten Themen oder – im Falle von Querschnittsfragen – mehreren Themen zugeordnet. Für jedes Thema wird ein Überblick über die thematische Bündelung der Ideen und Veranstaltungen gegeben. Eine Mindmap für jedes Thema dient der visuellen Darstellung der inhaltlichen Analyse nach Aspekten und Unteraspekten.

### Hinweis zur Methodik

Der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts liegt auf einer **qualitativen Analyse** der Beiträge auf der Plattform. Diese Analyse wird auf der Grundlage der von den Beitragenden eingebrachten Ideen und Kommentare durchgeführt, um einen breiten Überblick über die Inhalte der Plattform zu erzielen. Konkret hat ein Forschungsteam zu jedem Thema mithilfe eines computergestützten Clustering-Tools eine manuelle Textanalyse und Bündelung (Clustering) der vorgeschlagenen Ideen und der abgeschlossenen Veranstaltungen mit Veranstaltungsberichten durchgeführt. Nachfolgend wurde eine Zusammenfassung der gemeinsamen Aspekte und möglichen Unter Aspekte vorbereitet. Die Clusteranalyse nach Aspekten und Unteraspekten wird innerhalb der vorgegebenen Themen durchgeführt. Das bedeutet, dass themenübergreifende Ideen oder Ideen, die von den Beitragenden unter mehreren Themen oder unter „Weitere Ideen“ eingereicht wurden, in diesem Bericht unter den jeweiligen Themen mehrmals erscheinen können. Dieser Ansatz wurde gewählt, um eine ganzheitliche Perspektive auf jedes Thema der Konferenz zu bieten.

Anliegen, die von einer kleinen Anzahl von Beitragenden vorgebracht wurden, fließen in diese Analyse ebenfalls ein, wenn sie im Vergleich zu den Standpunkten der anderen Beitragenden eine neue Sichtweise bieten. Ziel ist es, eher einen allgemeinen Überblick über die Breite und Vielfalt der gegenwärtig auf der Plattform vorgeschlagenen Ideen zu bieten, als sich auf die relative Unterstützung von Ideen oder den Umfang bestimmter Aspekte und Unter Aspekte zu konzentrieren.

**Quantitative Elemente** (Anzahl von Ideen, Kommentaren, Unterstützungen, Veranstaltungen) werden jedoch erwähnt, um den gegenwärtigen Stand der Diskussionen auf der Plattform, darunter auch einen hohen Stand des Interesses an oder der Diskussion über bestimmte Ideen, widerzuspiegeln (siehe **Anhang I**).

Bitte beachten Sie auch, dass in der Analyse in diesem Bericht der Ausdruck „**Beiträge**“ für eine Kombination von Ideen, Kommentaren und Veranstaltungen steht.

Weitere Einzelheiten zum methodologischen Ansatz sind in **Anhang II** enthalten.



# Zusammenfassung

In diesem Bericht werden die Aktivitäten auf der mehrsprachigen digitalen Plattform für die Konferenz zur Zukunft Europas von ihrer Einrichtung bis zum 3. November 2021 zusammengefasst.

Während dieses Zeitraums wurden auf der Plattform 29 012 Beiträge verzeichnet, darunter 9337 Ideen, 16 017 Kommentare und 3658 Veranstaltungen zu allen 10 Themen.

Die mit Abstand meisten Beiträge wurden bisher zu den Themen „Demokratie in Europa“ und „Klimawandel und Umwelt“ eingereicht, gefolgt vom offenen Thema „Weitere Ideen“.

Es gingen Beiträge aus allen EU-Ländern ein. Seit dem Start der Plattform wurden in absoluten Zahlen die meisten Beiträge aus Deutschland eingereicht, jedoch verzeichnen die kleineren Länder im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung mehr Beiträge, wobei Malta am aktivsten ist. Im Zeitraum seit dem 8. September wurden in Ungarn im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die meisten Beiträge verfasst. Es gibt auch einige Beiträge aus Drittländern.

Etwa 57 % der Beitragenden haben sich als männlich und 15 % als weiblich identifiziert. Jedoch hat mehr als ein Viertel der Beitragenden keine Angaben zum Geschlecht gemacht. In diesem Zusammenhang sollte betont werden, dass auch Organisationen Beiträge zur Plattform leisten können.



Was das Profil der Teilnehmenden betrifft, so ist die Altersverteilung recht vielfältig, wobei die 55- bis 69-Jährigen die aktivste Altersgruppe sind, dicht gefolgt von den 25- bis 39-Jährigen.



## Klimawandel und Umwelt

Die Beitragenden sind wegen des Klimawandels und seiner Auswirkungen sowie zahlreicher anderer Umweltprobleme besorgt. Sie rufen zu konkreten Maßnahmen wie Umweltsubventionen und -steuern sowie zu Bildungs- und Kommunikationsinitiativen auf EU-Ebene auf, um sie anzugehen. Manche Beitragenden bringen im Zusammenhang mit der Klimapolitik das Problem der sozialen Gerechtigkeit zur Sprache. Die Ideen lassen sich thematisch wie folgt gruppieren:

- Umweltverschmutzung wird als eine der Hauptursachen für die Belastung der Umwelt genannt: Wasserverschmutzung, aber auch Entwaldung und Umweltverschmutzung durch Kunststoffnutzung sowie Lichtverschmutzung
- In den Beiträgen wird ein ökologischer Wandel diskutiert und es werden Maßnahmen zur weltweiten Verringerung von Kohlenstoffemissionen vorgeschlagen. Manche Beitragenden beziehen sich auf den europäischen Grünen Deal und fordern einen stärker sozial inklusiven Ansatz
- Unter dem Aspekt Energie sprechen sich die Beitragenden nachdrücklich für die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und eine größere Energievielfalt durch Forschung und Innovation auf dem Gebiet alternativer Energiequellen aus. Einige weisen jedoch auf die Frage der Akzeptanz in der Bevölkerung hin
- Einstellung umweltschädlicher Subventionen und Vorschlag einer Nachhaltigkeitssteuer
- Im Zusammenhang mit dem Aspekt Verbrauch fordern die Beitragenden strengere Maßnahmen zur Bekämpfung von Abfall und Lebensmittelverschwendung und zur Förderung des Recyclings, die sowohl auf die Hersteller als auch auf die Verbraucher abzielen. Darüber hinaus

fordern sie Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigeren Verbrauchs in zahlreichen Branchen, die vom Tourismus über Mode bis hin zu elektronischen Geräten reichen

- Die Teilnehmenden wollen Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung und Nutzung alternativer, umweltfreundlicher Transportmittel. Sie machen verschiedene Vorschläge zur Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- Ein wichtiger Unteraspekt zum Aspekt Landwirtschaft besteht in der Forderung, den Einsatz von Pestiziden zu unterbinden und allgemein umweltfreundlichere landwirtschaftliche Verfahren einzuführen. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Umwelt umfassen die Förderung der lokalen Landwirtschaft, der biologischen Vielfalt, der vegetarischen oder veganen Ernährung und fairer Preise für Landwirte
- Die Teilnehmenden fordern eine Förderung der biologischen Vielfalt durch Wiederaufforstung, die Eindämmung der Entwaldung und den Ausbau von Forschungseinrichtungen
- Die Beitragenden rufen ebenso dazu auf, sich stärker für eine Änderung von Verhaltensweisen und Einstellungen durch Sensibilisierung, Bildung und Kommunikation einzusetzen
- Ein spezifisches Thema ist Landschaft und Städtebau gewidmet, mit Ideen zu nachhaltigem Wohnraum, umweltfreundlichen Baustoffen und dem „Neuen Europäischen Bauhaus“
- Unter dem Aspekt „Digitaler Wandel“ haben die Beitragenden die Wechselwirkung zwischen Digitalisierung und Klimawandel diskutiert.



## Gesundheit

Das Thema „Gesundheit“ deckt eine Vielzahl von Aspekten ab. Die Beitragenden fordern einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung in der gesamten EU



mit Ideen für mehr Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, eine stärkere Harmonisierung und Integration, auch infolge der Erfahrungen mit COVID-19 und seinen Auswirkungen. Die Betragenden fordern eine Ausweitung von Forschung und Investitionen im Bereich der Medizin und schlagen verschiedene Ideen vor, um die öffentliche Gesundheit insgesamt zu verbessern. Die wichtigsten Aspekte umfassen Folgendes:

- Maßnahmen, um einen erschwinglichen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen, zum Beispiel mit Vorschlägen für ein Europäisches Krankenversicherungssystem
- mehr Zusammenarbeit und Integration, ein gestärktes EU-Gesundheitssystem oder sogar vermehrte Zuständigkeiten für die EU in Fragen der öffentlichen Gesundheit
- Ressourcen und Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitskompetenz, einer gesunden Lebensweise und einer gesunden Ernährung, einschließlich der Einbeziehung natürlicher Heilmittel in die Medizin sowie eines stärker präventiv ausgerichteten Ansatzes im Bereich der öffentlichen Gesundheit
- Notwendigkeit koordinierter Innovationen und Investitionen in die Gesundheitsforschung durch die EU, insbesondere im Hinblick auf die alternde Bevölkerung in der EU
- Bewertung der Auswirkungen von COVID-19 einschließlich der Bewertung der Reaktionen, wie etwa des digitalen COVID-Zertifikats, und der daraus für die Bekämpfung künftiger Pandemien zu ziehenden Lehren

den Europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken, sowie verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung von KMU und strategischen Branchen. Die Beitragenden betonen ebenfalls, dass Europa inklusiver und sozial gerechter werden muss, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Darüber hinaus sind die Beitragenden der Ansicht, dass das Wohlergehen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der am stärksten benachteiligten, für das erfolgreiche Funktionieren und das weitere Wachstum der EU von zentraler Bedeutung ist. Die wichtigsten Aspekte, die im Rahmen dieses Themas erörtert werden, sind:

- Verschiedene Steuerformate für eine faire und integrative Wirtschaft, wie steuerliche Maßnahmen zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs zwischen Unternehmen, Umweltsteuern und eine EU-weite Mindeststeuer zur Bekämpfung von Steueroasen
- Die Beitragenden sind der Ansicht, dass Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit wichtig sind, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist die am häufigsten diskutierte Idee
- Es gibt Vorschläge zum Aufbau eines inklusiveren, sozial gerechteren Europas im Einklang mit der europäischen Säule sozialer Rechte, wie etwa Sozialschutzmaßnahmen, Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, Gleichstellung der Geschlechter, Rechte von Menschen mit Behinderungen, Rechte und Vertretung von LGBTIQ-Personen
- Die wirtschaftliche Erholung, einschließlich der Besorgnis über die steigende Staatsverschuldung in der EU, Diskussionen über die Rolle der Europäischen Zentralbank, Forderungen nach einer Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und nach einer Ausweitung des Aufbaufonds sowie die Unterstützung der lokalen Produktion und des lokalen Verbrauchs zur Ankurbelung der EU-Wirtschaft
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in Innovation, Bildung, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung, aber auch durch den Aufbau einer grünen Wirtschaft
- Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und spezifische Maßnahmen



## **Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung**

Unter diesem Thema machen die Beitragenden verschiedene Vorschläge, um das Wirtschaftswachstum in der EU zu beschleunigen (z. B. durch Innovationen) und



zur weiteren Erleichterung der Arbeitsmobilität innerhalb der EU

- eine gemeinsame Steuerpolitik mit einer europäischen Steuerreform für eine stärker geeinte europäische Zukunft, die mehr Eigenmittel der EU oder einen von den Mitgliedstaaten unabhängigen Haushalt umfasst; Vorschläge zur weiteren Verstärkung des Europäischen Binnenmarktes

Strategie der Europäischen Union für Auslandsinvestitionen

- das Überdenken der Einstimmigkeitsregel in der außenpolitischen Entscheidungsfindung und erweiterte Befugnisse für das Europäische Parlament
- eine weitere Erweiterung, insbesondere um den Westbalkan
- die Ausübung von Soft Power als Fürsprecher für den Multilateralismus durch die Stärkung der Handelspolitik



## Die EU in der Welt

Insgesamt fordern die Beitragenden eine stärkere Präsenz der EU auf der internationalen politischen Bühne, die im Einklang mit ihren zentralen Werten einschließlich der Umweltbelange steht. Die Beitragenden der Plattform bringen die Frage der strategischen Autonomie zur Sprache und sind häufig der Ansicht, dass die EU sowohl bei der Nutzung ihrer Soft- und Hard Power entschlossener sein sollte; einige äußern daran jedoch Zweifel. Die Ideen umfassen u. a.:

- eine Diskussion zu den allgemeinen Zielen der EU-Außenpolitik mit der Forderung nach einer gemeinsamen EU-Außenpolitik zum Schutz der Menschenrechte und demokratischen Werte weltweit
- die Entwicklung verschiedener Mittel und Mechanismen, damit das Image der EU gestärkt und auf der internationalen Bühne ernst genommen wird; dabei wird viel über eine gemeinsame Verteidigungspolitik diskutiert, um Eingriffe zu ermöglichen, aber auch eine abschreckende Wirkung zu haben sowie die geopolitische Macht gegenüber anderen Weltmächten zu vertreten
- die Aufstellung einer Armee der EU
- Maßnahmen, um die EU sichtbarer zu machen, wobei die Mitgliedstaaten den internen Wettbewerb untereinander einstellen, oder Ideen für eine diplomatische Vertretung der EU
- ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber China, vor allem durch die Verabschiedung einer



## Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Von den Beitragenden wird der Begriff der europäischen Werte als Leitprinzip diskutiert, und sie bringen Ideen über Gleichstellung und eine Reihe von Rechten und Freiheiten vor. Bei einem großen Teil der Interaktionen zu diesem Thema geht es um die Gefahren des Aufkommens sogenannter „illiberaler Demokratien“ in der EU, die die Werte der EU nicht achten und sich in Richtung autokratischer Regime entwickeln. Die wichtigsten Aspekte und Ideen sind:

- Eine Gruppe von Beitragenden konzentriert sich darauf, worin die Werte der EU bestehen (Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Solidarität, Gleichstellung der Geschlechter), die die Politik der EU und ihre Interaktionen nach Ansicht der Beitragenden allgemein leiten sollten
- Auch die Stellung christlicher Werte wird in den Diskussionen behandelt, und manche fordern, stärker konservative Stimmen und Ansätze in der EU nicht abzulehnen
- Eine Reihe konkreter Vorschläge betrifft Möglichkeiten, den Schutz der Werte der EU und der Rechtsstaatlichkeit in der EU sowie allgemein der Menschenrechte zu verbessern, mit Forderungen nach einer härteren Haltung zur Verteidigung der Werte der EU



- Manche Bürgerinnen und Bürger fordern eine gleichere und inklusivere Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen, die Gleichstellung der Geschlechter und den besseren Schutz für LGBTIQ-Personen
- Es wird über die Sicherstellung der Rechte und Freiheiten diskutiert, die die Freizügigkeit, den Schutz der Privatsphäre, Tierrechte, Hassrede, Presse- und Medienfreiheit betreffen
- Im Rahmen des Aspekts Sicherheit wird häufig über die Idee einer EU-Armee und die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern in Fragen der inneren Sicherheit diskutiert
- Es wird dazu aufgefordert, die Regulierung und Transparenz des Lobbyismus zu verbessern und die Korruption zu bekämpfen



## Digitaler Wandel

Generell betonen die Beitragenden, wie wichtig es ist, den digitalen Wandel in einer Vielzahl von Bereichen, von der Wirtschaft bis hin zur Gesundheit, zu erleichtern und in ihn zu investieren. Sie weisen jedoch auch auf mehrere Herausforderungen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel hin, wie ethische Erwägungen, Mängel der Datenschutz-Grundverordnung und Cyberbedrohungen. Die wichtigsten Aspekte umfassen Folgendes:

- Mittel und Maßnahmen zur Unterstützung digitaler Innovationen, wie künstliche Intelligenz, und Stärkung der digitalen Souveränität. Dies deckt eine Vielzahl von Unteraspekten ab: die nachhaltige Fertigung, soziale Medien und Plattformen, die den EU-Standards in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre entsprechen, und ganz allgemein Schaffung eines europäischen digitalen Ökosystems, das wettbewerbsfähig und weltoffen ist, das aber auch sicher ist und die Privatsphäre achtet
- mehrere Instrumente zur digitalen Bürgerschaft und zur digitalen Vereinigung der EU mit Vorschlägen für digitale Portale, eine europaweite Identifizierung über eine digitale e-ID oder eine

europaweite Authentifizierungsmethode für den Zugang zu personenbezogenen Daten oder für öffentliche Dienste

- Hinarbeiten auf eine digitale Inklusion, mit Maßnahmen zur Gewährleistung eines erschwinglichen und inklusiven Zugangs zum digitalen Raum und die Förderung digitaler Kompetenzen in einer Reihe von Bevölkerungsprofilen
- nachhaltige Maßnahmen für den digitalen Wandel, wobei die Digitalisierung zu einer Verringerung der Umweltverschmutzung führt, und unter anderem Forderungen nach haltbaren, reparierbaren digitalen Geräten
- die zunehmende Weiterentwicklung des Aspektes der digitalen Daten sowie des Datenschutzes, wobei Ideen zur zentralen Speicherung sensibler personenbezogener Daten, zum Schutz öffentlicher Netze mit quelloffener Software oder Blockchain-Technologie und zum Schutz von Kindern im digitalen Umfeld angesprochen werden
- der digitale Wandel in der Wirtschaft mit Maßnahmen im Zusammenhang mit Kryptowährungen und Forderung nach einem digitalen Euro
- Investitionen in digitale Bildung und digitale Gesundheit, um einen gesunden und bewussten Einsatz von Technologien zu fördern



## Europäische Demokratie

Die Ideen zu diesem Thema decken eine breite Palette von Aspekten ab. Einige Beitragende fordern eine Umstrukturierung der europäischen Institutionen oder sogar eine Föderalisierung der Europäischen Union. In verschiedenen Vorschlägen wird eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Die wichtigsten Aspekte sind:

- Das Thema der Föderalisierung der EU wird häufig aufgeworfen. Einige Teilnehmende

sprechen sich jedoch eher für eine Dezentralisierung mit größeren Befugnissen für die Mitgliedstaaten aus

- Es werden institutionelle Reformen vorgeschlagen, um die EU-Organe effizienter und transparenter zu gestalten und sie bürgernäher zu machen. In den Beiträgen wird am häufigsten die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit anstelle der Einstimmigkeit im Rat, insbesondere mit Bezug auf den Schutz der Werte der EU, und eine größere Rolle des Europäischen Parlaments vorgeschlagen
- Was die Vertretung betrifft, werden Änderungen an der Art und Weise diskutiert, wie Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten werden, um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Prozess der EU zu stärken, mit Vorschlägen für länderübergreifende Kandidatenlisten oder Wahlkampagnen; auch die Direktwahl eines/r EU-Präsidenten/in wird vorgeschlagen.
- Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, um Bürgerkonsultationen und -beteiligung zu einem strukturellen Bestandteil der EU-Governance zu machen
- Diskutiert werden auch Mechanismen und Mittel, um die Bürgerinnen und Bürger der EU besser einzubinden und sicherzustellen, dass sie besser vernetzt und besser über die EU und ihre Entscheidungen informiert sind. Darunter zählen Vorschläge für eine bessere Kommunikation, gemeinsame EU-Medienplattformen und die Förderung eines europäischen Geistes finden sich auch unter dem Thema Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- Ebenfalls vorgeschlagen werden Mechanismen und Mittel zum Schutz der demokratischen Werte in Bezug auf Lobbyarbeit und Korruption sowie Maßnahmen gegen Regierungen, die gegen demokratische Grundsätze verstoßen



## Migration

Die Interaktionen zu diesem Thema sind polarisiert. Es handelt sich um das am stärksten polarisierende Thema, wobei manche entschieden gegen jegliche Migration sind (weil sie sie als Bedrohung ansehen) und andere sich für eine stärker auf die Menschenrechte ausgerichtete Migrationspolitik aussprechen. Die Ideen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Forderungen nach einer gemeinsamen Migrationspolitik wie einer EU-Arbeitsmigrationspolitik, einer selektiven EU-Migrationspolitik oder einem Punktesystem
- besser organisierte und koordinierte Anstrengungen bei der Grenzkontrolle stärkere Unterstützung für Frontex und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten
- Forderungen nach einer Migrationspolitik, die Menschenrechte respektiert, Einrichtung einer Aufnahmeinfrastruktur und sicherere Migrationsrouten
- Notwendigkeit, die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern zu bekämpfen, z. B. durch eine verstärkte Entwicklungspolitik. Darüber hinaus werden hier Möglichkeiten zur Bekämpfung der Klimamigration erörtert
- Spezifische Maßnahmen und Mittel, um Migration oder verschiedene Arten der regulären Migration mit strengem Grenzschutz und strengerer Abschiebung zu verringern
- Ablehnung jeder Art von Migration (Migration als Terrorismusgefahr, als Bedrohung für die kulturelle Identität der EU oder als politische Waffe)
- Mittel und Maßnahmen zur Erleichterung der Integration und zur Unterstützung der Rechte von Migranten und dauerhaft in der EU ansässigen Personen



## **Bildung, Kultur, Jugend und Sport**

Die Inhalte zu diesem Thema sind derzeit sehr fragmentiert, mit vielen verschiedenen Ideen, wobei der stärkste Schwerpunkt auf Bildung und Kultur liegt. Die Aspekte unter diesem Thema sind bereichsübergreifend und finden sich auch an anderer Stelle der Plattform.

- Zur Förderung der Entwicklung einer europäischen Identität und einer europäischen Bürgerschaft werden Mittel und Maßnahmen vorgeschlagen; ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Rolle der Medien und des europäischen Journalismus sowie europäischer Produktionen bei der Verbreitung europäischer Werte und Kultur.
- Ein verstärkter Fremdsprachenunterricht oder Pflichtkurse in Schulen über die EU-Institutionen und die europäische Geschichte werden als Mittel zur Förderung der Anerkennung und einer gemeinsamen europäischen Identität gesehen. Der verbreitete Vorschlag für eine verbindende, gemeinsame Sprache findet sich auf der gesamten Plattform unter verschiedenen Themen.
- Verschiedene Ideen bringen die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Bildung zur Sprache und fordern die Digitalisierung, die Aufwertung sowohl von persönlichen als auch von MINT- oder kulturübergreifenden Kompetenzen im Allgemeinen
- Vorgeschlagen werden auch verschiedene Ideen zur Förderung der Mobilität innerhalb der EU
- Darüber hinaus werden unter diesem Thema spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Jugend und der Jugendarbeitslosigkeit erörtert
- Genannt wird auch die Notwendigkeit, die Kultur- und Kreativwirtschaft durch einen Rechtsrahmen zu unterstützen und zu schützen



# 1. Überblick über die Beiträge auf der Plattform



## Überblick über die Aktivitäten

Seit dem Start der mehrsprachigen digitalen Plattform am 19. April bis zum 3. November 2021 wurden auf der Plattform insgesamt 29 012 Beiträge gesammelt, die Ideen, Kommentare und Veranstaltungen umfassen. Die Aktivitäten sind wie folgt verteilt:

- Ideen: 9 337
- Kommentare: 16 017
- Veranstaltungen: 3 658<sup>1</sup>

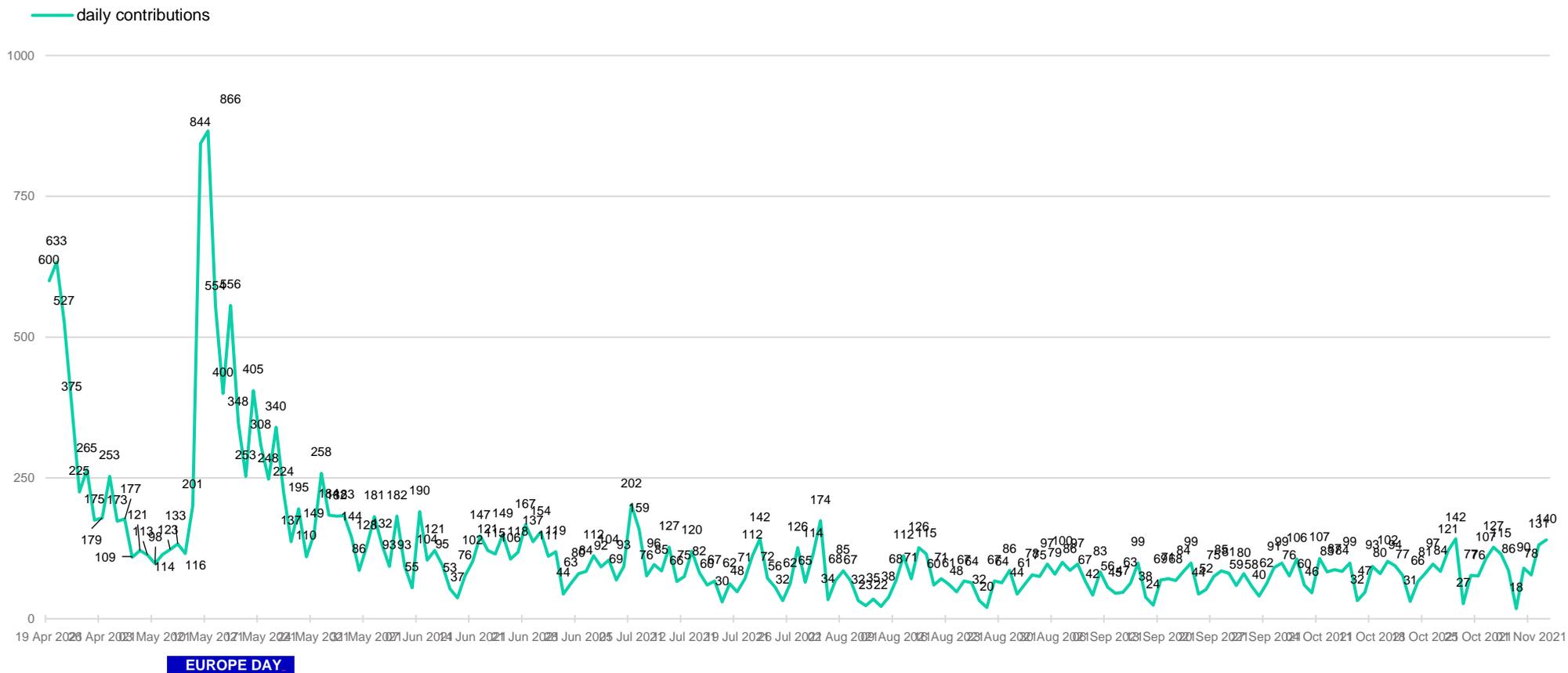
Betrachtet man die Trendlinie (siehe Abbildung 1), so sind zwei Spitzen bei den Beiträgen zu verzeichnen. Die erste Spitze fällt mit dem Start der Plattform zusammen, und die

<sup>1</sup> Mit bisher mehr als 150 000 Veranstaltungsteilnehmenden.



zweite Spitze ist anlässlich der Eröffnung der Konferenz zur  
Zukunft Europas am Europatag (9. Mai) zu verzeichnen.

Abbildung 1 – Zeitleiste zur Veranschaulichung der Beiträge pro Tag (19.04.2021 – 3.11.2021)

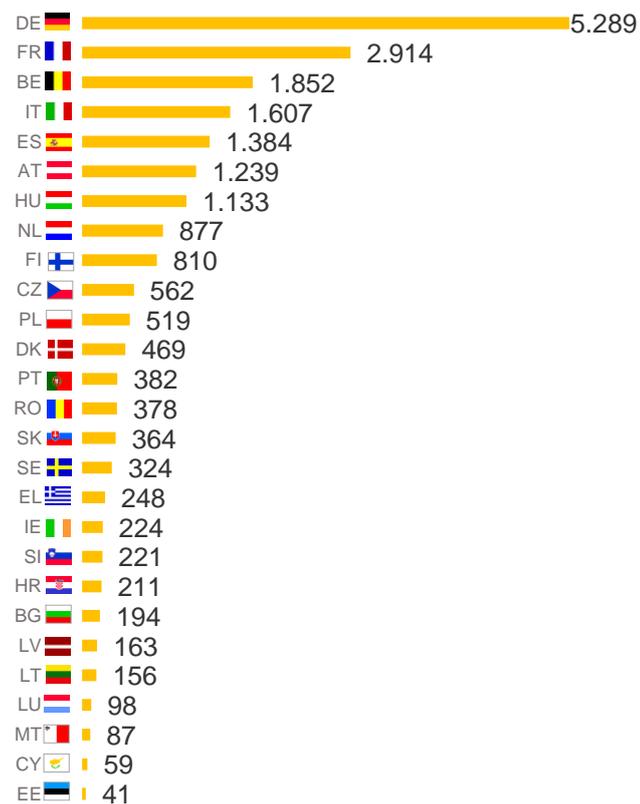




Die Beitragenden werden ersucht, vor ihrer Interaktion mit der Plattform Angaben zu ihrem Wohnsitzland, ihrem Bildungsgrad, Alter, Geschlecht und Beschäftigungsstatus zu machen. Die Daten werden anonym verarbeitet. Da diese Angaben freiwillig gemacht werden, lassen sich auf dieser Grundlage nur begrenzte Erkenntnisse gewinnen, die im Folgenden dargestellt werden. So stammen beispielsweise 25 % der Beiträge von Teilnehmenden, die ihr Wohnsitzland nicht offengelegt haben.

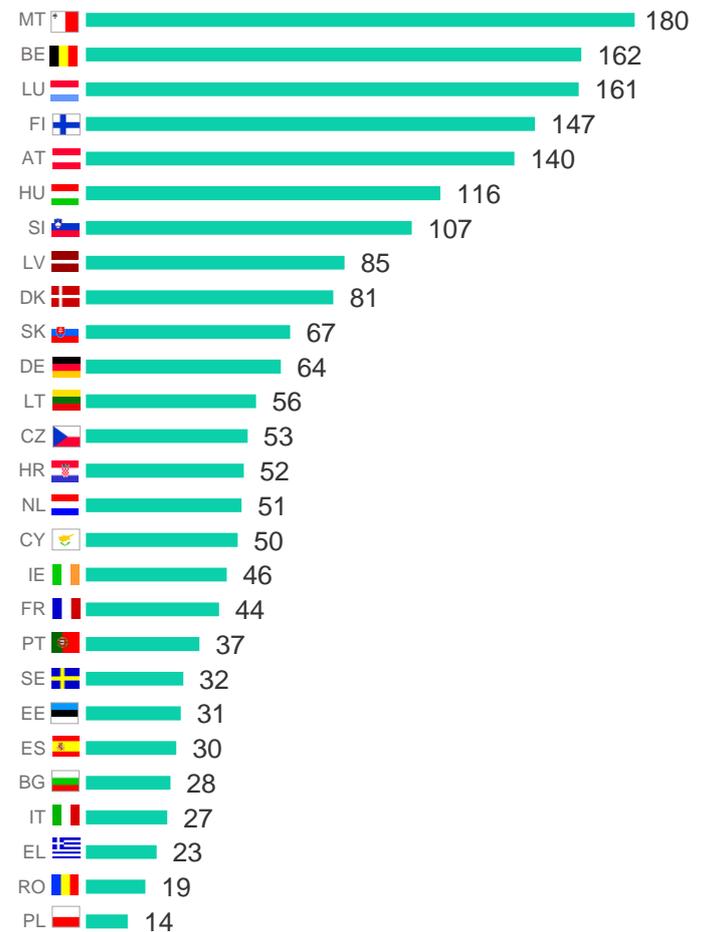
Es kamen Beiträge aus allen EU-Ländern, wie aus Abbildung 2 hervorgeht, in der die Gesamtzahl der Beiträge pro Land dargestellt wird. Darüber hinaus wurden 209 Beiträge aus Drittländern außerhalb der EU erfasst, gegenüber 32 Beiträgen im zweiten Zwischenbericht.

**Abbildung 2 – Umfang der Beiträge pro Land (19.4.2021 – 3.11.2021)**



Um ein detaillierteres Bild des Umfangs der Beiträge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zu vermitteln, zeigt die nachstehende Abbildung die Zahl der Beiträge aus jedem Land je eine Million Einwohner.

**Abbildung 3 – Umfang der Beiträge pro Land, anteilmäßige Darstellung je 1 Mio. Einwohner (19.4.2021 – 3.11.2021)**





## Überblick über die Veranstaltungen

Mit dem Fortschreiten der Konferenz wird eine immer größere Zahl von Veranstaltungen organisiert. Diese bieten mehr Menschen eine Gelegenheit, sich in diesen demokratischen Bottom-Up-Prozess einzubringen. Vom Start der digitalen Plattform bis zum 3. November 2021 wurden insgesamt 3658 Veranstaltungen auf der Plattform registriert. Gemäß der Konferenzcharta ([hier](#) verfügbar) müssen Veranstaltungen die Bürger/innen in den Mittelpunkt stellen, inklusiv und zugänglich sein sowie die Vielfalt der Debatte fördern. Zur Unterstützung von Veranstaltern stehen Leitfäden zur Verfügung ([hier](#) verfügbar). Damit die Veranstaltungen einen wirksamen Beitrag zu der Konferenz leisten, müssen Veranstaltungsberichte, die die daraus entstehenden Schlussfolgerungen und konkreten Ideen detailliert darstellen, auf die digitale Plattform hochgeladen werden (siehe die [Leitfäden](#)). Diese Veranstaltungsberichte werden bei der Gesamtanalyse der Beiträge auf der Plattform zusammen mit der Beschreibung der Veranstaltung und den damit verknüpften Ideen berücksichtigt.

Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Konferenz werden in vielen unterschiedlichen Formaten organisiert, sowohl was die Art der Veranstaltung, ihre Größe, das Profil der Teilnehmenden oder Veranstaltenden als auch ihre thematische Ausrichtung betrifft. Dieser Abschnitt soll einen Einblick in die Vielfalt der Veranstaltungsarten geben; ihr inhaltlicher Beitrag wird dagegen unter den jeweiligen Themen der Plattform erläutert.

Veranstaltungen finden online, in Präsenz oder in hybrider Form statt. Häufig werden sie als Debatten oder Workshops organisiert, wie z. B. eine Serie von Dialogen über die Zukunft, die in Spanien unter anderem mit einem Bürgerworkshop über das Grundeinkommen (siehe [Veranstaltung](#)) organisiert wurde, oder ein Bürgerworkshop über nachhaltige Praktiken in Städten, der in einer kleinen flämischen Stadt abgehalten wurde ([Veranstaltung](#)). Manche Veranstaltungen werden eher in klassischen Formaten organisiert und umfassen zum Beispiel einen Einführungsvortrag mit anschließender Fragerunde, während andere Veranstaltungen in stärker deliberativen Formaten organisiert werden. Einige auf der Plattform registrierte Projekte sind Teil längerfristig angelegter deliberativer Konsultationsprojekte wie des Projekts „Decide Europe“, einer Simulation legislativer Beratungen

auf EU-Ebene für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe in der Tschechischen Republik und der Slowakei (siehe [Veranstaltung](#)). Es gibt auch innovative Formate, wie einen Workshop, in dem die Teilnehmenden, wenn sie in einem Rollenspiel an der Reihe sind, Empfehlungen abgeben konnten (siehe [Veranstaltung](#)), einen in Lettland organisierten Hackathon, in dem Teilnehmende in Mannschaften gegeneinander antraten, um innovative und nachhaltige Lösungen zu schaffen (siehe [Veranstaltung](#)) oder eine Veranstaltung unter dem Motto „Wandern und Reden über Klimawandel und unsere Zukunft“ in Spanien (siehe [Veranstaltung](#)).

Was die Teilnahme betrifft, besteht das Ziel einiger Veranstaltungen darin, Beiträge spezifischer Kategorien von Teilnehmenden einzubeziehen, wie Frauen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) oder junge Menschen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Was die Themen betrifft, geht es in manchen Veranstaltungen um den Prozess der Konferenz oder der Zukunft Europas im weiteren Sinne, z. B. bei einer Veranstaltung in Deutschland, die eine allgemeine Einführung in die Konferenz bietet ([Veranstaltung](#)), oder bei einer Veranstaltung in Lettland, die eine Diskussion mit älteren Menschen über EU-Themen mit einem Kurs über digitale Kompetenzen verbindet ([Veranstaltung](#)). Der Fokus anderer Veranstaltungen liegt auf bestimmten Themen, wie zum Beispiel auf der Förderung der Demokratie durch Städte (siehe [Veranstaltung](#)), oder auf Migration, wie im Fall einer Veranstaltung an der Universität Kopenhagen (siehe [Veranstaltung](#)).

Veranstaltungen werden von unterschiedlichen Veranstaltern organisiert: neben EU-Bürgerinnen bzw. Bürgern, der Wissenschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft haben auch nationale, regionale und lokale Behörden und EU-Institutionen durch die Organisation von Veranstaltungen zur Konferenz über die Zukunft Europas beigetragen. Manche Mitgliedstaaten organisieren nationale Bürgerforen, andere führen verschiedene andere Arten von Beratungen durch oder unterstützen sie. Auch von den Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten, den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments, dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss werden Veranstaltungen organisiert.



## Wer beteiligt sich an der Debatte?

Bei der Beurteilung des Profils der Beitragenden, die über ihr Wohnsitzland Angaben gemacht haben, einschließlich derjenigen aus Drittländern, können folgende Beobachtungen gemacht werden.

Mehr als die Hälfte der Beitragenden identifizierte sich als Männer (56,7 %) und 15 % als Frauen. Allerdings hat ein Viertel (27,8 %) keine Angaben zu seinem Geschlecht gemacht, und 0,4 % haben „nicht binär“ angegeben, sodass diese Zahlen nur einen begrenzten Eindruck vermitteln.

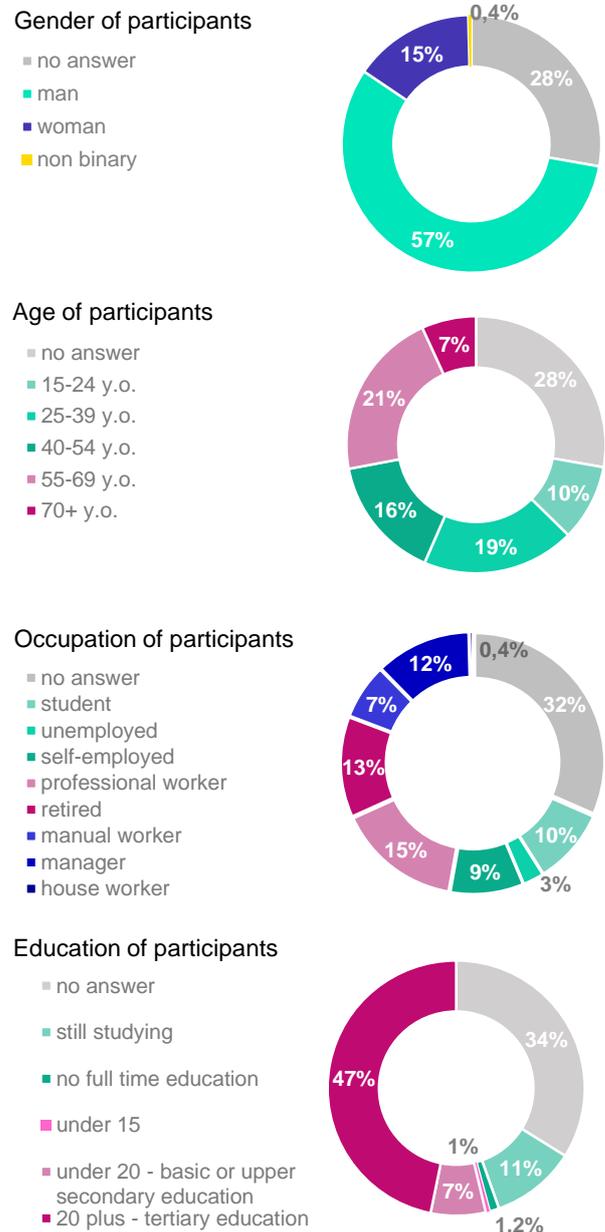
Bislang sind viele Altersgruppen umfassend vertreten, wobei die 55- bis 69-Jährigen in Bezug auf die Beiträge in letzter Zeit die aktivste Altersgruppe waren (21,2 %), gefolgt von der Gruppe der 25- bis 39-Jährigen (19,1 %).

In Bezug auf die Beschäftigung sind Fachkräfte (15,4 %) und Führungskräfte (11,9 %) auf der Plattform immer noch am aktivsten. Auch Rentner/innen sind relativ aktiv (12,6 %), während die Aktivität von Studierenden im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum zurückgegangen ist (9,5 %). Arbeiterinnen und Arbeiter (6,9 %), Selbstständige (9,1 %) und Arbeitslose (2,6 %) waren bisher vergleichsweise weniger aktiv auf der Plattform.

Was die Bildung betrifft, so waren Personen mit höherem Bildungsniveau bisher sehr aktiv (47 %).

Es sollte beachtet werden, dass die hier vorgestellten soziodemografischen Angaben nur einen begrenzten Überblick bieten, da auch Organisationen auf der Plattform ein Benutzerprofil anlegen können, um Beiträge jeder Art (z. B. Ideen oder Veranstaltungen) einzubringen. Außerdem sind die Teilnehmenden an Veranstaltungen nicht notwendigerweise auf der Plattform registriert, und sie sind möglicherweise nicht in der Statistik erfasst.

**Abbildung 4 – Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Beschäftigungsstatus der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (19.4.2021 – 3.11.2021)**



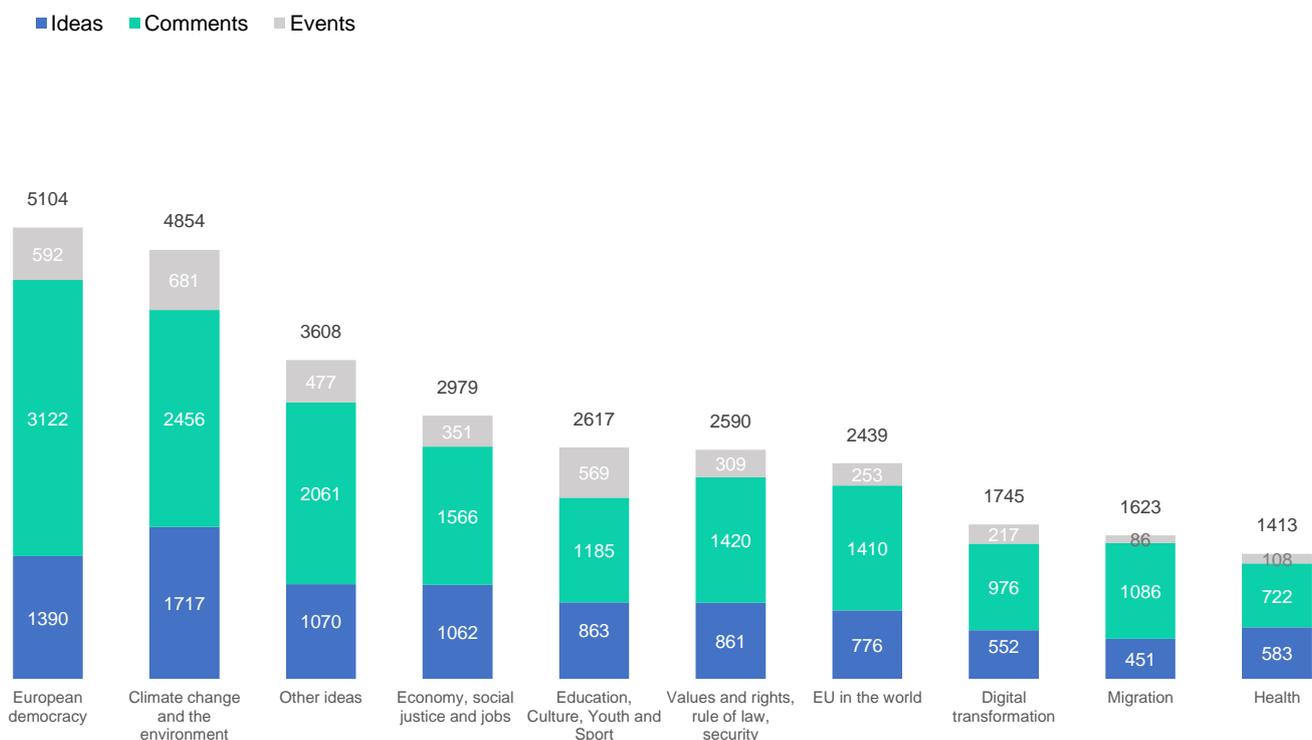


## Populärste Themen der Beiträge

Seit den ersten Monaten der Konferenz verzeichnet das Thema „Demokratie in Europa“ den höchsten Anteil an Beiträgen (Ideen, Kommentare und Veranstaltungen) (5 104), gefolgt von „Klimawandel und Umwelt“ (4 854). An dritter Stelle folgen Beiträge unter „Weitere Ideen“, darauf folgen an vierter Stelle „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ und an fünfter Stelle „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, die damit das Thema „Die EU in der Welt“ überholt haben (siehe Abbildung 5). Wie bereits erwähnt, wurden die Beiträge unter „Weitere Ideen“ für die Analyse den anderen Themen zugeteilt.

Bei einigen Themen gibt es mehr Kommentare, Ideen oder Veranstaltungen als bei anderen; zum Beispiel hat das Thema „Klimawandel und Umwelt“ die höchste Zahl an Ideen (1717) und Veranstaltungen (681), während „Europäische Demokratie“ 3 122 Kommentare aufweist.

**Abbildung 5 – Beiträge pro Thema auf der Plattform (19.4.2021 – 3.11.2021)**



## Aktuelle Entwicklungen

Vom 8. September 2021 bis zum 3. November 2021 belief sich die Aktivität auf der Plattform auf insgesamt 4 454 Beiträge, die sich wie folgt zusammensetzten:

- 1176 Ideen
- 1887 Kommentare
- 1391 Veranstaltungen

Der wöchentliche Durchschnitt der eingegangenen Beiträge ist im vergangenen Untersuchungszeitraum gestiegen; er betrug in der zweiten Septemberwoche (13.-19. September) 70 Beiträge pro Tag und zum Ende September und Anfang Oktober 77 Beiträge. Generell waren die wöchentlichen Durchschnittswerte im Oktober höher, mit einem Spitzenwert von 90 Beiträgen pro Tag in der Woche vom 18. bis 24. Oktober. Bei der Analyse der Beiträge auf Länderebene zeigt sich, dass Deutschland nach der Anzahl der eingereichten Beiträge nach wie vor an der Spitze liegt (848), während Frankreich (425) und Belgien (365) im Vergleich zum vergangenen Zeitraum weniger Aktivität auf der Plattform gezeigt haben und somit auf dem 3. bzw. 5. Platz liegen. Gleichzeitig haben Beiträge aus Ungarn und Italien auf 512 bzw. 396 Beiträge zugenommen.

Diese Zahlen entsprechen auch dem Niveau von Beiträgen im Verhältnis zur Bevölkerung: Ungarn verzeichnete im vergangenen Zeitraum mit 52 Beiträgen pro 1 Mio. Einwohner das höchste Aktivitätsniveau. Darüber hinaus wurde für Slowenien, Belgien und Litauen eine hohe Zahl von Beiträgen pro Million Einwohner festgestellt.

Abbildung 6 – Umfang der Beiträge pro Land (08.09.2021 – 3.11.2021)

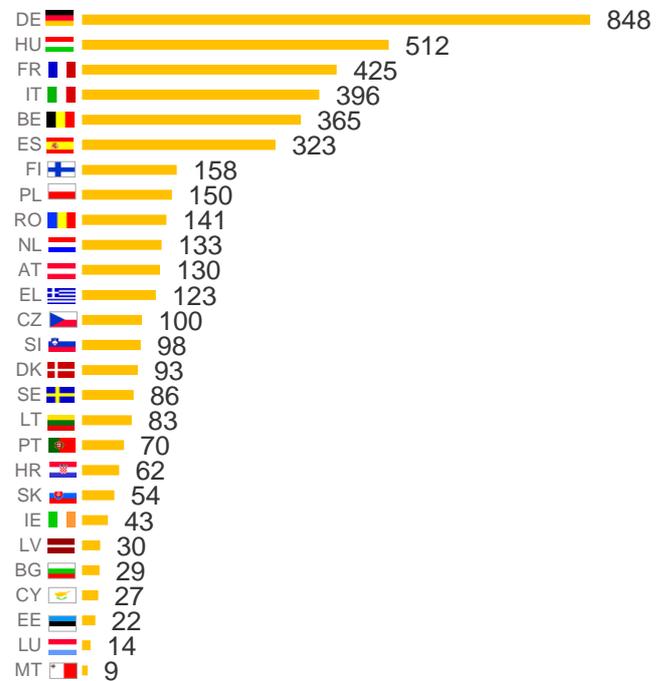
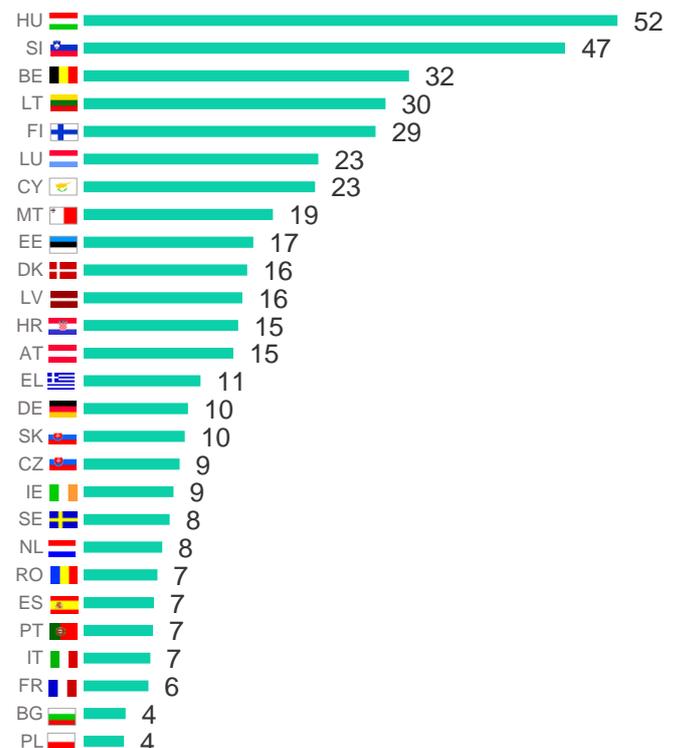


Abbildung 7 - Umfang der Beiträge pro Land Darstellung je 1 Mio. Einwohner (08.09.2021 – 03.11.2021)





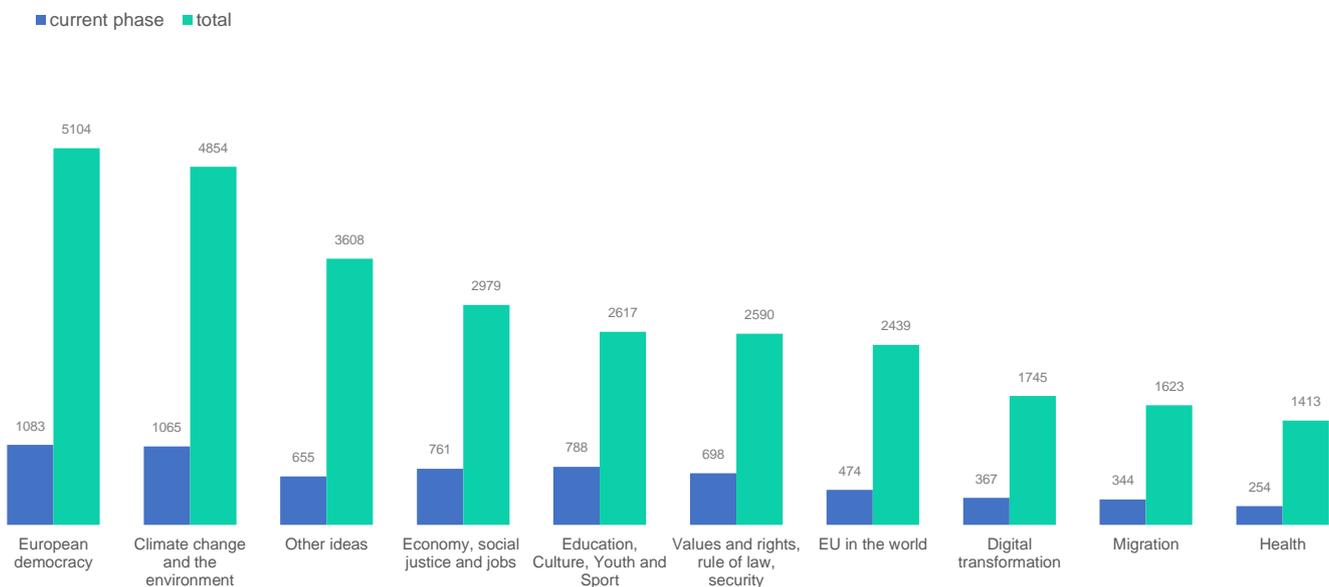
## Populärste Themen zwischen dem 8. September und dem 3. November 2021

Entsprechend der Tendenz des Gesamtzeitraums stehen die Themen „Europäische Demokratie“ mit 1083 Beiträgen und „Klimawandel und Umwelt“ mit 1065 Beiträgen an der Spitze der Themen mit der höchsten Beteiligung.

Abweichend von der Tendenz im Gesamtzeitraum ist das Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ mit 788 Beiträgen im zurückliegenden Zeitraum das drittproduktivste Thema; an vierter Stelle steht „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ mit 761 Beiträgen im vergangenen Zeitraum.

**Abbildung 8 – Vergleich der Übersicht über die Beiträge pro Themen im letzten Zeitraum und insgesamt**

### Overview of contributions per topic





## 2. Klimawandel und Umwelt

Zum Thema „Klimawandel und Umwelt“ wurden seit der Einrichtung der Plattform insgesamt 4956 Kommentare, Ideen und Veranstaltungen verzeichnet (1758 Ideen, 2487 Kommentare und 711 Veranstaltungen). Die Teilnehmenden drücken in ihren zahlreichen Beiträgen häufig ihre Besorgnis über die Erderwärmung und ihre Folgen aus und drängen die Regierungen, konkrete Maßnahmen sofort zu ergreifen. Die Ideen zu diesem Thema sind vielfältig und lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Umweltverschmutzung**
- **Der „Grüne Deal“**
- **Energie**
- **Subventionierung und Besteuerung**
- **Konsum**
- **Verkehr**
- **Landwirtschaft**
- **Förderung der biologischen Vielfalt**
- **Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen**
- **Landschaften und Bauvorhaben**



## Veranstaltungen

Seit dem Beginn der Konferenz wurden 691 Veranstaltungen in ganz Europa organisiert, die Debatten über den Klimawandel und die Umwelt zum Gegenstand hatten. Das am häufigsten diskutierte Thema auf diesen Veranstaltungen ist der „Europäische Grüne Deal“, nämlich der Plan, Europa bis 2050 zur ersten klimaneutralen Region der Welt zu machen, mit all seinen Auswirkungen auf verschiedene Sektoren. Zu den übrigen häufig diskutierten Fragen gehören nachhaltige Praktiken in Städten, die Kreislaufwirtschaft und die Folgen des Klimawandels, gefolgt von nachhaltiger Landwirtschaft, Verringerung von Emissionen, Energiewende, Wiederaufforstung und sanfte Mobilität. Abfallbewirtschaftung, Biodiversität, Aufklärung über Nachhaltigkeit, Lebensmittelrettung und andere Probleme sind nichtsdestoweniger wichtige Elemente als Teil des Gesamtbildes.

Ein Beispiel einer partizipativen Veranstaltung ist das Bürgerforum griechischer Bürgerinnen und Bürger, auf dem die Umweltkrise diskutiert wird (siehe [Veranstaltung](#)). Ein weiteres Beispiel ist ein Bürgerworkshop über nachhaltige Praktiken in Städten, der zu einer Reihe von Ideen führte, die auf der Plattform veröffentlicht wurden (siehe [Veranstaltung](#)).

Einige Veranstaltungen wiesen eine kritische Ausrichtung auf und verbanden Klimapolitik mit sozialer Gerechtigkeit und Beachtung der bedürftigsten Gruppen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).



## Umweltverschmutzung

Umweltverschmutzung wird als eine der Hauptursachen für die Belastung der globalen Umwelt herausgestellt. In der Diskussion über einen grünen Wandel werden eine Vielzahl von Lösungen zur Verringerung der Umweltverschmutzung vorgeschlagen (siehe [Veranstaltung](#)). In einer der am häufigsten befürworteten Ideen auf der Plattform wird etwa gefordert, dass die EU einen soliden und inklusiven

Governance-Ansatz verfolgen sollte, bei dem sowohl Arbeitnehmer als auch Gewerkschaften in die Gestaltung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen auf allen Ebenen einbezogen werden. Es wird betont, dass die EU-Strategie zur Bewältigung des Klimawandels konkrete politische Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern sowie aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Schulungen und Umschulungen umfassen sollte, um Arbeitsplatzverluste zu verhindern (siehe [Idee](#)).

Es werden mehrere Bereiche der Umweltverschmutzung erörtert, wobei auf folgende Unterasspekte eingegangen wird: Emissionen, Wasserverschmutzung, Kunststoffverschmutzung und Lichtverschmutzung.

Hinsichtlich der Emissionen ist eine der am meisten diskutierten Fragen die Besteuerung von Emissionen, insbesondere die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, ihre Treibhausgasemissionen zu senken, indem sie sich für günstigere erneuerbare Energiequellen entscheiden, was wiederum dazu führen würde, dass ihre Kundschaft nachhaltigere Entscheidungen trifft (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem Beitrag wurde Besorgnis über das Schürfen von Kryptowährungen (Cryptomining) ausgedrückt, bei dem die eingesetzten Geräte einen erheblichen Stromverbrauch verursachen. Je mehr Cryptomining zu einem weltweiten Problem wird, desto mehr Einschränkungen und Regulierungen werden nach Ansicht dieses Teilnehmenden erforderlich sein (siehe [Idee](#)).

Beim Unteraspekt Wasserverschmutzung liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der Notwendigkeit, die künftige Sicherheit der Trinkwasserressourcen und saubere Ökosysteme zu gewährleisten. Darüber hinaus existieren konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Verschmutzung von Meeren und Flüssen (siehe das Beispiel einer [Veranstaltung](#)), zum Beispiel die Idee, die Versauerung der Ozeane mithilfe besonderer Bakterien zu neutralisieren (siehe [Idee](#)).

Die Beiträge, die sich mit dem Problem der Verschmutzung durch Kunststoffmaterialien beschäftigen, machen einen erheblichen Anteil der Beiträge insgesamt aus, was die Besorgnis der Öffentlichkeit über übermäßigen Kunststoffabfall widerspiegelt. Neben dem Aufruf zur Durchsetzung und Ausweitung des Verbots von Einweg-Kunststoffmaterialien (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) schlagen Teilnehmende vor, die für Verpackungszwecke genutzten Kunststoffarten auf solche zu beschränken, die



ohne erforderliche Trennung der Komponenten gemeinsam recycelt werden können (siehe Beispiele einer [Idee](#)). Eine weitere Idee besteht darin, Anlagen für das Recycling von aus Flüssen und Meeren entfernten Kunststoffen zu schaffen (siehe [Idee](#)).

Schließlich zielen einige Ideen auf der Plattform darauf ab, die Lichtverschmutzung zu begrenzen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Der „Grüne Deal“

Häufig drücken Teilnehmende ihre Besorgnis über den Klimawandel und seine Auswirkungen aus und drängen Regierungen und die EU dazu, sofortige Maßnahmen zu ergreifen und eine stärkere europäische Umweltpolitik einzuführen, um den Klimawandel zu bekämpfen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In dieser Hinsicht wird in mehreren Beiträgen der „Grüne Deal“ diskutiert, eine Strategie der EU, mit der angestrebt wird, Europa auf den Weg zu einer klimaneutralen, gerechten und wohlhabenden Gesellschaft zu bringen, wobei zum Beispiel Forderungen nach einem stärker sozial inklusiven Ansatz und nach einer ausgewogenen Strategie gestellt werden, deren wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Dimensionen gemeinsam und strategisch bewertet und umgesetzt werden sollten, wobei auf den Anstieg der Energiepreise in ganz Europa Bezug genommen wird (siehe [Idee](#)). In anderen Beiträgen werden Möglichkeiten diskutiert, um die Umsetzung des Grünen Deals auf lokaler und regionaler Ebene zu beschleunigen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Auf einer allgemeineren Ebene wird vorgeschlagen, zur Überwachung der Auswirkungen der Maßnahmen und zum Nachweis der Fortschritte bei der Umsetzung des Grünen Deals auf regionaler Ebene ein Fortschrittsanzeiger einzuführen (siehe [Idee](#)).



## Energie

In den Beiträgen auf der Plattform wird angeregt, die Nutzung erneuerbarer Energien im kleinen wie im großen Maßstab zu fördern sowie die Nutzung von Kernenergie einzuschränken oder alternativ sichere Kernenergie zu

entwickeln und sie in den Ländern und Gebieten zu nutzen, in denen die Nutzung erneuerbarer Energien nicht möglich ist (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Daneben ist die am zweithäufigsten befürwortete Idee zum Thema „Klimaschutz“ seit Einrichtung der Plattform, alle Subventionen für fossile Brennstoffe einzustellen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Zugleich wird gefordert, alternative Energiequellen zu untersuchen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) – wie etwa Kernfusion, Erdwärme oder Wasserstoff –, die erheblich zur Diversifizierung der Energieversorgung beitragen würden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Jedoch wird hervorgehoben, dass auch alternative Energiequellen wie Windenergie von der Bevölkerung vor Ort akzeptiert werden müssten und dass sichergestellt werden müsse, dass sie günstige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Menschen und die Landschaft haben (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Unter dem Unteraspekt energieeffiziente und umweltfreundliche Heizung wird beispielsweise die Verwendung von mit mehreren Brennstoffen betriebenen Heizkesseln befürwortet (siehe [Idee](#)) oder eines Fernwärmenetzes, das ungenutzte Wärmequellen wie Tiefengeothermie nutzt (siehe [Idee](#)).



## Subventionierung und Besteuerung

In Beiträgen zu diesem Aspekt wird das Ende umweltschädlicher Subventionen gefordert, etwa schädlicher Fischereisubventionen (siehe [Idee](#)) oder von Subventionen für fossile Brennstoffe (siehe [Idee](#)). Analog dazu wird vorgeschlagen, die Subventionen für Biodiversitäts- und Klimaschutzprojekte, die eine langfristige günstige Perspektive versprechen, zu erhöhen.

In anderen Beiträgen wird die Einführung einer Nachhaltigkeitssteuer vorgeschlagen (siehe Beispiel einer [Idee](#)), die nicht nachhaltige Produkte verteuern und diese somit für Verbraucher wie Erzeuger weniger attraktiv machen würde. Dies würde für die EU zudem zusätzliche Mittel bzw. „Klimaeinnahmen“ erbringen, die in Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit wie der Anschaffung elektrischer Autos oder der Installation von



Solarpaneele auf privaten Häusern investiert werden könnten (siehe [Idee](#)).



## Konsum

Hinsichtlich des Aspekts Konsum wird generell dazu aufgefordert, das derzeitige System des Massenkonsums von Waren und Dienstleistungen umzustellen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einige Beitragende gehen sogar noch weiter und schlagen Obergrenzen für Konsum und Produktion vor (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Speziell im Zusammenhang mit Lebensmittelverschwendung betont ein Teilnehmender, dass 40 % aller weltweit erzeugten Lebensmittel unsere Tische nie erreichen und dass dies 10 % aller weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht, und schlägt Maßnahmen vor, um der Lebensmittelverschwendung Einhalt zu gebieten, wie etwa die Förderung von Lebensmittelspenden (siehe [Idee](#)).

In einigen Beiträgen auf der Plattform wird auf die beträchtlichen Mengen an erzeugten Abfällen hingewiesen und es werden verschiedene Maßnahmen zur Vermeidung und Beseitigung solcher Abfälle vorgeschlagen, etwa Recycling (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder die Umstellung auf abfallfreie oder abfallarme Produktverpackungen, um die negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ein Teilnehmender weist darauf hin, dass mehr Informationen über Recycling benötigt werden, um diese Praxis von Kindheit an zu fördern (siehe [Idee](#)). Ein anderer schlägt die Einführung eines integrierten europäischen Rücknahmesystems für Flaschen vor, das auf dem deutschen Modell beruhen sollte (siehe [Idee](#)). Die Relevanz des Aspekts Recycling spiegelt sich auch in den dazu organisierten Veranstaltungen wider, wie etwa einer Veranstaltung mit Senioren, um verschiedene Recyclingmethoden zu erörtern (siehe [Veranstaltung](#)).

Im Rahmen des Unteraspekts der Umweltauswirkungen von Konsum wurde das Problem der Einhaltung von EU-Standards bei importierten Waren angesprochen. Vorgeschlagen wurde zum Beispiel ein Verbot der Einfuhr von Rindfleisch aus Brasilien, das nicht dasselbe Niveau der Rückverfolgbarkeit aufweist wie Rindfleisch aus der EU (siehe [Idee](#)).

In einem zweiten Strang von Ideen wird für ein fortgeschritteneres System der Produktkennzeichnung plädiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)), das die Umweltauswirkungen der Herstellung detailliert aufzählen oder angeben würde, ob die Produkte Mikroplastik enthalten und daher langfristige negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher haben (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem dritten Strang geht es um „Fast Fashion“ und die Textilindustrie sowie darum, diese umweltfreundlicher zu gestalten; dabei wird auf den enormen Ressourcenverbrauch bei der Herstellung von Textilien und auf die Tatsache hingewiesen, dass Kleidung sich oft für Recycling nicht eignet (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus wird in Beiträgen herausgestellt, dass grüner und nachhaltiger Tourismus anstelle von Massentourismus gefördert werden müsse, da Letzterer erhebliche Auswirkungen auf natürliche und kulturelle Ressourcen habe (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

In einer letzten Gruppe von Kommentaren und Ideen zu diesem Aspekt werden Bedenken hinsichtlich des durch neue elektronische Geräte verursachten Abfalls widerspiegelt; unter anderem wird eine erweiterte Gewährleistungspflicht für solche Geräte gefordert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, ihre Reparierbarkeit sicherzustellen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Darüber hinaus gibt es einen Vorschlag zur Entwicklung eines Pilotprogramms zur Ersetzung der Elektrogeräte von 35 Millionen Familien in der EU mit Geräten der Klasse A+++ im Rahmen des EU-Ziels eines ökologischen Wandels (siehe [Idee](#)). Einige Beitragende wollen auch den Energieverbrauch begrenzen – vor allem, weil Strom überwiegend aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird –, indem ein monatliches Stromkontingent für den Verbrauch festgelegt wird und der darüber hinausgehende Verbrauch besteuert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Verkehr

Viele Ideen zum Aspekt Verkehr befassen sich mit dem Zusammenhang zwischen Verkehr und Umweltverschmutzung. Mehrere der nachstehend aufgeführten Vorschläge zielen auf die Veränderung der Verkehrssysteme im Hinblick auf eine Verringerung der Umweltverschmutzung ab.



In den auf der Plattform eingebrachten Ideen zur Veränderung der Verkehrssysteme wird insbesondere ein Verbot von Kurzstreckenflügen in der EU gefordert, um die Umweltverschmutzung zu verringern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In dem Beitrag wird hervorgehoben, dass die Pandemie bereits zu einer rückläufigen Entwicklung der Luftfahrt geführt hat.

Generell wird eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme in Europa nachdrücklich befürwortet (siehe Beispiel einer [Idee](#)), da sie umweltfreundlichere Alternativen zu Kurzstreckenflügen darstellen. Insbesondere wird vielfach ein gemeinsames europäisches Eisenbahnnetz diskutiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einem Beitrag wird die Suchmaschine „Euro Trainscanner“ vorgeschlagen, um Bahnreisen attraktiver zu machen (siehe [Idee](#)); in einem weiteren Beitrag wird die Einführung eines gemeinsamen EU-Fahrscheins angeregt, der in Städten kostenlos ist (siehe [Idee](#)). Es gibt immer wieder Vorschläge zum Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Schienennetzen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Bei weiteren Ideen geht es um ein gemeinsames Netz von Fahrradwegen, beispielsweise einen Ausbau der Radwege oder die Schaffung eines europaweiten Radwegenetzes (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Ein weiterer Komplex von Ideen konzentriert sich auf Innovation und die Entwicklung von Elektrofahrzeugen wie Autos und Fahrrädern sowie deren Integration in das bestehende Verkehrssystem, etwa durch die Einrichtung eines Netzes von Ladestationen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Hingegen wird in einem Beitrag argumentiert, dass Elektroautos schädliche Umweltauswirkungen und humanitäre Kosten hätten, und wird stattdessen vorgeschlagen, das Fahrzeuggewicht und die -geschwindigkeit zu begrenzen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern (siehe [Idee](#)).

Was die Dekarbonisierung und umweltfreundlichere Gestaltung des Verkehrs betrifft, wird in Beiträgen auch die Bedeutung grenzüberschreitender Projekte zur Förderung des Schiffs- und Schienenverkehrs hervorgehoben (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Außerdem wird gefordert, Programme zur Förderung von FuE und Innovation auszuarbeiten, um öffentliche wie private, individuelle wie kollektive Verkehrsmittel zu entwickeln, die die Umwelt nicht verschmutzen und zu 100 % energieautark sind (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Landwirtschaft

Zum Aspekt Landwirtschaft wird in Beiträgen recht häufig das Konzept der ökologischen Landwirtschaft und der Stärkung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe befürwortet (siehe Beispiel einer [Idee](#)); zudem wird ein Verbot von Pestiziden und Intensivlandwirtschaft gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einige Beitragende gehen noch weiter und schlagen vor, das Pestizidverbot auf den privaten Einsatz auszuweiten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Eine Idee im Zusammenhang mit demselben Unteraspekt befasst sich mit der Notwendigkeit, eine geeignete Methode für die Entsorgung von Kunststofffolien zu finden, die für Mulchen, Gewächshäuser und Tunnelanbau verwendet werden (siehe [Idee](#)). Darüber hinaus spricht sich ein Teilnehmender für einen Übergang von der Intensivlandwirtschaft zur Agrarökologie aus (siehe [Idee](#)). Ein anderer Teilnehmender schlägt vertikalen Anbau vor, um den Wasserverbrauch in der Landwirtschaft drastisch zu senken (siehe [Idee](#)).

In anderen Ideen wird vorgeschlagen, dass die EU eine pflanzliche Ernährung aus Gründen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Umwelt stärker fördern sollte. Einige Beitragende führen ethische Erwägungen zugunsten solcher Maßnahmen an (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Dies wird auch im Rahmen des Themas Gesundheit erörtert.

Zudem wird in Beiträgen nachdrücklich hervorgehoben, dass Nahrungsmittelhoheit und -sicherheit durch die Förderung der lokalen Landwirtschaft gewährleistet werden müssen. Die lokale Landwirtschaft könne beispielsweise gefördert werden, indem Nahrungsmittelgürtel um Städte herum geschaffen werden, indem die Anpflanzung von Obstbäumen in städtischen Gebieten vorgeschrieben wird, indem der Landerwerb durch Erzeuger und Landwirte durch eine Begrenzung der Preise für entsprechendes Land gefördert wird, indem die Nutzung eines Teils der Dachflächen öffentlicher Gebäude für urbane Landwirtschaft vorgegeben wird oder indem der Bebauungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen begrenzt wird (siehe [Idee](#)).

Im Rahmen des Aspekts Landwirtschaft wird die Frage aufgeworfen, wie die Landwirtschaft mit Klimaschwankungen umgehen sollte. Eine Idee besagt, dass multifunktionale, vielfältige agroforstwirtschaftliche Systeme die Bildung von Humus, die Wasserspeicherkapazität und die CO<sub>2</sub>-Bindung fördern und



somit die Stabilität und Produktivität der Landwirtschaft erheblich erhöhen können (siehe [Idee](#)).

Und schließlich wird über das Einkommen in der Landwirtschaft diskutiert, wobei in einigen Beiträgen ein garantiertes Einkommen für Landwirte durch faire Preise anstelle von Subventionen gefordert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Förderung der biologischen Vielfalt

Unter dem Aspekt „Förderung der biologischen Vielfalt“ ragt der Vorschlag hervor, an allen „vergessenen“ Orten (wie Autobahnen, Kreuzungen usw.) Bäume zu pflanzen, um CO<sub>2</sub> zu binden, die Evapotranspiration zu erhöhen, die Biodiversität zu steigern und die Wasserströme zu regulieren (siehe [Idee](#)). Ein weiterer Vorschlag umfasst die Einrichtung einer europäischen mobilen Meeresforschungsstation, um wesentliche Erkenntnisse über die marine Biodiversität zu gewinnen (siehe [Idee](#)).

Ein Unteraspekt von Ideen enthält Forderungen nach Investitionen in die Wiederaufforstung Europas (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder global betrachtet nach der Rettung der Lungen unseres Planeten, nämlich des Regenwalds im Amazonas und anderer Regenwälder auf der Erde, um nicht nur die weltweite Verschmutzung durch Kohlendioxid zu verlangsamen und Arten zu retten, sondern auch den Migrationsdruck auf Europa zu verringern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Bildung und der Sensibilisierung aller Generationen von Europäerinnen und Europäern (siehe [Veranstaltung](#)). Während sich die meisten

Ideen auf die Bildung junger Menschen beziehen (siehe Beispiel einer [Idee](#)), auch ab einem sehr jungen Alter, etwa durch Bildungsgärten (siehe [Idee](#)), wird auch gefordert, ältere Menschen in Europa in Klimaschutzinitiativen einzubeziehen, insbesondere aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Außerdem wird in einigen Beiträgen herausgestellt, dass umweltbewusste Kommunikation durch die europäischen Institutionen gefördert werden müsse. So wird beispielsweise vorgeschlagen, Kommunikationsmaterial zum Thema „Umweltbewusstes Handeln als Europäer/in“ zu erarbeiten und die ökologische Bildung zu verbessern, um umweltbewusste Nachbarschaften zu schaffen (siehe [Idee](#)).



## Landschaften und Bauvorhaben

Ein weiterer Aspekt betrifft Landschaften und Bauvorhaben mit einem Unteraspekt, der eine Reihe von Ideen und Veranstaltungen vereinigt, die das Neue Europäische Bauhaus (siehe [Veranstaltung](#)) mit dem Ziel diskutieren, ein innovatives und ästhetisches Design mit konkreten Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verbinden, und unsere künftigen Lebensräume nachhaltiger, erschwinglicher und zugänglicher zu machen. In einer weiteren Idee werden Sensibilisierungskampagnen für grüne und nachhaltige Bauvorhaben unter Verwendung kohlenstoffarmer Baustoffe gefordert (siehe [Idee](#)).

In ähnlicher Weise konzentriert sich ein in Schweden organisierter Dialog auf Möglichkeiten, nachhaltige Wohnungen in ländlichen Gebieten zu entwickeln und zu fördern, um das Leben auf dem Land attraktiver zu machen (siehe [Veranstaltung](#)).

In einem Beitrag wird die Einführung eines europäischen Fonds zur Sanierung der Landschaft vorgeschlagen, der verlassene Grundstücke und Gebäude im Interesse der Biodiversität und der Stadtbevölkerung zu einem naturnäheren Zustand zurückführen soll (siehe [Idee](#)).



Abbildung 9 – Mindmap des Themas „Klimawandel und Umwelt“





## 3. Gesundheit

Unter dem Thema „Gesundheit“ handeln Beitragende eine Vielzahl von Aspekten ab. Dabei wird eine stärkere Harmonisierung und Integration auf europäischer Ebene vorgeschlagen, unter anderem aufgrund der Erfahrungen mit COVID-19 und seinen Auswirkungen. Andere Ideen decken eine Vielzahl von Aspekten ab, von Forderungen nach mehr Investitionen in die Gesundheitsforschung mit einem besonderen Schwerpunkt auf den alternden Bevölkerungen bis zu Forderungen nach einer Reihe von Präventivmaßnahmen beispielsweise zur Förderung gesunder Lebensweise oder zur Bekämpfung der bekannten Ursachen von Gesundheitsproblemen (z. B. Luftverschmutzung). Zu dem Thema wurden 1413 Beiträge angelegt: 583 Ideen, 722 Kommentare und 115 Veranstaltungen. Die wichtigsten Aspekte, die unter diesem Thema erörtert werden, sind die folgenden:

- **Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle**
- **Integration der Gesundheitssysteme in der EU**

- **Gesunde Lebensweisen**
- **Prävention statt Intervention**
- **Gesundheitsforschung**
- **Ansätze in der Medizin**
- **Gesundes Altern**
- **Gesundheit im Zeitalter der Digitalisierung**
- **Antworten auf COVID-19**
- **Sexuelle und reproduktive Gesundheit**

### Veranstaltungen

Seit dem Beginn der Konferenz wurden in den EU-Mitgliedstaaten 115 Veranstaltungen mit Bezug zu Gesundheit organisiert, wodurch das Thema zu einem der Themen mit den wenigsten Veranstaltungen wurde.



Manche Veranstaltungen waren für bestimmte technische Themen auf ein Fachpublikum ausgerichtet, andere dagegen waren einem breiteren Publikum zugänglich.

Einige Veranstaltungen, die das Problem der Zukunft der Gesundheit in Europa allgemein behandelten, wurden nicht nur für Angehörige des Gesundheitswesens organisiert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)), sondern auch als partizipative Workshops für einen breiteren Ausschnitt der Bürgerschaft (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Ein häufig behandeltes Thema ist die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion, wobei die Notwendigkeit einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Institutionen auf EU-Ebene hervorgehoben wird. Zum Beispiel wurden die Vorteile der Integration, etwa die Lösung für die ungleiche Verteilung der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, zwischen den Fachkräften und der Öffentlichkeit im Rahmen einer in Polen veranstalteten Debatte diskutiert (siehe [Veranstaltung](#)).

In vielen Fällen waren Debatten über die Zukunft der Gesundheit mit der Notwendigkeit verbunden, das System im Hinblick auf die gegenwärtige Pandemie neu zu diskutieren. Häufig beruhten Veranstaltungen auf den Antworten auf COVID-19 sowie der Notwendigkeit, lokale und europäische Impfstrategien zu diskutieren (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). In diesem Zusammenhang wurde in einigen Veranstaltungen speziell die Frage der Anpassung an die von der Pandemie vorgegebenen Umstände angesprochen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Diese Umstände haben wiederum zu weiteren Überlegungen über die möglichen Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zukunft der Gesundheit in der EU geführt (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Zu den weiteren besprochenen Themen gehören der Kampf gegen den Krebs, zu dem auch ein Europäischer Plan gegen den Krebs gehört (siehe [Veranstaltung](#)).



## Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle

Ein wiederkehrendes Thema ist die Forderung nach gleichem Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Gesundheitsversorgung. Hinsichtlich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung wird die Einführung eines europäischen Krankenversicherungssystems befürwortet (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)). Vorgebracht werden sowohl die Idee zur Entprivatisierung des Gesundheitswesens, um die Gesundheitsversorgung für alle erschwinglich zu machen (siehe [Idee](#)), als auch die Idee der Abschaffung des doppelten Systems von öffentlicher und privater Gesundheitsversorgung in der EU (siehe [Idee](#)). Eine weitere Idee, um die Gesundheitsversorgung in der Praxis für alle zugänglicher zu machen, ist die Ausweitung der mobilen Gesundheitsversorgung in Form von Gesundheitsbussen, die den raschen und niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitssystemen ermöglichen (siehe [Idee](#)). In einer weiteren Idee werden Gedanken zu einer Kostenbegrenzung für Medikamente erörtert, um sie für alle erschwinglich zu machen (siehe [Idee](#)).



## Integration der Gesundheitssysteme in der EU

In Beiträgen auf der Plattform wird eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten befürwortet, um die europäischen Gesundheitssysteme auf mehrere Weisen zu stärken (siehe [Veranstaltung](#)). Zu den vorgebrachten Ideen gehören die Bündelung von Wissen und Kapazitäten, etwa indem es Personal in der Intensivmedizin ermöglicht wird, in der gesamten EU tätig zu werden und Schwerkranke zu behandeln (siehe [Idee](#)), indem die Notfallversorgung vor der Aufnahme ins Krankenhaus standardisiert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)), indem die Qualifikationen von Pflegepersonal EU-weit anerkannt werden, indem ein europäisches Krankenhaus für seltene Krankheiten eingerichtet wird (siehe [Idee](#)) und indem die gesetzlichen Vorschriften zu Transplantationen verbessert werden, um ein einheitliches System zur Koordinierung von Transplantationen zu schaffen (siehe

[Idee](#)). In derselben Richtung wird in einem Beitrag vorgeschlagen, Krankheiten EU-weit anzuerkennen, um eine Datenbank mit Behandlungsmethoden und Evaluationen zu schaffen und dadurch ein EU-weites Vorgehen gegen Krankheiten zu erarbeiten (siehe [Idee](#)).

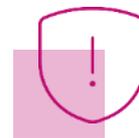
Dementsprechend wird in Diskussionen die Notwendigkeit betont, die Zuständigkeiten der EU in Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheit auszuweiten (siehe Beispiel einer [Idee](#) und einer [Veranstaltung](#)), wobei viele Teilnehmende eine Änderung des Vertrags von Lissabon vorschlagen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Vorschläge werden meist im Zusammenhang mit der Handhabung der COVID-19-Pandemie durch die Mitgliedstaaten und dem damit verbundenen Mangel an medizinischer Ausrüstung, den Herausforderungen bei der Impfstoffentwicklung und dem gemeinsamen Erwerb von Impfstoffen vorgebracht. Dementsprechend betonen Beitragende die Notwendigkeit, die Herstellungskapazität für Medikamente und medizinische Geräte in der EU zu steigern oder sie zurückzuverlagern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Gesunde Lebensweisen

In mehreren Ideen wird die Bedeutung einer gesunden Ernährung hervorgehoben; dabei wird mehrfach vorgeschlagen, dass die EU eine vegetarische Ernährung wegen ihrer Vorzüge für Gesundheit und Umwelt fördern sollte (siehe [Idee](#)). Eine Idee hierzu besteht darin, Fleisch stärker zu besteuern und die Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel zu senken (siehe [Idee](#)). In einer anderen Idee wird vorgeschlagen, entzündliche Krankheiten in Zusammenhang mit schlechter Ernährung und Fettleibigkeit in Angriff zu nehmen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einer Idee wird das Thema verstärkter Kontrollen der Lebensmittelqualität vorgebracht (siehe [Idee](#)). In weitere Beiträgen wird eine Untersuchung der Auswirkungen von Emulgatoren (siehe [Idee](#)), ein Verbot künstlicher Transfettsäuren (siehe [Idee](#)) sowie die Regulierung landwirtschaftlicher Techniken mit Auswirkungen auf Ernährung und Gesundheit – etwa Antibiotika in der Intensivhaltung (siehe Beispiel einer [Idee](#)) – gefordert. Ähnliche Ideen werden auch im Rahmen des Themas „Klimawandel und Umwelt“ vorgebracht.

Außerdem werden auf der Plattform die Förderung von Gesundheitskompetenz (siehe [Idee](#)) und die Vermittlung gesundheitsbezogener Praktiken von der frühen Kindheit an als Schlüsselfaktor für eine gesunde Lebensweise (siehe [Idee](#)) vorgeschlagen. Verschiedene Bürger/innen weisen auf die Notwendigkeit hin, den Tabakkonsum auf europäischer Ebene unattraktiv zu machen, indem der Preis erhöht und der Verkauf auf Apotheken beschränkt wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)), während andere eine nachhaltigere Bekämpfung von Drogen in der EU befürworten (siehe [Idee](#)).



## Prävention statt Intervention

Einige der vorgebrachten Ideen betreffen die Sensibilisierung für psychische Gesundheit und damit verbundene Leiden wie Burn-out, Stress, Depressionen und Angstzustände; es wird ein europäischer Plan zur Bewältigung dieses Problems gefordert (siehe [Idee](#)), insbesondere angesichts der Auswirkungen von COVID-19 (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird zudem betont, dass kognitive Neurologie und Verhalten die Verschlimmerung bestimmter Komorbiditäten verhüten kann, die für neurologische Störungen und Pathologien typisch sind (siehe [Idee](#)).

Der Einfluss der Luftverschmutzung auf die Gesundheit der Bevölkerung wird ebenfalls als dringliches Problem genannt (siehe [Idee](#)), ebenso wie die Notwendigkeit, die Lärmbelastung durch Festlegung strenger Grenzwerte für die zulässigen Geräuschemissionen von Autoreifen zu bekämpfen (siehe [Idee](#)). Darüber hinaus wird gefordert, die Exposition gegenüber besonders bedenklichen Stoffen, darunter PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen), zu verringern (siehe [Idee](#)).

Für Krebs wird in einer Idee vorgeschlagen, Solarien zu verbieten, um das Risiko der Entstehung von Hautkrebs zu vermeiden (siehe [Idee](#)).

Im Zusammenhang mit Prävention werden in einer Idee die Vorteile epigenetischer Technologien vorgeschlagen, die einen neuen ökologischen Humanismus fördern, indem die Bedeutung der Umwelt und der Ernährung für den Schutz

der Gesundheit der Individuen sowie der Gemeinschaft verstärkt wird (siehe [Idee](#)).



## Gesundheitsforschung

In einer Reihe von Beiträgen werden verschiedene Ideen zur Entwicklung eines blühenden Gesundheits-Ökosystems in ganz Europa vorgeschlagen, das Innovation und Forschung zu Gesundheit fördert und unterstützt. Dazu gibt es unterschiedliche Vorschläge, wie den stark unterstützten Vorschlag, die Forschung zu den Pathomechanismen der myalgischen Enzephalomyelitis im Rahmen von Horizont Europa zu fördern (siehe [Idee](#)). In anderen Vorschlägen geht es um ein transparentes Anreizsystem für geistiges Eigentum (siehe [Idee](#)) oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Gesundheitsforschungsinstituts zur Koordinierung der Gesundheitsforschung zwischen nationalen Instituten und für Investitionen in die pharmazeutische Forschung (siehe [Idee](#)). Zu den weiteren Ideen gehört auch die Einrichtung eines europäischen Labors für Infektionskrankheiten (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird hervorgehoben, dass Beschaffung, Herstellung und Lieferung von Schutzkleidung und Medikamenten stärker europäisch ausgerichtet werden müssten (siehe [Idee](#)). Außerdem wird vorgebracht, dass Europa in der Forschung mit Universitäten zusammenarbeiten müsse, um ein neues Antibiotikum gegen hochresistente Bakterien zu entwickeln (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einige Beitragende fordern auch die Einführung eines Gesetzes, das Pharmaunternehmen, die Impfstoffe vertreiben, dazu verpflichtet, die Daten aus den klinischen Studien zu diesen Impfstoffen vollständig zu veröffentlichen, um die Bewertung ihrer Sicherheit und Wirksamkeit zu erleichtern (siehe [Idee](#)).



## Ansätze in der Medizin

Die Idee, natürliche Heilmittel in der Medizin zu integrieren, wobei natürliche Heilmethoden wie Phytotherapie, Homöopathie usw. als Ergänzung der

Allopathie befürwortet werden, wird auf der Plattform breit diskutiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Darüber hinaus betrifft eine andere Idee die Annahme stärker ganzheitliche Ansätze in der Medizin (siehe [Idee](#)). Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass nichtmedizinische Eingriffe der Gesundheit und Autonomie der zu behandelnden Personen nachweislich zugutekommen können (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In mehreren Beiträgen wird auch die Entkriminalisierung von Cannabis für medizinische und therapeutische Zwecke gefordert (siehe [Idee](#) und [Idee](#)).

In einer Idee liegt der Schwerpunkt auf der Bedeutung evidenzbasierter Medizin (siehe [Idee](#)).



## Gesundes Altern und Alterungsschutz

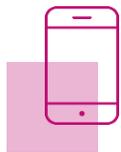
Angesichts der alternden Bevölkerung in Europa wird die Bedeutung einer guten Gesundheit im „silbernen Alter“ hervorgehoben. Hierfür wird der Bedarf an hochwertigen Pflegedienstleistungen für ältere Menschen hervorgehoben (siehe [Idee](#)). Gemäß einer vielfach unterstützten und kommentierten Idee sollen wissenschaftsintensive Untersuchungen und Technologien zum Thema gesunde Langlebigkeit gefördert werden (siehe [Idee](#)) – wie etwa Verjüngungstherapien und klinische Versuche in diesem Bereich – und wirksame rechtliche, budgetäre, regulatorische und institutionelle Verpflichtungen eingeführt werden, um die Lebenserwartung bei guter Gesundheit in der Europäischen Union zu erhöhen. In einem Beitrag geht es noch weiter und wird in der Kryonik eine Möglichkeit gesehen, die Behandlung unheilbar kranker Menschen durch Einfrieren zu verzögern, bis eine Therapie entwickelt wurde (siehe [Idee](#)).

Mit Blick auf eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstum angesichts des Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung wird auch der Alterungsschutz befürwortet (siehe [Idee](#)).

In einem Beitrag wird auf das Potenzial ländlicher Gebiete als Innovationszentren für Strategien des gesunden Alterns hingewiesen, da diese „strukturschwachen Regionen“ in der Regel einen höheren Bevölkerungsanteil älterer Menschen haben und die Qualität der Gesundheitsversorgung nicht so



hoch ist wie in städtischen Gebieten, weshalb innovative Lösungen erforderlich seien (siehe [Idee](#)). Verschiedene Ideen sind der Frage der Sterbebegleitung gewidmet, wobei eine einheitliche europäische Strategie für Behandlungen am Lebensende befürwortet wird (siehe [Idee](#)), während in anderen Beiträgen der Fokus auf der Verbesserung der Palliativpflege für Krebskranke liegt (siehe [Idee](#)).



## Gesundheit im Zeitalter der Digitalisierung

Eine Gruppe von Beitragenden diskutiert über Chancen und Gefahren der zunehmenden Digitalisierung in den letzten Jahrzehnten. In einigen Ideen werden Digitalisierung, Kompatibilität und Integration der europäischen elektronischen Gesundheitsdienste als eine Möglichkeit gesehen, den Bürgerinnen und Bürgern EU-weit interoperable Gesundheitsdaten zur Verfügung zu stellen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einige Beitragende sind jedoch skeptisch und weisen auf die Anfälligkeit solcher sensibler Daten und die Notwendigkeit hin, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene den Umfang der Datensätze der Gesundheitsversorgung, etwa für Forschungszwecke, auf eine bestimmte Anzahl von Datensätzen oder zu behandelnden Personen zu beschränken (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird ein Verbot nationaler Genomdatenbanken gefordert, die für Zwecke der medizinischen Forschung genutzt werden, aber auch anderen Stellen wie etwa Behörden zugänglich sind, wodurch das Recht auf Privatsphäre verletzt werde (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Idee wird vorgeschlagen, Forschung zu körperlicher Betätigung vorrangig zu fördern, und wird im Zusammenhang mit elektronischen Gesundheitsdiensten auf digitale Lösungen verwiesen, die Menschen dabei helfen, körperlich aktiv zu bleiben und dadurch eine Vielzahl chronischer Erkrankungen zu bekämpfen, die auf Inaktivität zurückzuführen sind (siehe [Idee](#)).

In anderen Beiträgen wird die Abhängigkeit von digitalen Medien thematisiert und ein EU-Aktionsplan gegen eine solche Abhängigkeit vorgeschlagen (siehe [Idee](#)). Einige Beitragende schlagen vor, entsprechende Kurse in Schulen sowie Informationskampagnen für Erwachsene

durchzuführen, um der digitalen Interaktion Grenzen zu setzen.



## Antworten auf COVID-19

Die Auswirkungen von COVID-19 werden von den Teilnehmenden ausführlich diskutiert. Generell sind sie der Ansicht, dass die rationale und wissenschaftliche Glaubwürdigkeit von Medizin und Politik sowie das Vertrauen in sie angesichts der weiten Verbreitung von Fehlinformationen und Falschmeldungen während der Pandemie wiederhergestellt werden müsse. Bei der Diskussion über COVID-19-Maßnahmen sind sich die Beitragenden auf der Plattform einig, dass alle diesbezüglichen Maßnahmen in der EU evidenzbasiert erfolgen sollten, um eine möglichst realitätsnahe Kosten-Nutzen-Analyse zu erreichen (siehe [Idee](#)). Insbesondere in einem Beitrag wird davor gewarnt, angesichts der Umstrukturierung der medizinischen Einrichtungen zur Berücksichtigung von COVID-Kranken die Behandlung von anderen Leidenden zu vernachlässigen oder zu verzögern (siehe [Idee](#)). Dementsprechend wird in Beiträgen die Ausweitung der Personalkapazitäten im Gesundheitswesen gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In weiteren Ideen wird hervorgehoben, dass inklusive Strategien zur Bewältigung künftiger Pandemien auf EU-Ebene entwickelt werden müssten, die die Rechte von Menschen mit Behinderungen schützen (siehe [Idee](#)). Ein Vorschlag lautet, die Auswirkungen von COVID-19-Maßnahmen auf die in Altenheimen lebenden und arbeitenden Personen in den verschiedenen EU-Ländern zu erforschen, um aus erster Hand Erfahrungen älterer Menschen mit einschlägigen Maßnahmen zu erhalten (siehe [Idee](#)). Darüber hinaus wird eine Untersuchung der Nebenauswirkungen und verborgenen Auswirkungen der Pandemie gefordert (siehe [Idee](#)).

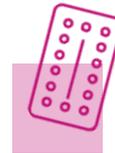
Mehrere Beitragende fordern eine verstärkte Unterstützung der psychischen Gesundheit bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, insbesondere bei jungen Menschen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Um diesen Aspekt ging es auch in einer Reihe von Veranstaltungen, etwa bezüglich der Frage der Zukunft der

öffentlichen Gesundheit in Europa nach der Corona-Krise (siehe [Veranstaltung](#)).

Die Debatten über das Impfprogramm lassen gegensätzliche Auffassungen erkennen, die von der Idee, dass die Impfung für alle verpflichtend sein sollte (siehe [Idee](#)), bis hin zu dem Vorschlag reichen, dass die Bürgerinnen und Bürger die freie Wahl haben sollten (siehe [Idee](#)). In einem weiteren Beitrag wird argumentiert, dass die Impfung für junge Menschen nicht verpflichtend sein sollte, dass die EU sie nicht „erpressen“ sollte, indem sie ihnen als Gegenleistung „erleichtertes“ grenzüberschreitendes Reisen ermöglicht, und dass PCR-Tests, falls sie verlangt werden, kostenlos bereitgestellt werden sollten (siehe [Idee](#)). Ferner wird vorgeschlagen, dass die EU-Mitgliedstaaten vereinbaren sollten, die einschlägigen WHO-Standards sowie nationale Dokumente zur Bescheinigung des Nachweises von Antikörpern oder des Erhalts von (Auffrisch-)Impfungen anzuerkennen (siehe [Idee](#)). Auch das digitale COVID-Zertifikat ist ein viel diskutiertes Thema, bei dem diejenigen, die das Aufkommen einer Zweiklassengesellschaft befürchten (siehe [Idee](#)) und die Ansicht vertreten, dass Europäerinnen und Europäer das Recht auf Verweigerung der Impfung verteidigen sollten (siehe [Idee](#)), denjenigen gegenüberstehen, die einen solchen Gesundheitspass und eine obligatorische Impfung als Teil einer kollektiven Anstrengung zur Bekämpfung des Virus und zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Gesundheitssysteme befürworten (siehe [Beispiel einer Idee](#)). In einem Beitrag geht es um die Verfahren für den Erwerb von Impfstoffen auf EU-Ebene, wobei mehr Offenlegung und Transparenz hinsichtlich der Verträge mit Pharmaunternehmen gefordert wird (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende fordern mehr Solidarität und die Einrichtung einer globalen Partnerschaft sowie Mittel für die weltweite Bekämpfung und Ausrottung von Krankheiten und meinen, dass Europa bei der Überwindung von Pandemien, Krebs und Herzkrankheiten weltweit führend sein könne (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird vorgeschlagen, dass die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation ein internationales Übereinkommen voranbringen sollte, das im Fall von Pandemien die weltweite Herstellung und Verteilung von Medikamenten ermöglicht (siehe [Idee](#)); in einem anderen Beitrag wird darauf hingewiesen, dass die gesamte Weltbevölkerung geimpft werden müsse, um die Entstehung neuer Varianten zu verhindern (siehe [Idee](#)). Zugleich wird vorgeschlagen, Maßnahmen zum Schutz der

Patente von Unternehmen zu ergreifen, und angeregt, dass die Europäische Kommission als Vermittlerin und Botschafterin eine wichtige Rolle spielen könnte (siehe [Idee](#)).

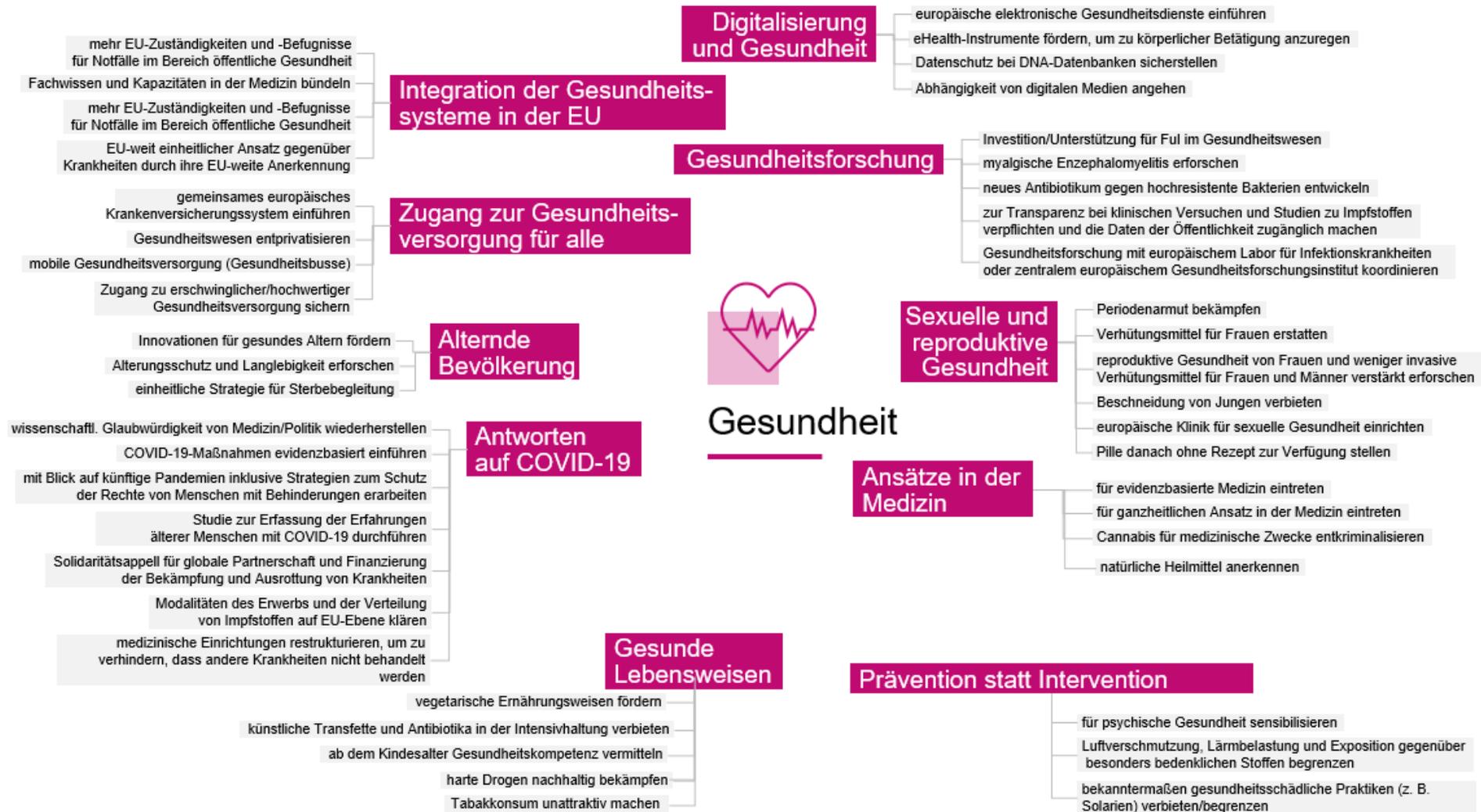


## Sexuelle und reproduktive Gesundheit

In manchen Ideen wird vorgeschlagen, in öffentlichen Räumen kostenlos Menstruationsartikel bereitzustellen, um die sogenannte „Periodenarmut“ zu bekämpfen (siehe [Beispiel einer Idee](#)). In anderen Vorschlägen wird die Verringerung oder Abschaffung von Steuern auf Hygieneartikel für Frauen (z. B. Binden) befürwortet (siehe [Idee](#)). Zudem wird auf die Notwendigkeit einer verstärkten Erforschung der reproduktiven Gesundheit von Frauen und der Entwicklung weniger invasiver Verhütungsmittel für Frauen wie für Männer hingewiesen (siehe [Idee](#)), sowie auf die Notwendigkeit, die „Pille danach“ in allen Ländern ohne Rezept verfügbar zu machen. Ferner wird auf der Plattform auch ein Verbot der Beschneidung von Jungen ohne Einwilligung und vor Erreichen der Volljährigkeit gefordert (siehe [Idee](#)). In einem Vorschlag wird angeregt, von der EU unterstützte und geförderte Kliniken für sexuelle Gesundheit einzurichten (siehe [Idee](#)).



Abbildung 10 – Mindmap „Gesundheit“





## 4. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Zum Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ wurden bis zum 3. November 2021 insgesamt 1062 Ideen, 1566 Kommentare und 351 Veranstaltungen erfasst. Die Beitragenden machen unterschiedliche Vorschläge, um das Wirtschaftswachstum in der EU anzukurbeln, wie die Einführung wirtschaftspolitischer Strategien, um den Binnenmarkt durch die Schwerpunktsetzung auf Innovation und die Förderung und Unterstützung von KMU bzw. strategischen Sektoren weiter zu stärken. Darüber hinaus wird hervorgehoben, wie wichtig es ist, dass die EU inklusiver und sozial gerechter wird, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. In diesem

Zusammenhang werden mehrere damit im Zusammenhang stehende Herausforderungen wahrgenommen, etwa die mangelnde Unterstützung junger Menschen in der EU und die fehlende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Die Gewährleistung eines bedingungslosen Grundeinkommens in der gesamten EU wurde am häufigsten als Mechanismus für ein inklusiveres und sozial gerechteres Europa vorgeschlagen. Darüber hinaus sind die Beitragenden der Ansicht, dass das Wohlergehen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der am stärksten benachteiligten, für das erfolgreiche Funktionieren und das weitere Wachstum der



EU von zentraler Bedeutung ist. Die verschiedenen Ideen lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Besteuerung für eine inklusive und faire Wirtschaft**
- **Sozialschutz und soziale Sicherheit**
- **Wirtschaftliche Erholung**
- **Ein inklusiveres, sozial gerechteres Europa**
- **Schaffung von Arbeitsplätzen**
- **Innovation – Ankurbelung des Wachstums**
- **Weitere Stärkung des Binnenmarktes**
- **Infragestellung des derzeitigen Wirtschaftsmodells**

## Veranstaltungen

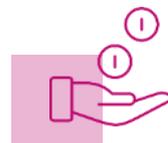
Unter diesem Aspekt wurde eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert. Zum Beispiel wurden in einem partizipatorischen Workshop in Polen die Fragen der Koordination der sozialen Sicherheit in der EU im Zusammenhang mit der beruflichen Mobilität (siehe [Idee](#)) sowie das Wohlbefinden von Beschäftigten im Lichte von demografischem Wandel und Bevölkerungsalterung (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)) untersucht. In einer anderen Veranstaltung wurden die wirtschaftlichen und industriellen Aspekte des europäischen Integrationsprozesses mit einem Schwerpunkt auf sozialen Fragen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigung behandelt (siehe [Veranstaltung](#)). In Deutschland wurden dank einer Online-Veranstaltung Unternehmerinnen zusammengebracht, die eine starke Europäische Union und eine Stärkung des Binnenmarktes forderten, wobei sie die Notwendigkeit des Abbaus der Bürokratie betonten, da diese als eine bedeutende Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen (insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen) angesehen wird (siehe [Veranstaltung](#)).

Mehrere partizipatorische Veranstaltungen wurden organisiert, um Bürger/innen in die Lage zu versetzen, ihre Meinungen zur EU und ihre Besorgnisse über die Zukunft zu äußern, zum Beispiel eine Reihe von Diskussionen in Estland zur Konferenz zur Zukunft Europas (siehe [Veranstaltung](#)). Außerdem wurden Vorträge abgehalten, um den Aufbau- und Resilienzplan

der EU als Teil des Instruments NextGenerationEU zu diskutieren (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Darüber hinaus wurden Bürger/innen mit Veranstaltungen einbezogen, um die Herausforderungen für Unternehmen bei deren Beitrag zum ökologischen Wandel zu ermitteln (siehe [Veranstaltung](#)).

In einer Veranstaltung lag der Fokus auf der „Drei-Meere-Initiative als Wachstumsmotor“, d. h. einer Initiative zur Einbindung der zwölf Anrainerstaaten der Ostsee, des Schwarzen Meeres und des Adriatischen Meeres, um die Wachstumsmöglichkeiten in der Region zu erörtern (siehe [Veranstaltung](#)).



## Besteuerung für eine inklusive und faire Wirtschaft

Die Bewältigung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme mittels Steuervorschriften ist ein wichtiges Thema.

In zahlreichen Ideen wird für mehr Steuergerechtigkeit, eine faire Besteuerung und die Bekämpfung von Steuerbetrug plädiert. Zu den Vorschlägen gehören Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (siehe [Idee](#)), und zur Vermeidung von „Sozialdumping“ durch eine Harmonisierung der Steuervorschriften und der Mindestlöhne zwischen den Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Eine intensiv kommentierte und unterstützte Idee ist die Einführung einer globalen oder EU-weiten Mindeststeuer, um gegen Steueroasen vorzugehen (siehe [Idee](#)). Die Frage, wie die großen digitalen Konzerne zu besteuern sind, wurde beispielsweise auf einem offenen Forum debattiert (siehe [Veranstaltung](#)).

Darüber hinaus werden auf der digitalen Plattform zahlreiche mögliche steuerliche Maßnahmen für eine inklusive und faire Wirtschaft herausgestellt. Der Aspekt Besteuerung umfasst derzeit folgende Unteraspekte: Einerseits werden steuerliche Maßnahmen zur Förderung eines fairen Wettbewerbs zwischen Unternehmen vorgeschlagen, etwa ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem für den Online-Handel oder die



Regelung, dass Unternehmen ausschließlich in ihren Sitzländern Mehrwertsteuer entrichten müssen (siehe [Idee](#)) und die Kopplung der Mehrwertsteuer an die Herkunft der Waren, um den Konsum vor Ort zu fördern und somit auch die Wirtschaft vor Ort zu unterstützen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Auf der anderen Seite stehen Vorschläge für die Besteuerung mit Blick auf Umweltfragen und den Klimawandel, wobei unter anderem eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder eine Nachhaltigkeitssteuer auf EU-Ebene gefordert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Drittens wird gefordert, dass Konsumgüter auf der Grundlage der Produktionsbedingungen (Arbeit, Rohstoffe, Löhne) besteuert werden, um fairen Handel und nicht Freihandel zu fördern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die übrigen steuerlichen Maßnahmen fallen unter die Kategorie „Sonstiges“, einschließlich steuerlicher Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung; so wird beispielsweise gefordert, die Anwendung des Nullsatzes oder des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Hygieneartikel für Frauen zu ermöglichen (siehe [Idee](#)).

Analog zur themenübergreifenden Forderung nach einer föderalen Struktur geht es in einem beträchtlichen Teil der Ideen zum Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ um eine Fiskalunion. Einige Beitragende vertreten die Auffassung, dass mehr EU-Eigenmittel oder ein von den Mitgliedstaaten unabhängiger Haushalt den Weg in eine stärker geeinte europäische Zukunft ebnen würden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Sozialschutz und soziale Sicherheit

In diesbezüglichen Ideen wird generell für einen einheitlichen Ansatz der EU im Bereich der sozialen Sicherheit plädiert, also europäische Mindeststandards in Bereichen wie Kindererziehung und Familie, Recht auf erschwinglichen Wohnraum und Rentenpolitik.

Der am häufigsten genannte Unteraspekt, der in einer Reihe von vielfach unterstützten und kommentierten Ideen anzutreffen ist, ist das bedingungslose Grundeinkommen, mit dem sichergestellt werden soll, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können (siehe Beispiel einer

[Idee](#)). Im Zusammenhang damit steht eine Gruppe von Ideen, die sich mit Einkommensunterschieden in der EU befasst: So wird vorgeschlagen, Gehaltsunterschiede innerhalb desselben Unternehmens zu begrenzen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder Einkommen in der Politik zu überwachen (siehe Beispiel einer [Idee](#)); zudem gibt es die generelle Forderung, dass mehr getan werden müsse, um ein menschlicheres Europa zu schaffen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem Beitrag wird die Einführung eines demokratischen digitalen Euros und einer Allgemeinen Grunddividende befürwortet, die durch die Erträge finanziert werden könnte, die die EZB auf Schuldverschreibungen und Aktien einnimmt, die sie im Rahmen ihrer Offenmarktgeschäfte, durch digitale Lizenzierung oder durch Direktinvestitionen erwirbt (siehe [Idee](#)).

Neben einem bedingungslosen Grundeinkommen werden vielfach Maßnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit gefordert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Was die alternde Bevölkerung betrifft, so diskutieren Beitragende die Notwendigkeit einer koordinierten Renten- und Ruhestandspolitik in den EU-Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und bringen Vorschläge für ein vereinheitlichtes Rentensystem für mobile Bürger/innen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Das Recht auf Zugang zu erschwinglichem Wohnraum ist ein weiterer Unteraspekt, über den im Zusammenhang mit sozialer Sicherheit diskutiert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von eher verwaltungstechnischen Ideen, etwa die Einführung eines (gemeinsamen EU-weiten) digitalen Sozialversicherungsausweises sowie übertragbarer sozialer Rechte für mobile Europäerinnen und Europäer, wie sie auch unter anderen Aspekten auf der Plattform diskutiert werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Ein inklusiveres, sozial gerechteres Europa

In einigen breit unterstützten Ideen wird die Notwendigkeit diskutiert, die europäische Säule sozialer Rechte weiter umzusetzen, um die soziale Dimension der EU zu verwirklichen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Zum Thema eines inklusiveren Europas diskutieren Beitragende die Notwendigkeit, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern, zum Beispiel durch eine Ausweitung der Gültigkeit nationaler Behindertenausweise auf die ganze EU (siehe [Idee](#)). Außerdem wird in einer Idee vorgeschlagen, öffentliche Räume durch Parkanlagen, Kulturzentren usw. für den Austausch zwischen Generationen auszustatten (siehe [Idee](#)). In diesem Zusammenhang wurde eine Veranstaltung in Spanien organisiert, um Bürger/innen zu ermutigen, ihre Ansichten darüber mitzuteilen, wie sie ihre Stadt verbessern würden, wenn sie Bürgermeister/innen wären (siehe [Veranstaltung](#)). Erwähnt wird die Unterstützung für Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). In einigen Ideen wird auch die Notwendigkeit größerer Anstrengungen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und zur Entwicklung von Strategien für die Integration der Roma-Minderheiten (siehe [Veranstaltung](#)) hervorgehoben.

Mit Ideen zu Rechten und Repräsentation von LGBTIQ-Personen (siehe [Idee](#)), dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle und der Geschlechterquote wird in mehreren Beiträgen auf der Plattform ein sozial gerechteres Europa gefordert, das etwa durch die Entwicklung eines Index zur Messung der sozialen Gleichstellung erreicht werden könnte (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Zu den weiteren Ideen gehören beispielsweise die Forderung nach der Durchsetzung der Geschlechtergleichstellung in Bereichen Architektur und Ziviltechnik (siehe [Idee](#)). In einer auf der Plattform verzeichneten Idee wird die Annahme der Gleichbehandlungsrichtlinie befürwortet, um die Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen sicherzustellen (siehe [Idee](#)). Vergleichbare Ideen gibt es zu Maßnahmen gegen sexuelle Übergriffe und häusliche Gewalt, wobei insbesondere Initiativen zur Unterstützung der Opfer gefordert werden (siehe [Idee](#)).



## Wirtschaftliche Erholung

In einer Gruppe von Kommentaren und Ideen auf der Plattform wird Besorgnis über die steigende öffentliche Verschuldung in der EU zum Ausdruck gebracht (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). So wird die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) diskutiert und unter anderem eine Überprüfung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (siehe [Idee](#)) sowie der Gesetzgebung zu aktuellen Leistungsbilanzungleichgewichten (siehe Beispiel einer [Idee](#)) sowie allgemeiner eine Ausweitung des Mandats der EZB (siehe [Idee](#)) gefordert.

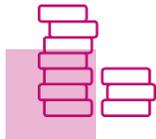
Ideen zur Förderung von lokalem Konsum und lokaler Produktion mit KMU als Wachstumsmotoren werden als entscheidend für die wirtschaftliche Erholung der EU betrachtet. Aus diesem Grund betonen Beitragende die Notwendigkeit, bürokratische Hindernisse für die Unterstützung und Entwicklung der Wirtschaft zu beseitigen (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). Dieses Problem wird auch in Hinblick auf den Europäischen Wiederaufbaufonds mit einem besonderen Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen vorgebracht (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Investitionen in künftige Generationen werden auch als eine Strategie für die Wiederankurbelung der Wirtschaft nach der COVID-19-Krise vorgestellt (siehe [Idee](#)).

Im Zusammenhang mit Strategien für die Erholung wird Kohäsion in Verbindung mit Online-Sozialrechten und dem Eintreten für die Beschäftigungsbedürfnisse der Jugendlichen als ein essenzieller Wert hervorgehoben (siehe [Veranstaltung](#)).

Ebenso wird im Hinblick auf COVID-19 die Notwendigkeit erörtert, mögliche künftige Maßnahmen zur Pandemievorsorge zu finanzieren (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Im Einklang damit wird in einer Idee die Unterbesetzung im Gesundheitswesen in Europa (siehe [Idee](#)) behandelt. Zudem wird betont, wie wichtig eine weltweite Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Erholung (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) und die Zuweisung öffentlicher Mittel für die Unterstützung kleiner und mittlerer Erzeuger und Händler sei, um sie für die vielen Verluste durch die Schließungen während der Pandemie zu entschädigen (siehe [Idee](#)). Es wird mehr Solidarität

zwischen den Mitgliedstaaten, etwa durch eine Ausweitung des Aufbaufonds, gefordert (siehe [Idee](#)).

## Schaffung von Arbeitsplätzen



In den Beiträgen wird erstens hervorgehoben, dass die Steuer- und Arbeitsmarktpolitik in der EU vereinfacht werden müsse, um Steuer- und Sozialdumping zu vermeiden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Zweitens werden bessere Arbeitsbedingungen im gesamten Kontinent gefordert, zum Beispiel durch die Ausweitung von Telearbeit und „flexibler Arbeit“, um die für das Pendeln benötigte Fahrzeit und die Kosten für die Büroinfrastruktur auf Seiten der Arbeitgeber zu verringern (siehe [Idee](#)), sowie um Zeitanprüche mit Familienbedürfnissen zu vereinbaren, die Entvölkerung des ländlichen Raums zu verringern (siehe [Idee](#)) und schädliche Emissionen durch die Verringerung des Verkehrs zu reduzieren (siehe [Idee](#)). Weitere Beispiele sind die Einführung einer kürzeren Arbeitswoche (siehe Beispiel einer [Idee](#)), das Verbot von unbezahlten Praktika, verpflichtende Verträge über Überstunden und prekäre Beschäftigung (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen mit Blick auf die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben.

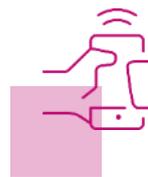
Drittens lässt sich ein Schwerpunkt auf der Laufbahnentwicklung erkennen, wobei Programme und Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zum EU-Arbeitsmarkt mithilfe grenzüberschreitender Praktika und einer Online-Jobplattform gefordert werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)), um die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und akademische Qualifikationen an den Arbeitsmarkt anzupassen, was wiederum die Beschäftigungschancen von Studierenden verbessern würde (siehe [Idee](#)). Auch eine vermehrte Mobilität der Arbeitskräfte in der EU wird als wirtschaftlich vorteilhaft angesehen (siehe [Idee](#)).

Es wird betont, wie wichtig es ist, junge Menschen zu unterstützen, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Darüber hinaus fordert ein Teilnehmender die Förderung handwerklicher Berufe

als Mittel für junge Generationen, um grundlegende Werte wiederzufinden, anstatt lediglich Arbeitsplätze im IT-Sektor zu fördern (siehe [Idee](#)). In ähnlicher Weise wird in einem anderen Beitrag die Notwendigkeit bekräftigt, in den technischen Berufsfeldern, wo praktischere Kompetenzen gefordert sind, mehr Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung zu bieten (siehe [Idee](#)). In mehreren Beiträgen wird auf das Fehlen beruflicher Ausbildung und postsekundärer Bildung hingewiesen (siehe [Idee](#)).

Mit Blick auf den Aspekt der Innovation wird in einer weiteren Gruppe von Ideen die Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang mit dem ökologischen und digitalen Wandel gefordert (siehe [Idee](#)).

Schließlich wurde die Idee, die Sommerzeit abzuschaffen, weiter ausgeführt, wobei die Teilnehmenden die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Abschaffung der Sommerzeit erörtern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Innovation – Ankurbelung des Wachstums

Es wird vorgeschlagen, das Wachstum durch Investitionen in Forschung, Kompetenzen, Wissen und Expertise im Hightech-Bereich (künstliche Intelligenz, Blockchain, Nanotechnologie, Energiespeicherung, In-vitro-Fleisch usw.) anzukurbeln. Darüber hinaus wird in mehreren Ideen die Notwendigkeit der technologischen Unabhängigkeit herausgestellt, die beispielsweise durch den Ausbau der Kapazitäten der EU zur Herstellung von Hardware gefördert werden könne.

Investitionen in Forschung und Bildung werden als äußerst wichtig erachtet (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)), wobei der Wissensaustausch über ein offenes Netz von Laboratorien oder eine europäische Infrastrukturagentur unterstützt wird (siehe [Idee](#)). In einem weiteren Vorschlag wird eine Art Spotify für die Wissenschaft angedacht, eine zugängliche Wissensdatenbank mit 3D-Druckvorlagen (siehe [Idee](#)), E-Learning-Materialien und Bildungsprogrammen, die internationale bewährte Verfahren zusammenstellt (siehe [Idee](#)). Einer der Vorschläge im Bereich Forschung sieht vor,

die Erteilung von Patenten mittels eines Patentfonds zu erleichtern (siehe [Idee](#)).

Zudem wird die digitale Wirtschaft als Voraussetzung für Innovation und Wachstum betrachtet; dabei wird über Kryptowährungen und lokale digitale Währungen diskutiert, die parallel zum Euro existieren würden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In Bezug auf Kryptowährungen besteht die Auffassung, dass Regulierung erforderlich ist, um die Bevölkerung zu schützen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Im Zusammenhang mit Innovation wird auch über Umweltfragen und den Klimawandel diskutiert; vorgebracht werden Ideen zu Klimaneutralitätszielen und der führenden Rolle der EU beim Aufbau und der Finanzierung einer (globalen) grünen Wirtschaft (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In mehreren Ideen geht es um die praktische Umsetzung der grünen Wirtschaft, beispielsweise durch Investitionen in Initiativen für den ökologischen Landbau und in die Initiative „Vom Hof auf den Tisch“ (siehe [Idee](#)). Demgegenüber wird in einem Beitrag erklärt, dass bei der Umsetzung des Grünen Deals sichergestellt sein sollte, dass die Unionsbürger/innen von den neuen Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden (siehe [Idee](#)). In verschiedenen damit zusammenhängenden Ideen werden Maßnahmen erörtert, um Unternehmen zur Verwirklichung eines ökologischen Wandels zu ermutigen und dabei zu unterstützen, zum Beispiel indem klare und verbindliche Ziele für bestimmte Sektoren festgelegt werden (siehe [Idee](#)).

Und schließlich wird die Finanzierung von Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) generell als Triebkraft für Innovationen wahrgenommen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). So wird vorgeschlagen, KMU beispielsweise über einen EU-Fonds, aus dem sie Startkapital erhalten (siehe [Idee](#)), oder anhand einer Online-Handelsplattform für europäische KMU (siehe [Idee](#)) zu unterstützen. Ein anderer Teilnehmender weist auf die Entwicklung Chinas durch Zentren, die Innovation und Wachstum kapillar verbreiten, in Verbindung mit günstigen Verwaltungs- und Steuervorschriften hin, wodurch Investitionen und der Aufstieg von Start-ups gefördert wurden. In dem Beitrag wird gefordert, die europäische Politik im Licht solcher Beispiele zu überdenken (siehe [Idee](#)).

## Weitere Stärkung des Binnenmarktes



In einer zunehmenden Zahl von Beiträgen wird die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des Binnenmarktes thematisiert, wobei der Schwerpunkt auf Wirtschaftspolitik gelegt wird, nachdem die Kommission ihren Schwerpunkt zunehmend auf andere Politikbereiche verlagert hat (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Insgesamt wird bekräftigt, dass die Mitgliedstaaten die Durchsetzung des bestehenden Besitzstandes im wirtschaftlichen Bereich verbessern sollten (siehe Beispiel einer [Idee](#)), um den Binnenmarkt attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen (siehe [Idee](#)). In einem Beitrag wird vorgeschlagen, eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, um globale Unternehmen im Rahmen einer europäischen Unternehmensstrategie mit einer einheitlichen Besteuerung in der gesamten EU in die EU zu locken (siehe [Idee](#)).

Eine gemeinsame Besteuerung, wie z. B. die Besteuerung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks, und eine gemeinsame Währung werden als eine Möglichkeit angesehen, die Ungleichheiten zwischen den EU-Ländern zu überbrücken und die Funktion des Binnenmarktes zu verbessern (siehe [Idee](#)). In dieser Hinsicht wurde eine Veranstaltung abgehalten, auf der die Notwendigkeit einer Reform der in den Mitgliedstaaten anwendbaren EU-Haushaltvorschriften diskutiert wurde, um eine nachhaltige Erholung nach der COVID-19-Krise sicherzustellen und die öffentlichen Investitionen zu sichern, die für einen ökologischen und digitalen Wandel erforderlich sind (siehe [Veranstaltung](#)).

## Infragestellung des derzeitigen Wirtschaftsmodells



In der seit dem Start der Plattform am zweithäufigsten unterstützten Idee unter diesem Aspekt wird ein aktualisiertes Modell vorgeschlagen, mit dem ein neues Wirtschaftsmodell und eine neue Governance der EU eingeführt würden, die „jenseits des BIP“ gehen und einen inklusiven und gerechten „Europäischen Wohlstand“ aufbauen, und die wirtschaftliche Steuerung der EU, das Europäische Semester, das Mandat der EZB und die

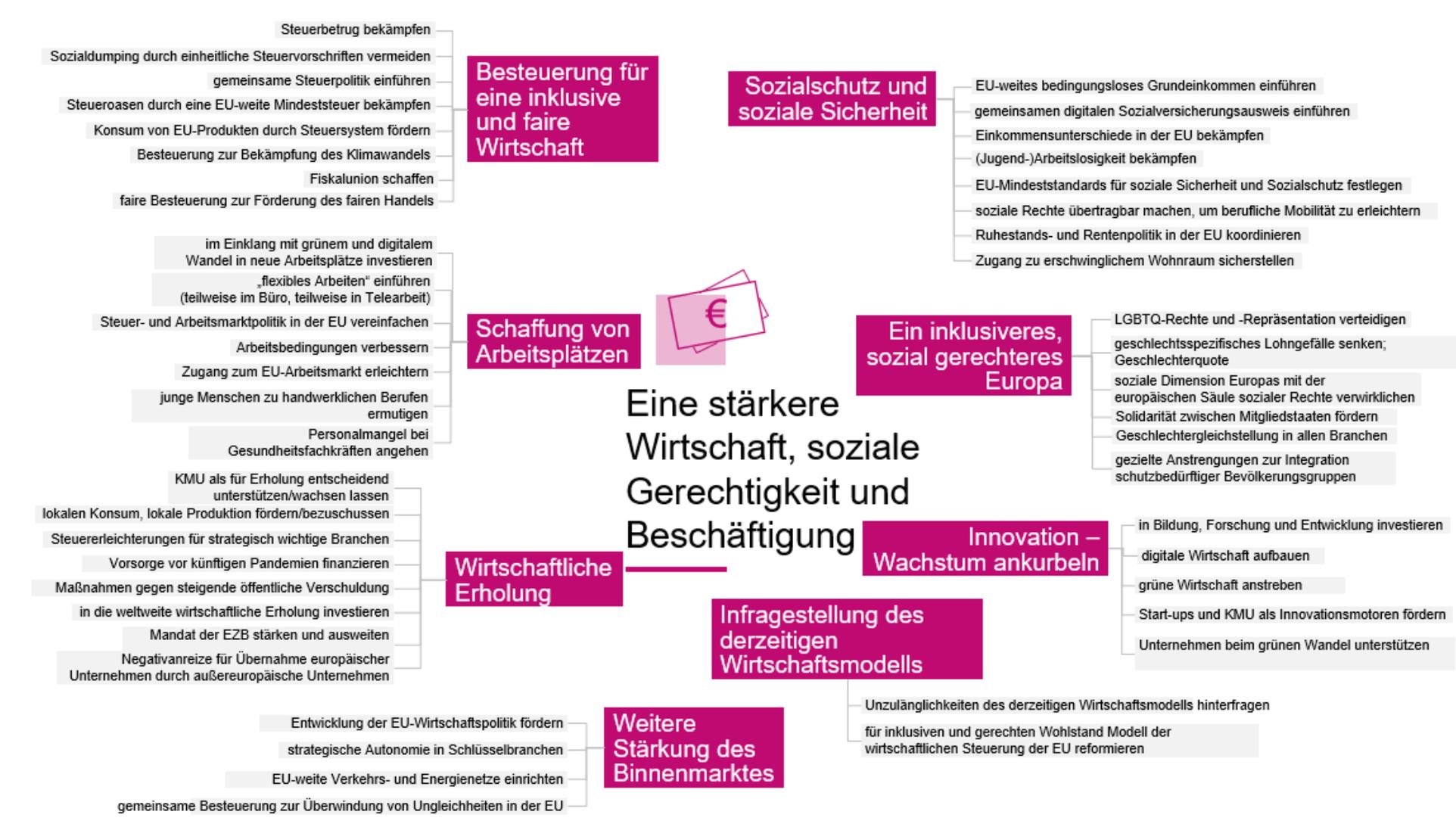


Eigenmittel der EU reformieren, und die Wirtschafts- und Währungsunion stärken (siehe [Idee](#)). Diese Idee deckt sich mit anderen Forderungen auf der Plattform nach einer Reform des Wirtschaftsmodells der EU, um in Europa inklusiven und gerechten Wohlstand zu erreichen (siehe [Veranstaltung](#) und [Veranstaltung](#)). In ähnlicher Weise wird in einem Beitrag argumentiert, dass der Regulierungsrahmen des Binnenmarktes größere Anreize für Unternehmen einführen sollte, sich für die Gesellschaft und die Umwelt einzusetzen (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)).

Im Rahmen dieses Aspekts wird das derzeitige europäische Wirtschaftssystem mehr aus ideologischer Perspektive erörtert. Teilnehmende weisen auf wahrgenommene Mängel des derzeitigen Wirtschaftsmodells hin. Konkret plädieren Beitragende dafür, auf dem Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft aufzubauen und mehr internen Wettbewerb, geringere regulatorische Hürden oder sogar einen Ansatz aus der Unternehmensführung vorzusehen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Andere setzen sich für eine sozialere oder stärker auf den Menschen ausgerichtete Marktwirtschaft ein (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Innerhalb dieser Diskussion wird die Theorie der Wachstumsrücknahme als Möglichkeit beleuchtet, ein neues Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur und unkontrolliertem Wachstum wiederherzustellen (siehe [Idee](#)). In einem weiteren Beitrag wird vorgeschlagen, das Modell der Donut-Ökonomie als Referenz zu nehmen (siehe [Idee](#)). In öffentlichen Diskussionen wurden auch andere Indikatoren zur Wachstumsmessung neben dem BIP diskutiert (siehe [Veranstaltung](#)).



Abbildung 11 – Mindmap „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“





## 5. Die EU in der Welt

Die Ideen zum Thema „Die EU in der Welt“ beziehen sich auf eine Vielzahl außenpolitischer Aspekte, die vom Handel über den Einsatz von Soft Power bis hin zur Verteidigung reichen. Insgesamt wird in den Beiträgen eine stärkere Präsenz der EU auf der internationalen politischen Bühne gefordert: in ihrer Nachbarschaftspolitik wie auch in ihren Beziehungen etwa zu afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Beitragende bringen zum Ausdruck, dass die EU bei der Ausübung von Soft Power wie Hard Power entschlossener vorgehen sollte. Seit der Einrichtung der Plattform wurden zu diesem Thema insgesamt 2439 Beiträge verzeichnet: 776 Ideen, 1410 Kommentare und 253 Veranstaltungen. Die verschiedenen Ideen lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Allgemeine Ziele der EU-Außenpolitik**
- **Verteidigung**

- **Nachbarschaftspolitik und internationale Beziehungen**
- **Entscheidungsfindung**
- **Erweiterung**
- **Handelspolitik**

### Veranstaltungen

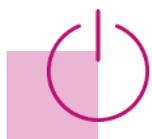
Die Zukunft der EU war das allgemeine Thema der Diskussionen vieler Veranstaltungen, die im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas organisiert wurden. Zum Beispiel fand am 28. Juli eine große Veranstaltung in El Escorial (in der Nähe von Madrid) statt, bei der diskutiert wurde, wie die internationale Rolle der EU gestärkt werden kann (siehe [Veranstaltung](#)). Auf zahlreichen



Veranstaltungen wurde die künftige Erweiterung der EU diskutiert. Es bleibt jedoch umstritten, ob die EU das Ziel einer weiteren Erweiterung verfolgen sollte.

Aufgrund einiger geopolitischer Entwicklungen in jüngster Zeit hat die Öffentlichkeit großes Interesse an diesen Themen gezeigt, und die Zahl der Veranstaltungen zu diesen Entwicklungen hat sich in der ganzen Union vervielfacht. Das betrifft zum Beispiel den amerikanischen Rückzug aus Afghanistan (siehe [Veranstaltung](#)). Auch die AUKUS-Krise zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten hat zu Debatten über die strategische Autonomie der EU und die Rolle ihrer Mitgliedstaaten in der NATO Anlass gegeben (siehe diese [Veranstaltung](#) in Litauen).

In manchen Veranstaltungen wurden wiederkehrende Diskussionsthemen behandelt, wie das Verhältnis zwischen der EU und Russland (siehe [Veranstaltung](#)) oder die Rolle der EU in der Rivalität zwischen den USA und China (siehe [Veranstaltung](#)). Die Außenbeziehungen der EU mit diesen Supermächten waren ein zentrales Thema in der Diskussion um den Bau der Nord-Stream-Pipeline zwischen Russland und der westlichen EU, die in Frankfurt stattfand (siehe [Veranstaltung](#)). Auf der Grundlage einer auf der Plattform veröffentlichten Idee wurde auf einer Online-Veranstaltung die Aufstellung einer EU-Armee diskutiert (siehe [Veranstaltung](#)).



## Allgemeine Ziele der EU-Außenpolitik

Es wird die Auffassung vertreten, dass sich die Rolle der EU angesichts der zunehmenden Besorgnis über den Klimanotstand, der Verschiebung der wirtschaftlichen und geopolitischen Kräfteverhältnisse, der großen Herausforderungen für den Multilateralismus und des weltweiten Kampfes gegen COVID-19 verändert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#), siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mehrere Beitragende bringen daher zum Ausdruck, dass die EU bei der Ausübung von Soft Power wie Hard Power entschlossener vorgehen sollte (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)). In diesem Zusammenhang wird oft das Thema der Entwicklung der strategischen Autonomie der EU angesprochen.

Hinsichtlich der EU-Außenpolitik geht es in vielen Ideen um die Rolle, die die EU mit Blick auf Menschenrechte und demokratische Werte weltweit einnehmen sollte. Eine der am häufigsten unterstützten Ideen zu diesem Thema bezieht sich auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, um die Sicherheit der Menschen in Europa zu gewährleisten und zugleich Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz in Nachbarländern und weltweit zu fördern (siehe [Idee](#)). Daher fordern Beitragende eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Sie betonen, zur Wahrung der Glaubwürdigkeit sei es notwendig, das Wettstreifen zwischen Mitgliedstaaten auf dem internationalen Parkett zu beenden.

Beitragende fordern eine härtere Haltung und Maßnahmen gegenüber Ländern, die wiederholt gegen internationale Menschenrechtskonventionen und/oder -verträge verstoßen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). So wird die EU etwa angehalten, eine führende Rolle im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina zu übernehmen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Damit verbunden ist die Forderung nach einem gemeinsamen europäischen Waffenausfuhrsystem mit strengen Regeln, um sicherzustellen, dass in der EU hergestellte Waffen keine Konflikte in der Welt anheizen und nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen (siehe [Idee](#)).

In den meisten Ideen wird eine geschlossener und stärker integrierte EU gefordert, um die Rolle der EU als eine globale Verteidigerin von Recht und Gerechtigkeit zu stärken, die offen für die Interaktion mit verschiedenen multilateralen Institutionen auf globaler wie auf regionaler Ebene ist (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)). In anderen Ideen wird hingegen dafür plädiert, dass sich die EU gemäß ihrer ursprünglichen Konzeption auf ihre Rolle als Wirtschaftsakteurin konzentriert. In diesem Zusammenhang wird die Ansicht vertreten, dass die EU nicht die Rolle eines geopolitischen Akteurs übernehmen sollte, sondern sich auf ihre primäre Aufgabe der Schaffung eines gemeinsamen Marktes besinnen sollte. Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass die EU keine politische Rolle als globaler Akteur einnehmen könne, da sie kein souveräner Staat ist (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Die Debatte über die Rolle der EU in der Welt war besonders von der Krise in Afghanistan geprägt. Die Beitragenden betonten die Bedeutung des geopolitischen Wandels, der durch den zunehmenden Rückzug der Vereinigten Staaten aus auswärtigen Angelegenheiten und Konflikten ausgelöst wurde. Viele Teilnehmende sehen die

Rückkehr der Taliban an die Macht als Scheitern des Westens und als Zeichen dafür an, dass es für die EU an der Zeit ist, unabhängig von ihrem strategischen Bündnis mit den USA ihre eigene Rolle in außenpolitischen Angelegenheiten zu übernehmen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese wiederkehrende Forderung nach einem einheitlichen außenpolitischen Ansatz war Gegenstand mehrerer Veranstaltungen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).



## Verteidigung

Mit Blick auf die Stärkung der Hard Power der EU – die ebenfalls als äußerst wichtig angesehen wird (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) – wird für die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee plädiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Hierbei handelt es sich um eine der am stärksten unterstützten Ideen unter diesem Aspekt. Ferner wird in Beiträgen die Schaffung von stärker spezialisierten Einsatzkräften oder Einrichtungen auf EU-Ebene vorgeschlagen, etwa einer Europäischen Militärakademie (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Hinsichtlich der militärischen Ausbildung wird in einem Beitrag auch die Einrichtung einer militärischen Grundausbildung für die Jugend Europas vorgeschlagen (siehe [Idee](#)).

Nach Ansicht mancher Beitragender bringt die wahrgenommene Schwächung des Bündnisses zwischen der EU und den USA auch eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung der Außenpolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten mit sich (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Beide Aspekte wurden zuvor im Rahmen der allgemeinen Ziele der EU-Außenpolitik ermittelt. Beitragende fordern auch die Einrichtung eines europäischen Nachrichtendienstes (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Nachbarschaftspolitik und internationale Beziehungen

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft assoziierter Länder wie Georgiens, der Ukraine und der Türkei war ebenfalls ein Diskussionsthema. Ein Unteraspekt von Ideen betrifft die diplomatische Vertretung der EU; generell wird hierzu gefordert, dass die EU-Institutionen ihre Interessen in der Welt sichtbarer vertreten und verteidigen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, dass die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten durch eine einzige EU-Botschaft ersetzt werden sollten, die alle EU-Mitgliedstaaten vertreten und vereinigen würde. Dies könnte auch eine gemeinsame EU-Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie etwa der NATO (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder einen einzigen und ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (siehe [Idee](#)) umfassen. Zu den weiteren Ideen gehört die Schaffung eines gemeinsamen EU-Passes für alle europäischen Bürger/innen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und die systematische Nutzung der europäischen Flagge und Hymne in internationalen Kontexten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In Beiträgen zu diesem Aspekt wird insbesondere auf die politischen Beziehungen der EU zu Russland und China eingegangen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Beitragende halten es für notwendig, den außenpolitischen Ansatz der EU grundlegend zu überdenken und seine Überarbeitung voranzutreiben; im Einklang mit den Beiträgen zu vorstehend genannten Aspekten solle ein entschlossenerer Ansatz verfolgt werden. Auf der Plattform wird diskutiert, ob die EU gegenüber China angesichts der hochgradig divergierenden Wertesysteme nicht nur in ihren diplomatischen Beziehungen eine geschlossenerere und härtere Haltung einnehmen sollte, sondern auch eine Strategie der Europäischen Union für Auslandsinvestitionen erarbeiten sollte, um dem globalen Einfluss Chinas, insbesondere in Entwicklungsländern, etwas entgegensetzen (siehe [Idee](#)).

Was das Verhältnis zu Russland und den osteuropäischen Staaten betrifft, forderten einige Teilnehmende einer Veranstaltung, auf der die Beziehungen zwischen Deutschland und den baltischen Ländern diskutiert wurde, die EU unter anderem auf, die Opposition in Belarus zu unterstützen (siehe [Veranstaltung](#)). Was die Beziehungen



der EU zu Ländern in Afrika betrifft, so wird in Beiträgen die Auffassung vertreten, dass die Partnerschaft ausgebaut werden sollte und die Handelsbeziehungen überarbeitet werden sollten (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Die meisten Beitragenden fordern eine engere Partnerschaft zwischen der EU und der Afrikanischen Union, um den regionalen Multilateralismus zu stärken (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Andere sprechen sich für intensivere bilaterale Partnerschaften zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und afrikanischen Ländern aus, um die Migration und andere Sicherheitsbedrohungen für die Europäische Union anzugehen. Dies könne jedoch nur funktionieren, wenn die Beziehungen nicht länger von der Erhaltung des wirtschaftlichen und politischen Erbes ehemaliger Kolonialsysteme geprägt seien (siehe [Idee](#)).

Das Gleiche gelte für die Beziehungen zu Lateinamerika (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)).



## Entscheidungsfindung

Es wird die Auffassung vertreten, dass die EU auf der internationalen politischen Bühne unbedingt geschlossen und geeint auftreten müsse, um ihre Rolle zu erhalten und auszubauen. In mehreren Beiträgen wird die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außenpolitik erörtert. Die Forderung, die Fähigkeit der EU zu stärken, in der Außen- und Sicherheitspolitik eine Rolle zu spielen, wurde auch im Rahmen der finnischen öffentlichen Konsultation „Europa Forum“ diskutiert, bei der Finnlands gegenwärtige und künftige Rolle in Europa und der EU erörtert wurde (siehe [Veranstaltung](#)).

In vielen Beiträgen wird dazu aufgerufen, die Einstimmigkeitsregel zu überdenken. In einer Reihe von Ideen wird die Auffassung vertreten, dass der Status quo, der die Einstimmigkeit vorsieht, es einzelnen Mitgliedstaaten ermögliche, eine gemeinsame Außenpolitik zu blockieren (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). Dies wird als problematisch erachtet, da es die EU daran hindere, eine glaubwürdige, zuverlässige und starke Stimme in der Welt zu haben. Der Idee zufolge sollte die EU daher

zu einem Abstimmungssystem auf Grundlage absoluter Mehrheiten übergehen. Eine der am häufigsten befürworteten Ideen zu diesem Aspekt enthält eine ausführliche Beschreibung eines Abstimmungssystems, das eine absolute Mehrheit der Mitgliedstaaten vorsieht, die von einer einfachen Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützt wird; so soll die EU in die Lage versetzt werden, als Exekutive zu handeln und eine eigenständige und glaubwürdige Außenpolitik zu betreiben (siehe [Idee](#)). Ähnlich wie bei den Debatten zum Thema „Demokratie in Europa“ wird auch die qualifizierte Mehrheit als Alternative zur derzeitigen Einstimmigkeitsregel vorgeschlagen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem letzten Unteraspekt geht es um die Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments. Es wird die Ansicht vertreten, dass das Europäische Parlament das Konzept der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zwar von Anfang an unterstützt und sich um eine Ausweitung seines Anwendungsbereichs bemüht habe, jedoch bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spiele. Daher halten es Beitragende für entscheidend, dem Europäischen Parlament mehr außenpolitische Befugnisse zuzuweisen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Erweiterung

In einer Gruppe von Beiträgen wird die Notwendigkeit der Erweiterung und der Integration östlicher Nachbarländer als Mittel zum Schutz der Demokratie in diesen Ländern (siehe Beispiel einer [Idee](#)), aber auch zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität innerhalb der EU (siehe Beispiel einer [Idee](#)) diskutiert. Diese Überlegungen kommen auch in einer der am häufigsten unterstützten Ideen zu diesem Thema zum Ausdruck, in der eine Fortsetzung der Erweiterung der EU unter Integration der Länder des westlichen Balkans gefordert wird, um Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten (siehe [Idee](#)). Es wurden verschiedene Veranstaltungen organisiert, bei denen Themen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung



und dem Westbalkan erörtert wurden (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). In diesem Zusammenhang wird auch die vollständige Anerkennung des Kosovo gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Handelspolitik

In einer Gruppe von Beiträgen zu dem Thema „Die EU in der Welt“ wird der Wunsch geäußert, die Handelspolitik zu verbessern und Handelsabkommen in Einklang mit den Werten der EU zu bringen, etwa mit Blick auf Menschenrechte oder Umweltstandards (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einer vielfach unterstützten Idee wird eine Reform der Handels- und Investitionspolitik der EU und eine Neubelebung des globalen Multilateralismus gefordert, in deren Mittelpunkt die Schaffung ordentlicher

Arbeitsplätze und der Schutz von Grund- und Menschenrechten, darunter Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, stehen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Nach Ansicht mancher Beitragender haben die Gesundheits- und die Klimakrise die Grenzen einer stark globalisierten und verflochtenen europäischen Wirtschaft aufgezeigt. Die Maskenknappheit während der Gesundheitskrise, die Probleme der globalen Lieferketten aufgrund der Pandemie und die Auswirkungen des globalen Handels auf die Umwelt haben zu Forderungen nach einer Re-Industrialisierung und einer Steigerung der lokalen Produktion geführt (siehe [Idee](#)).



Abbildung 12 – Mindmap „Die EU in der Welt“





## 6. Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Zum Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ wurden insgesamt 2590 Beiträge erfasst (861 Ideen, 1420 Kommentare und 309 Veranstaltungen). Von den Beitragenden wird der Begriff der europäischen Werte als Leitprinzip diskutiert, und sie bringen Ideen über Gleichstellung und eine Reihe von Rechten und Freiheiten vor. Im Rahmen der breiten Meinungsvielfalt auf der Plattform wird in anderen Beiträgen die Achtung konservativerer Ansichten gefordert. Bei einem großen Teil der Interaktionen zu diesem Thema geht es um die Gefahren des Aufkommens sogenannter „illiberaler Demokratien“ in der EU, die die Werte der EU nicht achten und sich in Richtung autokratischer Regime entwickeln. Sie werden als

Bedrohung gesehen. Beitragende rufen zum Handeln auf, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Die Beiträge lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **EU-Werte**
- **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte**
- **Integrative Gesellschaft**
- **Rechte und Freiheiten**
- **Sicherheit**
- **Lobbyismus und Korruption**



## Veranstaltungen

Im Rahmen der Konferenz wurden verschiedene Veranstaltungen zu den Themen Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit abgehalten. Dazu zählen u. a. eine Podiumsdiskussion über die Geschlechtergleichstellung, bei der eine Reihe von Ideen zur Gleichstellung in Bildung und Beschäftigung vorgebracht wurde (siehe [Idee](#)), ein deutsch-ungarischer Dialog über den Wert der Toleranz und die Wichtigkeit für junge Menschen, vom Holocaust zu lernen (siehe [Veranstaltung](#)), sowie ein Bürgerdialog über die Visionen junger deutscher und tschechischer Teilnehmender zur Zukunft Europas (siehe [Veranstaltung](#)).

Im Rahmen eines partizipativen Bürgerworkshops zur EU-Grundrechtecharta wurden die Teilnehmenden mit dem Auftrag konfrontiert, neue zukunftsfähige Grundrechte zu entwickeln. Die Teilnehmenden brachten Ideen zu Rechten im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und digitaler Selbstbestimmung sowie dem Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben, ein, um unter anderem die neuesten sozialen Veränderungen und Entwicklungen zu berücksichtigen (siehe [Veranstaltungen](#)).

Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Reihe „Europe Uncensored“ zum Thema Brüsseler Politik wurde kritisch angemerkt, dass es in den politischen Debatten der EU an Offenheit gegenüber konservativeren Ansichten mangle (siehe [Veranstaltung](#)).

In anderen Veranstaltungen unter dem Aspekt „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, die in ganz Europa abgehalten wurden, haben Teilnehmende die Herausforderungen diskutiert, die mit dem Schutz der Werte der EU und der Rechtsstaatlichkeit zusammenhängen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Manche Veranstaltungen hatten auch eine breitere Thematik, so wie eine partizipative Debatte, in der insbesondere junge Bürger/innen ihre Vorstellungen von der Zukunft der EU und ihren Leitwerten teilen konnten. Das Ergebnis waren Vorschläge für den Abbau der Bürokratie, die Bewertung der während der Pandemie umgesetzten Veränderungen, eine stärker auf den Menschen ausgerichtete Stadtentwicklung und eine

lokalisierte Entwicklung anstelle einer überwiegend EU-zentrierten Politik (siehe [Veranstaltung](#)).



## Werte der EU

In einer Gruppe von Ideen auf der Plattform wird erörtert, was europäische Identität bedeutet und welche Werte die EU verkörpern und fördern sollte (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). Insbesondere nennen Beitragende unter anderem die Grundsätze Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Pluralismus, Gerechtigkeit, Solidarität und Geschlechtergleichstellung als konstitutiv für das Wertesystem der Europäischen Union. Sie sind der Ansicht, dass diese Grundsätze die Politik der Union leiten sollten.

Einige Beitragende erörtern auch die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung, in der die grundlegenden europäischen Werte, die in der EU geachtet werden müssen, klar definiert würden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einem Beitrag wird auch die Umsetzung einer EU-Strategie für die Zivilgesellschaft vorgeschlagen, damit Organisationen der Zivilgesellschaft frei tätig sein und zur Aufrechterhaltung europäischer Werte beitragen können (siehe [Idee](#)).

In einem Strang von Ideen wird der Stellenwert von Religion und religiösen Werten in Europa mit einer Diskussion zur Rolle christlicher Werte und zur Notwendigkeit ihres Schutzes erörtert (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). Andere Beitragende äußern sich zur Notwendigkeit offener und freier Debatten über dieses Thema (siehe [Idee](#)). Im Hinblick auf das Christentum wurde in einer Veranstaltung untersucht, wie osteuropäische Länder die öffentliche Zurschaustellung von Religion mit der Toleranz gegenüber anderen Religionen und Glaubensüberzeugungen vereinen (siehe [Veranstaltung](#)).



## Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte



Eine große Zahl von Teilnehmenden ist über den Zustand der Demokratie und der Menschenrechte in der Welt besorgt. In Beiträgen zu diesem Thema wird eine härtere Haltung zur Verteidigung der Werte der EU gegenüber Ländern wie Russland und China gefordert. Hinsichtlich der Lage innerhalb der EU fordert eine große Gruppe von Teilnehmenden die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Grundwerten in der EU (siehe [Idee](#) und siehe [Idee](#)). Manche Bürgerinnen und Bürger haben auch die Notwendigkeit erörtert, die Unabhängigkeit der Justiz in den Mitgliedstaaten sicherzustellen, und sie sind außerdem besorgt darüber, dass Frauen, LGBTQI+-Minderheiten und Menschenrechte bedroht sind (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)). In manchen Beiträgen werden Bedenken hinsichtlich der Achtung der Werte der EU und der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)) und Polen (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)) geäußert. Im Gegensatz dazu wird in anderen Beiträgen dazu aufgefordert, die nationalen Angelegenheiten dieser Länder zu respektieren (siehe Beispiel einer [Idee](#)), wobei beispielsweise das demokratische Recht Ungarns erwähnt wird, seine Grenzen zu verteidigen und seine christliche Religion, Kultur und homogene Gesellschaft zu bewahren (siehe [Idee](#)). In einer weiteren Idee wird in dieser Hinsicht eine informierte Politikgestaltung der EU gefordert (siehe [Idee](#)).

Um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, schlagen einige Teilnehmende vor, die Finanzhilfen für Länder, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, zu kürzen, ihnen das Stimmrecht im Rat zu entziehen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder sogar ihre Mitgliedschaft in der EU zu beenden (siehe Beispiel einer solchen [Idee](#)). Es wird gefordert, den an die Rechtsstaatlichkeit gebundenen Haushaltsschutzmechanismus zu nutzen (siehe [Idee](#)), und vorgeschlagen, das Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags zu überarbeiten, um Regierungen, die gegen die Werte der EU verstoßen, einfacher sanktionieren zu können (siehe [Idee](#) und [Idee](#)). In einem Beitrag wird vorgeschlagen, dass der Europäische Gerichtshof die Rolle eines Wächters über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU übernimmt (siehe [Idee](#)). Mehrfach unterstützt wurde ein Vorschlag zur Einführung eines Überprüfungsmechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in der EU (siehe [Idee](#)). Des Weiteren wird auf der Plattform die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel gefordert, um sicherzustellen, dass Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit missachten, die Entscheidungsfindung in der EU nicht blockieren können (siehe [Idee](#)).

Im Gegensatz dazu scheint die EU aus Sicht mancher Beitragender in autoritärer Weise in die Verfassungen ihrer Mitgliedstaaten einzugreifen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In manchen Beiträgen wird auf die Auffassung vertreten, dass die Zuständigkeiten des Gerichtshofs der Europäischen Union geändert werden sollten, um Konflikte mit der nationalen Verfassungsgerichtsbarkeit zu vermeiden (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)).

Mit Blick auf den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen wird in einer vielfach befürworteten Idee vorgeschlagen, die Durchsetzbarkeit der verschiedenen Menschenrechtsinstrumente im Rechtssystem der EU zu verbessern (siehe [Idee](#)). In mehreren Ideen wird auf die Notwendigkeit verwiesen, den Kinderschutz in der Gesetzgebung und in der Politik zu verbessern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Integrative Gesellschaften

Da die Gleichstellung in einer Reihe von Beiträgen als ein zentraler Wert der EU angesehen wird, werden in verschiedenen Ideen stärkere Anstrengungen zur Schaffung einer inklusiven Gesellschaft gefordert. In dieser Hinsicht wird in einer weit unterstützten Idee eine stärkere Geschlechtergleichstellung (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)) sowie die Stärkung der Rolle der Frau (siehe [Veranstaltung](#)) gefordert. Zu den damit verbundenen Vorschlägen gehört beispielsweise die Erhöhung des Frauenanteils unter den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Darüber hinaus diskutieren mehrere Teilnehmende über sexuelle und reproduktive Rechte, darunter das Recht auf Abtreibung (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und über die Bekämpfung von Rachepornografie und Online-Belästigung (siehe [Veranstaltung](#)).

In zahlreichen Ideen wird eine verstärkte Unterstützung für Menschen mit Behinderungen in folgender Form gefordert: i) Beseitigung von Hindernissen für Menschen mit Behinderungen, indem Produkte und Dienstleistungen leichter zugänglich gemacht werden (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)), ii) angemessener Schutz ihrer



Menschenrechte (siehe [Idee](#)) und iii) Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen mit geistigen Behinderungen (siehe [Idee](#)). Im Rahmen einer weiteren stark kommentierten Veranstaltung werden die Inklusion von Menschen mit Down-Syndrom und Gesetzgebungsimpulsen zu deren Unterstützung gefordert (siehe [Veranstaltung](#)).

Mit Blick auf alternde Gesellschaften werden auf der Plattform Aufrufe zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung verzeichnet (siehe [Idee](#)). Zur Untersuchung der Folgen des demografischen Wandels für die strukturellen Grundlagen der Gesellschaft wurde ebenfalls eine Veranstaltung abgehalten (siehe [Veranstaltung](#)).

Zahlreiche Teilnehmende fordern den Schutz von LGBTIQ-Personen und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen in allen EU-Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Im Rahmen eines Workshops wurde die Integration von LGBTIQ-Rechten in verschiedenen Themenbereichen behandelt (siehe [Veranstaltung](#)).

Mit einigen Veranstaltungen wurde die Aufmerksamkeit auch auf die Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten (siehe [Veranstaltung](#)), einschließlich der Roma-Gemeinschaft (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)), gelenkt.



## Rechte und Freiheiten

In einer Vielzahl von Beiträgen liegt der Schwerpunkt auf Problemen im Zusammenhang mit den Rechten und Freiheiten im Kontext des digitalen Wandels. Die Datenschutz-Grundverordnung der EU wird als wesentliches Element angesehen, um private Unternehmen am Verkauf persönlicher Daten zu hindern (siehe [Idee](#)). Es gibt Forderungen nach Einschränkungen bei der Verwendung biometrischer Daten zu Überwachungszwecken (siehe [Idee](#)) und bei der Erhebung und Weitergabe personenbezogener Daten im Allgemeinen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mehrere Beitragende schlagen vor, die Möglichkeit der Barzahlung als demokratisches Recht anzuerkennen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wurde die Notwendigkeit besserer Rechtsvorschriften und Instrumente zum Schutz der Privatsphäre im Internet und in

sozialen Medien – sowie mit Blick auf alle neuen Technologien – geltend gemacht (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Gruppe von Beiträgen wurde argumentiert, dass COVID-19-Maßnahmen aufgehoben werden müssten, sobald die Auswirkungen der Pandemie dies zulassen, um die Rückkehr zur Normalität zu gewährleisten und die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen (siehe [Idee](#)). Dazu gehört auch die Forderung, die Diskriminierung von Personen zu verhindern, die sich dagegen entschieden haben, sich impfen oder regelmäßig testen zu lassen, um Zugang zu grundlegenden Diensten zu erhalten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Frage der COVID-19-Impfung wird unter dem Thema „Gesundheit“ ausführlicher thematisiert.

Eine vielfach diskutierte und unterstützte Idee ist die Forderung, dass die EU beim Schutz der Rechte von Tieren eine Führungsrolle übernimmt (siehe [Idee](#)), zum Beispiel, indem ein „Tier-Führerschein“ eingeführt wird (siehe [Idee](#)). In Beiträgen wird die Auffassung vertreten, dass Tiere zwar in den EU-Verträgen als fühlende Wesen anerkannt werden, in der Landwirtschaft und der Fleischindustrie jedoch nach wie vor missbräuchliche und grausame Praktiken anzutreffen seien (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Auf einer Veranstaltung wurde diskutiert, in welchem Grad Online-Inhalte reguliert werden sollten und wie dadurch die Redefreiheit beeinträchtigt würde, wobei einige Teilnehmende die Schaffung eines einheitlichen europäischen digitalen Rechtsrahmens unterstützten (siehe [Veranstaltung](#)). Als Bedrohung der demokratischen Grundwerte werden beispielsweise gezielte Falschmeldungen wahrgenommen (siehe [Veranstaltung](#)). Das Thema Hassrede verweist auf die Notwendigkeit, dieses Problem in Angriff zu nehmen und den Schutz für die Opfer von Hassrede (Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)) und Hassverbrechen (siehe [Veranstaltung](#)) zu verbessern.

Im Rahmen eines partizipativen Workshops wurden die Themen Presse- und Medienfreiheit diskutiert, und zu den wichtigsten Ergebnissen gehörte die Notwendigkeit, im Interesse des Medienpluralismus die Transparenz zu erhöhen und einen besseren Schutz von Journalist/innen sicherzustellen (siehe [Veranstaltung](#)).

Einige Beitragende fordern ein Recht auf Selbstmedikation mit Cannabis (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und erörtern allgemeiner die Entkriminalisierung und Legalisierung von



Drogen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Frage wird auch im Rahmen des Themas „Gesundheit“ erörtert.

Einigen Beitragende konzentrieren sich besonders auf Rechtsfragen und die Folgen der Mobilität innerhalb der EU, wobei sie die Notwendigkeit diskutieren, Verfahren zum Beispiel im Zusammenhang mit der Abwicklung von Erbschaften (siehe [Idee](#)), Todesfällen (siehe [Idee](#)) zu erleichtern, und schlagen vor, die Register der Mitgliedstaaten im Bereich des Ehegüterrechts und von eingetragenen Partnerschaften miteinander zu verbinden (siehe [Idee](#)). Auf einem offenen Forum in Form eines Webinars diskutierten die Teilnehmenden die Verfahrensrechte in Strafverfahren in der ganzen EU (siehe [Veranstaltung](#)).

Schließlich wird in einer Idee auf die Rechte von Häftlingen verwiesen und gefordert, dass die EU ein gemeinsames politisches und Investitionsprogramm für die Verwaltung des Gefängnisystems und der Gefängnisinsassen zur Vermeidung von Überfüllungen annimmt (siehe [Idee](#)).



## Sicherheit

Eine der am häufigsten unterstützten und kommentierten Ideen auf der Plattform ist ein Vorschlag zur Einrichtung einer EU-Armee, um die Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die Haltung der USA besser vor feindseligen ausländischen Kräften schützen zu können (siehe [Idee](#)). Mehrere Teilnehmende haben diesen Vorschlag jedoch infrage gestellt und sich dabei vor allem auf die politischen Implikationen und das Verhältnis zwischen EU-Verteidigung und nationaler Verteidigung bezogen. Die Idee wird auch im Rahmen des Themas „Die EU in der Welt“ erörtert. In den Beiträgen wird auch über die Zukunft der Außenpolitik und ihre möglichen Veränderungen diskutiert, um sicherzustellen, dass Europa eine internationale Rolle spielt (siehe [Veranstaltung](#)). Dabei wird auch gefordert, dass die EU ihre Prioritäten in Bezug auf ihre sicherheitspolitischen Ziele vor dem Hintergrund von Themen wie der Migrationskrise, Afghanistan und der Bedrohung durch China im asiatisch-pazifischen Raum überdenkt (siehe [Idee](#)).

Was die innere Sicherheit betrifft, so wird auf der Plattform gefordert, die Rechtsdurchsetzung über nationale Grenzen

hinweg zu erleichtern (siehe [Idee](#)). Die Stärkung von Europol, d. h. der bereits bestehenden europäischen Agentur zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus, wird in einigen Beiträgen ebenfalls erörtert (siehe [Idee](#)). Vor dem Hintergrund der Freizügigkeit innerhalb der EU befürworten einige Beitragende die Einrichtung einer europäischen Agentur zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität (siehe [Idee](#)). Die Stärkung von Europol, d. h. der bereits bestehenden europäischen Agentur zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus, wird in einigen Beiträgen ebenfalls erörtert (siehe [Idee](#)). In einer Idee wird argumentiert, dass die Polizeikräfte auf EU-Ebene koordiniert werden sollten, um die Gleichstellung und eine einheitliche Arbeitsweise in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen ([siehe Idee](#)).



## Lobbyismus und Korruption

Ebenso wie beim Thema „Demokratie in Europa“ befassen sich einige Beiträge mit Fragen des Lobbyismus und der Korruption. So wird gefordert, dass die EU gegen Steuervermeidung und Korruption in den Mitgliedstaaten vorgeht (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und vorgeschlagen, die Regulierung und Transparenz von Lobbyarbeit für private Interessen zu verbessern und ihren Einfluss auf die EU-Politik (siehe Beispiel einer [Idee](#)) sowie Entscheidungsfindungsprozesse (siehe [Veranstaltung](#)) zu begrenzen. Andere Teilnehmende erörtern, wie Korruption in EU-Institutionen und bei der Verwendung von EU-Geldern bekämpft werden kann und wie Hinweisgeberinnen und -geber geschützt werden können (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einem Beitrag wird die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission vorgeschlagen, um angebliche Verletzungen der EU-Verträge durch EU-Beamte zu behandeln (siehe [Idee](#)).

Zusätzlich zur Bekämpfung von Korruption auf der Ebene der EU-Institutionen wird auch gefordert, dass die EU die Unparteilichkeit der nationalen öffentlichen Verwaltungen überprüft, um Günstlingswirtschaft und Willkür (siehe [Idee](#) und [Veranstaltung](#)) sowie Korruption im Justizwesen zu bekämpfen (siehe [Idee](#)).



Abbildung 13 – Mindmap „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“





## 7. Digitaler Wandel

Zum Thema „Digitaler Wandel“ wurden insgesamt 552 Ideen, 976 Kommentare und 217 Veranstaltungen, also insgesamt 1745 Beiträge verzeichnet. Die Ideen reichen von eher abstrakten Vorschlägen zu Aspekten wie Nachhaltigkeit und Langlebigkeit bis hin zu spezifischeren Vorschlägen für digitale Bildung, digitale Gesundheit und digitale Stimmabgabe. Die Beitragenden betonen im Rahmen dieses Themas die Notwendigkeit des digitalen Wandels im Hinblick auf die Zukunft von Wirtschaft, Zusammenarbeit, Gesundheit und anderen Bereichen des Lebens. Sie weisen jedoch auch auf mehrere Herausforderungen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel hin, wie ethische Erwägungen, Mängel der Datenschutz-Grundverordnung und Cyberbedrohungen.

Die verschiedenen Ideen lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Digitale Innovation**
- **Digitale Souveränität und Ethik**
- **Europäische digitale Werkzeuge**
- **Digitale Rechte und Inklusion**
- **Umweltverschmutzung, Nachhaltigkeit und Haltbarkeit**
- **Digitale Daten**
- **Digitale Wirtschaft**



- **Cyberbedrohungen**
- **Digitale Stimmabgabe**
- **Digitale Gesundheit**
- **Schul- und Berufsbildung**

## Veranstaltungen

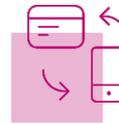
Rund um den Aspekt des digitalen Wandels wurden mehrere Veranstaltungen organisiert. In Spanien wurde eine Reihe von Online-Bürger-Workshops organisiert, auf denen die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, mehrere Vorschläge für die Konferenz einzureichen: dazu gehören die Schulung von Unternehmensteams durch die öffentliche Verwaltung, höhere Investitionen in die digitalen Kompetenzen der Beschäftigten und die Nutzung von EU-Mitteln zur Förderung einer Strategie der Digitalisierung und Zusammenarbeit zwischen KMU (siehe [Veranstaltung](#)).

In einer Debatte mit jungen spanischen Bürger/innen hat sich herausgestellt, dass die EU unter anderem in die digitale Entwicklung investiert sollte (siehe [Veranstaltung](#)).

Bei einer weiteren Kategorie von Veranstaltungen dreht es sich um das Problem der Zensur und die Verbreitung von Hassrede und Falschmeldungen auf digitalen Plattformen und in sozialen Medien. In mehreren Beiträgen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Meinungsfreiheit zu stärken und Verbraucherrechte zu schützen (siehe die [Veranstaltung](#)).

Es wurde eine Reihe von Workshops und Online-Debatten zu den Themen faire Digitalisierung, Verbesserung der Konnektivität und Zugang zu Gesundheits- und Sozialdiensten mit einem besonderen Schwerpunkt auf der digitalen Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten abgehalten (siehe [Veranstaltung](#)).

Als Teil des zentralen Themas „Digitaler Wandel“ wurde von März bis Juni 2021 ein Forum über die Auswirkungen von digitalem Wandel und globaler Wettbewerbsfähigkeit im Hochschulsektor abgehalten. Ein weiteres Diskussionsthema ist die Möglichkeit, die Konnektivität und Verlässlichkeit von Forschung und Bildung durch den Einsatz von Online-Plattformen und digitalen Werkzeugen zu stärken (siehe [Veranstaltung](#)).



## Digitale Innovation

In den auf der Plattform eingereichten Ideen zum digitalen Wachstum wird in erster Linie die Stärkung der Rolle der EU bei der Weiterentwicklung von Instrumenten der künstlichen Intelligenz (KI) unterstützt. In einer der Ideen wird eine verstärkte Planung und Regulierung der derzeitigen Einsatzmöglichkeiten von KI gefordert, um sie sicherer und zugänglicher zu machen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Nichtsdestoweniger sind der Einsatz und die Entwicklung von KI umstritten, wobei einige Beitragende das Risiko für die Zukunft hervorheben, dass eine KI geschaffen wird, die leistungsfähiger ist als das menschliche Gehirn (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Neben dem Ausschluss digital weniger kompetenter Menschen gehören zu den sonstigen erörterten Nachteilen einer zunehmenden Digitalisierung die Dehumanisierung, die Robotisierung und die verstärkte Beobachtung und Überwachung von Personen (siehe [Idee](#)).



## Digitale Souveränität und Ethik

In den auf der Plattform eingereichten Ideen zur Stärkung der digitalen Souveränität liegt der Schwerpunkt auf der strategischen Unabhängigkeit Europas in Bezug auf Hardware, Software und Soziale Medien, wobei mehrfach gefordert wird, die Resilienz und Verlässlichkeit der Software zu fördern (siehe [Idee](#)). In einer weiteren Untergruppe von Ideen geht es darum, die digitale Entwicklung und Produktion in der EU voranzubringen und Maßnahmen im Hinblick auf Monopole in der Web-Branche (siehe Beispiel einer [Idee](#)) gegenüber anderen Akteuren wie den USA oder China zu ergreifen. Zum Beispiel wird in einer der Ideen vorgeschlagen, eine eigene Chipherstellung in Europa zu entwickeln und zu fördern (siehe [Idee](#)) oder in europäische Open-Source-Software zu

investieren (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Forderung nach einer strategischen Autonomie der Europäischen Union im digitalen Bereich und nach einem europäischen Modell der Digitalisierung ist eine der Ideen, die im Rahmen eines Programms und Forums zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorgebracht wurden, die von dem Observatorium Deutschland-Italien-Europa organisiert wurden (siehe [Veranstaltung](#)).

In einem ähnlichen Strang von Ideen wird ein besonders großer Wert auf den ethischen Aspekt gelegt. So wollen die Beitragenden insbesondere die digitale Souveränität der EU in vollem Einklang mit den Werten und Standards sowie der Transparenz und Ethik Europas fördern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Zusätzlich werden in einer stark unterstützten Idee eine faire Digitalisierung auf der Grundlage der Menschenrechte, einschließlich Arbeits- und Gewerkschaftsrechte (siehe [Idee](#)), sowie ein Schutz der Meinungsfreiheit mit Maßnahmen gegen Formen von Hassrede und die Verbreitung von Falschmeldungen (siehe [Veranstaltung](#)) gefordert.



## Europäische digitale Werkzeuge

In den unter diesem Thema eingereichten Ideen wird eine Reihe spezifischer technologischer und digitaler Werkzeuge für die europäischen Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen. In einer großen Gruppe von Ideen wird über die Schaffung einer digitalen Bürgerschaft bzw. einer europaweiten digitalen Identifizierung mittels eines elektronischen Identitätsnachweises diskutiert (siehe [Idee](#)). In ähnlicher Weise schlagen Beitragende eine europäische digitale Brieftasche vor, die alle Papierdokumente durch digitale Dokumente ersetzt (siehe [Idee](#)). In einer weiteren Kategorie von Ideen wird der Fokus auf europäische elektronische Dienste gelegt: dazu gehören zum Beispiel die Idee eines europäischen Single-Sign-On-Identifikationsdienstes, der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen bietet (siehe [Idee](#)), sowie die Notwendigkeit, Standards zu harmonisieren und einen einzigen Authentifizierungskonto auf europäischer Ebene zu schaffen (siehe [Idee](#)). In einem ähnlichen Vorschlag wird die Einführung einer „Digital EU Cross Border Service Card“ erörtert, um den Zugang zu öffentlichen und

Notfalldiensten für Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen, die in Grenzregionen leben (siehe [Idee](#)). Die Entwicklung digitaler Werkzeuge und Dienstleistungen wie einer digitalen Identität für die EU, die Schaffung einer europäischen App oder die Einführung eines digitalen europäischen Passes wurden ebenfalls auf Veranstaltungen diskutiert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Der Unteraspekt der digitalen Vereinigung der EU wird breit diskutiert (siehe [Idee](#)), und es wird eine größere Harmonisierung auf europäischer Ebene durch die Annahme gemeinsamer digitaler Werkzeuge gefordert: zum Beispiel wird ein spezielles europäisches soziales Netzwerk für die öffentliche Meinungsäußerung gefordert (siehe [Idee](#)), zum Beispiel indem ein Rahmen geschaffen wird, der es allen EU-Ländern ermöglicht, gemeinsam an IT-Projekten zu arbeiten. Diese Idee wird mit verschiedenen Vorschlägen für allumfassende digitale Portale für die Beteiligung der Bürger/innen und die alltäglichen Identifizierungsbedürfnisse weiter entwickelt (siehe [Idee](#)).

Darüber hinaus wird ein stärkerer Verbraucherschutz im Online-Umfeld gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)), beispielsweise indem es den Verbraucherinnen bzw. Verbrauchern in Zukunft erleichtert wird, von Käufen zurückzutreten. In einer weiteren stark unterstützten [Idee](#) wird die Notwendigkeit erörtert, sicherzustellen, dass die großen Crowdfunding-Plattformen aus allen Mitgliedstaaten zugänglich sind (siehe [Idee](#)).



## Digitale Rechte und Inklusion

Nach Auffassung der Beitragenden sind mehrere Herausforderungen mit einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft verbunden. Aus den Beiträgen geht hervor, dass die digitale Kluft, von der besonders bedürftige Gruppen betroffen sind, eine große Sorge darstellt. So wurde beispielsweise in einer Online-Diskussion die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft sowie die damit verbundene zunehmende Ausgrenzung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, der „Verlierer der Digitalisierung“, diskutiert (siehe [Veranstaltung](#)).

In den Beiträgen wird daher die Notwendigkeit hervorgehoben, einen freien und inklusiven Zugang zum

digitalen Raum und zu den digitalen Inhalten zu gewährleisten, zum Beispiel mit Forderungen nach zugänglichen und erschwinglichen digitalen Diensten und Geräten (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In mehreren Ideen wird vorgeschlagen, das Niveau der digitalen Kompetenz für junge und ältere Bevölkerungsgruppen zu steigern, um den digitalen Zusammenhalt zu fördern (siehe [Idee](#)). Außerdem gibt es mehrere Diskussionen zum Thema des zunehmenden weiblichen Unternehmertums und der Förderung von digitalen Kompetenzen bei Frauen zu fördern (siehe die [Veranstaltung](#)).

In einem Beitrag wird die Einführung eines Überwachungsmechanismus vorgeschlagen, um faire und gleiche Digitalisierung und den Erwerb digitaler Kompetenzen sicherzustellen (siehe [Idee](#)).

In einem weiteren Strang von Ideen wurde insbesondere die digitale Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten hervorgehoben: die Verbesserung der Konnektivität und der Zugang zu wesentlichen öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Verkehrsmitteln gehören zu den am meisten diskutierten Themen innerhalb dieses Aspekts (siehe [Veranstaltung](#)).



## Umweltverschmutzung, Nachhaltigkeit und Haltbarkeit

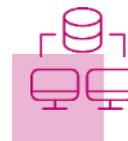
In einigen Fällen verbinden die Beitragenden die Digitalisierung mit dem Klimawandel und betonen beispielsweise, dass verstärkte Digitalisierungsbemühungen zu einer geringeren Umweltverschmutzung beitragen würden. So wird unter anderem gefordert, einen digitalen, über einen QR-Code zugänglichen Produktpass einzuführen, mit dem Informationen über die Herkunft, die Zusammensetzung, die Umweltauswirkungen, das Recycling und die Endbehandlung des Produkts bereitgestellt werden (siehe [Idee](#)).

Bei einem anderen Strang von Ideen geht es um Elektronikabfälle, wobei beispielsweise gefordert wird,

dass neue Produkte mit recycelten Elektronikabfällen hergestellt werden (siehe [Idee](#)).

Darüber hinaus wird ein Schwerpunkt auf langlebige, reparierbare sowie fair und ethisch hergestellte digitale Geräte gelegt, die zum Beispiel mit niedrigeren Steuersätzen gefördert werden könnten (siehe [Idee](#)). Unter den neuesten Ideen geht es häufig darum, Nachhaltigkeit und Zugänglichkeit nicht nur auf digitale Geräte, sondern auch auf digitale Infrastrukturen und auf die Entwicklung „intelligenter Städte“ auszudehnen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einer anderen Kategorie von Ideen wird in dieser Hinsicht die Entwicklung zugänglicher und nachhaltiger Technologien durch Investitionen in die Low-Tech-Industrie vorgeschlagen (siehe [Idee](#)).

Schließlich weisen einige Beitragende darauf hin, dass der Einsatz von Satelliten zur Weltraumverschmutzung beiträgt, und fordern, dass dieses Problem angegangen wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Digitale Daten

In Bezug auf den Aspekt digitale Daten betonen die Beitragenden die bisher erzielten Fortschritte und weisen darauf hin, dass die EU beim Schutz von Personen in der digitalen Welt eine Führungsrolle innehat. Dennoch werden weitere Verbesserungen in diesem Bereich gefordert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Zum Beispiel liegt der Schwerpunkt der Vorschläge auf einer Änderung der DSGVO, um die Ablehnung der Erhebung personenbezogener Daten zu erleichtern (siehe [Idee](#)). Gleichzeitig wird eine besser verständliche Gesetzgebung gefordert, bei der die Nutzerinnen und Nutzer nicht mit ständigen Ersuchen um Zustimmung belastet werden (siehe [Idee](#)).

In mehreren Beiträgen werden die Einschränkung bzw. das Verbot von Geoblocking (siehe Beispiel einer [Idee](#)), die Harmonisierung der Datenschutzsysteme in der ganzen EU und die Einführung einer persönlichen Cloud für EU-Bürgerinnen und -Bürger (siehe [Idee](#)) gefordert. Schließlich werden hochsichere Identifizierungssysteme gefordert, die zum Beispiel auf der Nutzung von Fingerabdrücken basieren (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

## Digitale Wirtschaft



Im Einklang mit einem Thema, das auch unter dem Aspekt „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ entwickelt wurde, wird in zahlreichen Ideen eine Digitalisierung der Wirtschaft gefordert. So wird in einer Idee beispielsweise die Schaffung einer Blockchain-Plattform der EU erörtert (siehe [Idee](#)). In weiteren Beiträgen werden ferner Kryptowährungen erörtert. Dabei wird einerseits gefordert, dass die Regierungen Kryptowährungen einführen, um eine digitale und wirtschaftlich aktive Gesellschaft zu begünstigen und zu entwickeln (siehe Beispiel einer [Idee](#)); andererseits wird darüber diskutiert, ob Kryptowährungen reguliert oder verboten werden müssen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus wird in mehreren Ideen die Einführung eines digitalen Euro als eine sichere und praktische Zahlungsmethode befürwortet (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem weiteren Strang von Ideen werden Investitionen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen digitalen Marktes durch die Förderung einer Digitalisierungsstrategie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (siehe Beispiel einer [Idee](#)) sowie die Verbesserung der Marktbedingungen für die Entwicklung von Start-ups innerhalb des Rechtsrahmens der europäischen digitalen Infrastrukturen (siehe [Idee](#)) unterstützt.

## Cyberbedrohungen



In Bezug auf den Aspekt Cyberbedrohungen geht es in den Ideen um die Sicherheit des Internets. So betonen die Teilnehmenden beispielsweise, dass die EU in Fällen von Online-Bedrohungen und digitaler Kriegsführung in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen; einige gehen noch weiter und schlagen vor, eine europäische Cyberarmee aufzustellen, die auch dazu dienen könnte, diejenigen EU-Länder bei der Digitalisierung zu unterstützen, die noch im Rückstand sind (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Zusätzlich wird in mehreren Ideen die Einführung EU-weit gültiger Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger (siehe [Idee](#)) und zur Stärkung des Schutzes gegen Cyberkriminalität durch die Erhöhung der Sicherheit,

der Transparenz und der Verantwortlichkeit von Datensystemen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) befürwortet.



## Digitale Stimmabgabe

In Bezug auf die digitale Stimmabgabe weisen mehrere Beitragende auf der Plattform auf die Vorteile der elektronischen Stimmabgabe und elektronischer Signaturen (siehe [Idee](#)) hin, insbesondere im Zusammenhang mit der Pandemie (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Dieser Aspekt, der unter dem Thema „Digitaler Wandel“ seit Beginn der Konferenz sehr häufig kommentiert wurde, wurde mit Blick auf Effizienz, Sicherheit und Innovation geprüft, und nicht in einer Perspektive der Stärkung der Demokratie. In den Kommentaren finden sich jedoch gegensätzliche Ansichten, wobei auf eine Reihe von Nachteilen der elektronischen Stimmabgabe hingewiesen wird. Die Beitragenden schlagen vor, Blockchain-Technologie einzusetzen oder ein stark verschlüsseltes europäisches Mailing-System zu schaffen, um die Sicherheit der digitalen Stimmabgabe in der EU zu gewährleisten.



## Digitale Gesundheit

Zum Aspekt der digitalen Gesundheit werden auf der Plattform in einer Reihe von Ideen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der digitalen Welt vorgeschlagen, etwa das Recht der Arbeitnehmer auf Nichterreichbarkeit (siehe [Idee](#)), die Einführung eines Tages ohne soziale Medien (siehe [Idee](#)) oder die Förderung digitaler Schulungen für Jugendliche, um eine gesunde und bewusste Nutzung von Technologien zu begünstigen.

Gleichzeitig wird eine digitale Integration des Gesundheitswesens in der EU gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)), beispielsweise indem eine einheitliche Plattform für das elektronische Gesundheitsmanagement geschaffen wird – was insbesondere für viele Europäerinnen und Europäer, die grenzüberschreitend mobil sind, interessant wäre – und indem ein (europäischer) digitaler Gesundheitsausweis eingeführt wird (siehe



Beispiel einer [Idee](#)), der Informationen über Impfungen und Krankenversicherungen enthält. Die letztere Idee wurde zur Schaffung elektronischer EU-Zertifikate erweitert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Es gibt jedoch Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes. Diese Aspekte werden auch unter dem Thema „Gesundheit“ behandelt.



## Allgemeine und berufliche Bildung

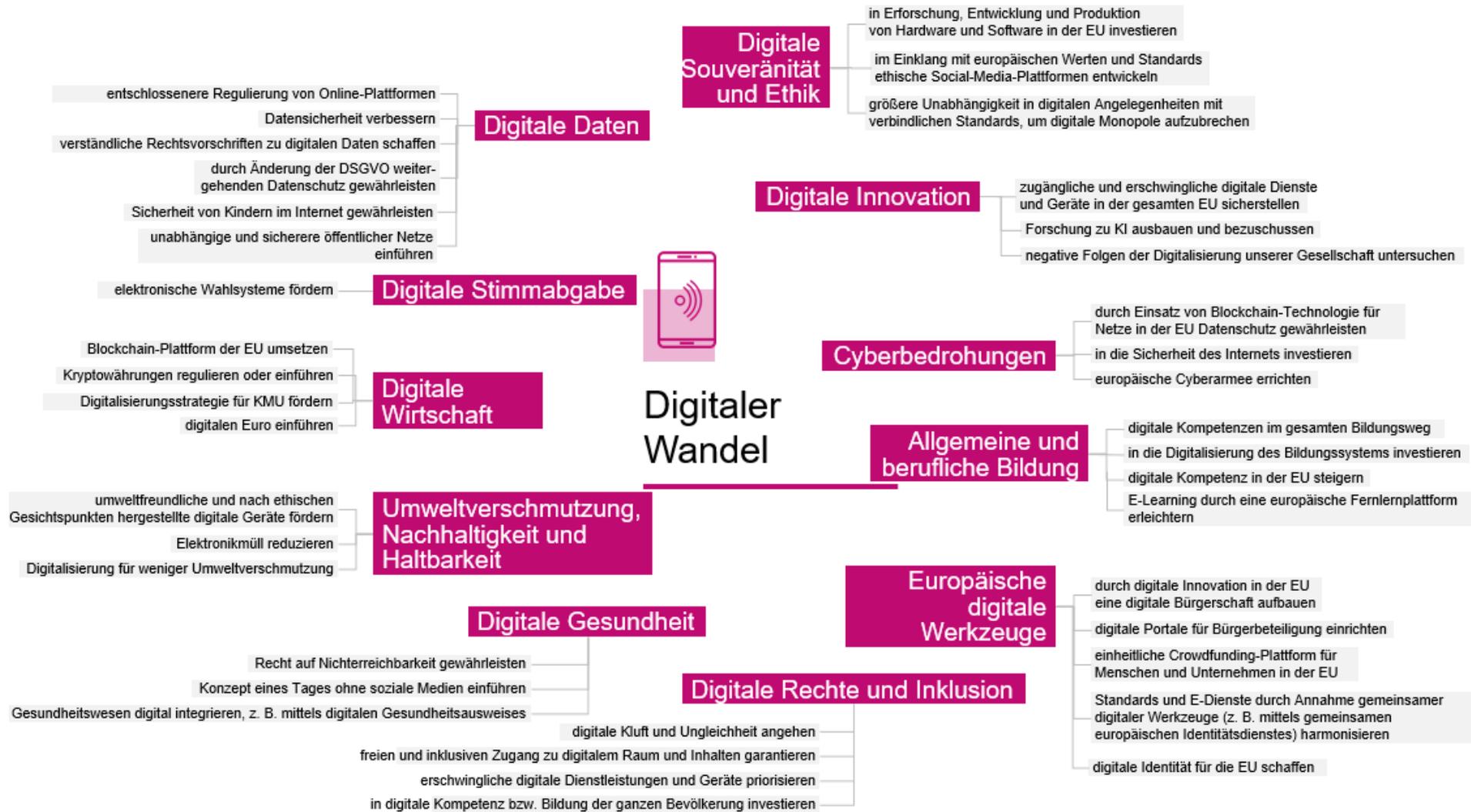
Zum Aspekt allgemeine und berufliche Bildung finden sich einige Ideen auf der Plattform, mit denen umfassende EU-weite Sensibilisierungsmaßnahmen auf allen Ebenen – ab dem Grundschulniveau und entlang des gesamten Bildungswegs – unterstützt werden (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)), wobei betont wird, dass die Entwicklung und Förderung der digitalen Kompetenzen für die Wirtschaft oberste Priorität hat (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In neueren Ideen werden eine weitere Förderung wissenschaftlicher Karrieren (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)) und die Entwicklung wissenschaftlicher Forschungsprogramme für junge Studierende vorgeschlagen, die durch Investitionen in die Bereiche Digitalisierung und Innovation ermöglicht werden (siehe [Idee](#)).

In einem Unteraspect werden Investitionen und Anstrengungen zur Förderung der Digitalisierung im Bildungsbereich gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In diesem Zusammenhang erörtern die Beitragenden die Notwendigkeit, die digitale Kompetenz in allen EU-Ländern zu stärken, zum Beispiel indem in den Medien eine Werbekampagne eingeleitet wird, um den digitalen Wandel stärker ins Blickfeld zu rücken (siehe [Idee](#)).

Zusätzlich ist das E-Learning im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise zu einem der am meisten diskutierten Themen unter den Beitragenden geworden: zum Beispiel in dem Vorschlag für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Fernlernplattform (siehe [Idee](#)) oder eines gemeinsamen Webportals für digitale Online-Zertifikate (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



Abbildung 14 – Mindmap „Digitaler Wandel“





## 8. Demokratie in Europa

Bis zum 3. November 2021 wurden auf der digitalen Plattform zum Thema „Demokratie in Europa“ insgesamt 1390 Ideen, 3122 Kommentare und 592 Veranstaltungen verzeichnet. Mehrere Beitragende fordern eine Umstrukturierung der europäischen Institutionen oder sogar eine Föderalisierung der Europäischen Union. In einigen Vorschlägen wird ferner eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Generell sind die Interaktionen zu diesem Thema konstruktiv und zukunftsorientiert, wenngleich in einigen Interaktionen die Besorgnis über die Gefahr einer Implosion der EU infolge von Spannungen, Populismus und Nationalismus zum Ausdruck gebracht wird. Die Beiträge decken eine Vielzahl von Aspekten ab:

- **Föderalisierung der Europäischen Union**
- **Institutionelle Reformen**

- **Wahl zum Europäischen Parlament**
- **Bürgerbeteiligung und -konsultationen**
- **Medien**
- **Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität**
- **Schutz und Stärkung der Demokratie**

### Veranstaltungen

Ein gemeinsames Ziel der zahlreichen Veranstaltungen, die unter dem Aspekt „Demokratie in Europa“ organisiert wurden, ist die Sammlung von Ideen, die der Diskussion auf der Konferenz zur Zukunft Europas Substanz geben können. Dieses demokratische Verfahren steht im Mittelpunkt von Veranstaltungen wie der Online-Veranstaltungsreihe „Ideen zur Zukunft



Europas“, die in Rom organisiert wurde (siehe dieses Beispiel einer [Veranstaltung](#) zu Mobilität und Bildung). Auf vergleichbaren Veranstaltungen, die überall in der Union organisiert wurden, wurden Aspekte wie der europäische Föderalismus (siehe [Veranstaltung](#)), eine gemeinsame Sprache der EU (siehe [Veranstaltung](#)) oder eine Vielzahl von Themen, die von Unionsbürgerinnen und -bürgern als Priorität für die Zukunft Europas angesehen werden (siehe [Veranstaltung](#)), diskutiert.

Auf anderen Veranstaltungen wurde die Sinnhaftigkeit der Konferenz selbst diskutiert, so wie bei einer virtuellen Debatte (siehe [Veranstaltung](#)), bei der Experten diskutierten, ob und wie die Konferenz demokratische Werte gegen die Ausbreitung autoritärer Tendenzen in der EU stärken kann.

Der Organisation von Veranstaltungen, auf denen das Wesen der Demokratie in der EU diskutiert wurde, lagen verschiedene und manchmal gegensätzliche Ideen zugrunde. Auf einer [Veranstaltung](#) mit Experten in Budapest wurde beispielsweise vorgeschlagen, eine Parallele zwischen dem Subsidiaritätsprinzip der EU und einigen Grundprinzipien der US-Verfassung zu ziehen, um eine Unterscheidung zwischen den Zuständigkeiten der EU und denen ihrer Mitgliedstaaten zu deutlich zu machen.

In einer [Veranstaltung](#), die von der London School of Economics and Political Science unter dem Titel „Der Aufstieg des aufständischen Europäertums“ organisiert wurde, diskutierten die Teilnehmenden, wie die Eurozonen- und die Migrationskrise, der Brexit und die Pandemie die Zivilgesellschaft in Europa und ihre Einstellungen zum europäischen Projekt verändert haben.



## Föderalisierung der Europäischen Union

Im Rahmen des Themas „Demokratie in Europa“ fordern zahlreiche Beitragende eine Föderalisierung der Europäischen Union, wobei dieser Begriff unterschiedliche Bedeutungen hat. Dies ist immer wieder Gegenstand von Veranstaltungen zu diesem Thema (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Unter dem Thema „Föderalisierung“ wurden einige der am stärksten unterstützten Ideen auf der

Plattform (siehe [Idee](#) und [Idee](#)) sowie verschiedene Kommentare von Teilnehmenden hervorgebracht.

Einige Beitragende sind der Auffassung, dass die Föderalisierung der beste Weg ist, damit die EU ihr volles Potenzial ausschöpfen kann (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)), aber auch dass sie der EU mehr Glaubwürdigkeit und Einfluss in der internationalen Politik verschaffen und die Fähigkeit geben kann, unsere heutigen länderübergreifenden Probleme, wie den Klimawandel und die COVID-19-Pandemie, anzugehen (siehe [Idee](#)). Darüber hinaus wird argumentiert, dass Euroskeptizismus und nationalistische Tendenzen damit überwunden würden.

So wird in einer vielfach unterstützten und diskutierten Idee beispielsweise eine verfassungsgebende Versammlung unterstützt, um eine europäische Verfassung zu schaffen, in der die wesentlichen Elemente und Grundsätze einer demokratischen europäischen Föderation festgelegt sind (siehe [Idee](#)). Die Debatte umfasst auch spezifischere Forderungen nach einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik, einschließlich einer „Europäischen Union der Steuerzahlenden“ (siehe [Idee](#)), einer gemeinsamen europäischen Armee und der Föderalisierung der Außenpolitik sowie einer Neugestaltung der EU-Institutionen nach föderalistischen Grundsätzen.

Manche Beitragende stehen dennoch der Idee einer Föderalisierung skeptisch gegenüber. Manche Teilnehmende sind besorgt, dass dies zu einer übertriebenen Zentralisierung der Macht führen oder Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten schaffen könnte. Andere vertreten die Meinung, dass es viele Probleme gibt, die überwunden werden müssten, damit eine solche Idee Wirklichkeit werden kann. Einige Beitragende unterstützen stattdessen eine Dezentralisierung mit umfangreicheren Befugnissen für die Mitgliedstaaten (siehe Beispiel einer [Idee](#)), mehr Freiheiten und größerem Respekt für ihre Identität sowie freier Zusammenarbeit in Bereichen, in denen dies sinnvoll ist (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Kontext und des Grades der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Teil einer föderalen Union zu werden, bringen manche Teilnehmende die Idee einer schrittweisen Föderalisierung mit einem System von „Übergangszonen“ vor (siehe [Idee](#)).



## Institutionelle Reformen

Ein großer Anteil der Ideen beschäftigt sich auch mit Reformen der europäischen Institutionen, insbesondere mit dem Ziel, sie effizienter und transparenter zu gestalten und sie den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen. Dazu gehören Vorschläge für eine umfassendere Überarbeitung der institutionellen Struktur (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In Bezug auf das Europäische Parlament fordern die Beitragenden am häufigsten, ihm ein echtes Initiativrecht einzuräumen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wird gefordert, ihm Haushaltsbefugnisse zu erteilen (siehe [Idee](#)). Es wird auch über den Sitz des Europäischen Parlaments diskutiert, wobei die Beitragenden dazu auffordern, zwischen Straßburg und Brüssel zu entscheiden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Auf der Plattform wird im Rahmen des Themas „Demokratie in Europa“ in Bezug auf den Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Union immer wieder die Idee geäußert, zu einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, um das nationale Vetorecht abzuschaffen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Es finden auch Debatten über die Rolle des Rates in der institutionellen Struktur der EU statt (siehe Beispiel einer [Idee](#)), und es werden Vorschläge zur Vertiefung des Zweikammersystems in der EU gemacht (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Eine Gruppe von Beitragenden diskutiert in Bezug auf die Europäische Kommission über die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Kommission und die Ernennung der Kommissionsmitglieder, einschließlich des Spitzenkandidatensystems (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und der direkten Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Kommission durch die Bürgerinnen und Bürger (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Teilnehmenden beschäftigen sich auch mit der Anzahl der Kommissionsmitglieder (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus werden Reformen des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erwähnt, beispielsweise um sie effizienter zu machen. Dazu gehören Vorschläge für eine Reform des Ausschusses der Regionen, um angemessene Wege des Dialogs für Regionen, Städte und Gemeinden zu schaffen (siehe [Idee](#)) oder ihm eine stärkere Rolle zuzuweisen (siehe [Idee](#)).

Eine viel diskutierte Idee ist die direkte Wahl eines/r EU-Präsidenten/in, beispielsweise indem die Rollen des/r Präsidenten/in der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates zusammengelegt werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Es wird ferner gefordert, eine einzige Anlaufstelle einzurichten, damit die EU in ihren Außenbeziehungen mit einer Stimme spricht (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Wahl zum Europäischen Parlament

In einer Reihe von Ideen für institutionelle Reformen wird gefordert, das Wahlverfahren zum Europäischen Parlament anzupassen, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die demokratischen Prozesse der EU einzubinden. Einer der am häufigsten diskutierten Vorschläge, eine breit unterstützte Idee, betrifft die Einrichtung EU-weiter länderübergreifender Kandidatenlisten (siehe [Idee](#)) oder die Einrichtung eines neuen Wahlbezirks für Europäer/innen, die in einem anderem Mitgliedstaat leben, um Kandidat/innen dazu zu ermutigen, sich auf europäische Fragen statt auf innenpolitische Fragen zu konzentrieren (siehe [Idee](#)). Beispiele für weitere Ideen umfassen die Förderung einer gesamteuropäischen Debatte sowie die Annäherung der Mitglieder des Europäischen Parlaments an die Bürgerinnen und Bürger (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einer neuen Idee wird jedoch dafür plädiert, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments von den nationalen Gesetzgebern nominiert werden, anstatt direkt gewählt zu werden (siehe [Idee](#)).

Einige Vorschläge betreffen konkret die Frage, wie die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen erhöht werden kann. Es wird gefordert, eine Wahlpflicht einzuführen (siehe [Idee](#)), und es wird vorgeschlagen, die Beteiligung zu erleichtern, etwa durch die Zulassung der Briefwahl und der Wählerregistrierung am selben Tag oder durch die Erklärung des Wahltages zu einem Feiertag (siehe [Idee](#)). Einige Beitragende erörtern auch die digitale Stimmabgabe, einschließlich einer Idee zur Schaffung eines europaweiten digitalen Wählerverzeichnisses (siehe [Idee](#)). Die Frage der



digitalen Stimmabgabe wird auch unter dem Thema „Digitaler Wandel“ erörtert.

In vielen Vorschlägen wird die Wichtigkeit einer stärkeren Einbeziehung junger Menschen in die politische Entscheidungsfindung betont, um sicherzustellen, dass Entscheidungen mit langfristiger Perspektive getroffen werden (siehe [Idee](#)). Ferner wird vorgeschlagen, das Mindestalter für die Teilnahme an den Europawahlen zu vereinheitlichen (siehe [Beispiel einer Idee](#)) und es vorzugsweise auf 16 Jahre festzulegen (siehe [Idee](#)). Diese Vorschläge zielen unter anderem darauf ab, junge Menschen zum Wählen zu bewegen, was von vielen Teilnehmenden als eine Schlüsselfrage angesehen wird. Auf einem Workshop in Wien wurden unter anderem Möglichkeiten zur Steigerung der Beteiligung junger Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen diskutiert (siehe [Veranstaltung](#)). In den auf dem Workshop vorgebrachten Vorschlägen wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Zahl der jungen Abgeordneten im Europäischen Parlament zu vermehren, indem man Kandidaten ab 16 Jahren die Kandidatur ermöglicht. Die jungen Teilnehmenden am Workshop betonten ebenfalls die Notwendigkeit, eine europäische Medienplattform einzurichten, die europäischen Bürgerinnen und Bürgern und jungen Menschen helfen könnte, besser über die laufenden Ereignisse in der EU informiert zu sein.

Vorgeschlagen wurde außerdem für solche Wahlen die Erstellung einer Liste mit Geschlechterparität (siehe [Idee](#)).



## Bürgerbeteiligung und -konsultationen

Die Beiträge auf der Plattform enthalten eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und des Gefühls der Eigenverantwortung gegenüber der Beschlussfassung der EU.

Bei einer Reihe von Ideen und Veranstaltungen geht es um die Entwicklung dauerhafterer Mechanismen, die auf einer partizipativen Demokratie und Interaktionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern beruhen, um die repräsentative Demokratie zu stärken und zu ergänzen, auch indem auf den Erfahrungen der Konferenz zur Zukunft Europas aufgebaut wird. Die Teilnehmenden schlagen beispielsweise vor, Bürgerversammlungen und -foren systematischer zu

nutzen, um die wichtigsten und schwierigsten politischen Entscheidungen in der EU vorzubereiten (siehe [Beispiel einer Idee](#)). Weitere Beitragende schlagen ein digitales Online-Forum vor, in dem EU-Bürgerinnen und -Bürger über die Gesetzgebung der EU diskutieren könnten und das ein System von positiven Bewertungen und Kommentaren nach dem Muster von sozialen Medien verwendet (siehe [Idee](#)). Eine damit verbundene Idee betrifft eine Bürger-Lobbying-Plattform als alternative Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger der EU sowie kleinere Unternehmen, ihr Fachwissen und ihre Ansichten zu Rechtsvorschriften im Entscheidungsfindungsprozess der EU einzubringen (siehe [Idee](#)).

Die Beiträge umfassen ferner einen Vorschlag für die Schaffung einer digitalen Plattform als Anlaufstelle, auf der alle öffentlichen Beiträge – Europäische Bürgerinitiativen, Beschwerden, Petitionen usw. – zentral in die partizipative Architektur der EU-Institutionen eingespeist werden (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende schlagen ein „Bürgerparlament“, eine „Versammlung für Organisationen der Zivilgesellschaft“ (siehe [Idee](#)) oder eine „Verfassungsgebende Versammlung“ (siehe [Idee](#)) vor, um das Europäische Parlament zu beraten. Die Teilnehmenden erörtern als Alternative zu nationalen Referenden ferner die Idee von EU-weiten Referenden zu institutionellen und politischen Themen der EU (siehe [Beispiel einer Idee](#)).

Wiederum wird der Beitrag junger Menschen zu den demokratischen Konsultationen der EU als entscheidend angesehen. Die Teilnehmenden an einer [Veranstaltung](#), die in Malta organisiert wurde, diskutierten über die Ergebnisse des Projekts Eurovoters, einer Initiative zur Schulung junger Wähler/innen in Malta. Während dieser Veranstaltung wurden zahlreiche Vorschläge vorgebracht, darunter die Notwendigkeit, von einer Vorstellung von „Jugend“ als eine einzige Gruppe abzukommen, da dies die Gefahr mit sich bringt, die spezifischen Bedürfnisse bestimmter Gemeinschaften nicht zu berücksichtigen. Auf der Plattform gibt es mehrere andere Forderungen nach einem besonderen Fokus auf Generationen; dazu gehören Vorschläge, ein für die ältere Bevölkerung zuständiges Kommissionsmitglied einzusetzen (siehe [Idee](#)) und jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, regelmäßig ihre Ansichten im Europäischen Parlament vorzutragen (siehe [Idee](#)). In einem damit zusammenhängenden Beitrag wird vorgeschlagen, eine Quote für Mitglieder des Europäischen Parlaments unter 35 Jahren zu schaffen (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Idee wird die EU aufgefordert, die Schaffung eines Parlaments der Vereinten Nationen anzustreben, um es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, bei Entscheidungen auf globaler Ebene ihren Willen unabhängig von ihren jeweiligen nationalen Regierungen direkt zum Ausdruck zu bringen (siehe [Idee](#)).

Auf einer [Veranstaltung](#), die in der italienischen Stadt Brindisi organisiert wurde, wurde eine umfangreiche Reihe von Ideen vorgebracht, wie die Mechanismen direkter Demokratie auf EU-Ebene verbessert werden könnten, u. a. durch die Förderung der Kenntnis der Öffentlichkeit über einige bereits existierende Instrumente wie EU-Petitionen, nicht ständige Ausschüsse, europäische Mediatoren und die Plattform Solvit.

In einer viel unterstützten und diskutierten Idee wird vorgeschlagen, eine europäische Staatsbürgerschaft einzuführen, die nicht mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaats verknüpft ist (siehe [Idee](#)).



## Medien

Eine Reihe von Beiträgen zum Thema „Demokratie in Europa“ betreffen die Medien. Dieses Thema wird auch in Beiträgen zum Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ behandelt.

Nach einem immer wiederkehrenden Vorschlag sollen europaweite Medien bzw. Mediennetzwerke eingerichtet (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder eine einzige öffentliche EU-Rundfunkanstalt geschaffen werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Dies wird vor allem vorgeschlagen, um das Wissen der Bürgerinnen und Bürger über EU-Themen zu erweitern – etwa durch Live-Streaming von Beratungen und Veranstaltungen –, aber auch um einen gemeinsamen EU-Geist zu fördern, mit dem in Dokumentarfilmen über die EU-Länder die Werte und Kulturen Europas gefeiert werden. Einige Beitragende fordern ferner einen Fernseh- und Radiosender der EU, um ihre Werte über ihre Grenzen hinaus zu verbreiten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Weitere Teilnehmende schlagen vor, Journalisten für die Berichterstattung über die EU zu schulen oder öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten dazu zu verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz der Sendezeit für EU-Angelegenheiten zu reservieren.

## Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität



Unter diesem Aspekt diskutieren Beitragende eine gemeinsame europäische Identität auf der Grundlage der gemeinsamen europäischen Werte der Demokratie (siehe [Veranstaltung](#)), wie sie unter anderen Aspekten diskutiert wird, aber auch mit praktischen Ideen zur Förderung einer solchen gemeinsamen europäischen Identität.

Eine große Zahl von Beitragenden diskutiert über die Idee, eine gemeinsame Sprache auszuwählen, um die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU zu verbessern, auch in der am meisten kommentierten Idee unter diesem Aspekt (siehe [Idee](#)), einschließlich des wiederkehrenden und breit unterstützten Vorschlags, Esperanto als einende Sprache zu verwenden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In den Kommentaren werden diese beiden Vorschläge leidenschaftlich unterstützt oder abgelehnt. Einige Teilnehmende fordern ferner, dass der Grundsatz der Mehrsprachigkeit besser geachtet werden muss (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Darüber hinaus finden sich Ideen zur Gründung eines EU-Sportteams (siehe Beispiel einer [Idee](#)), zur Erklärung des 9. Mai zum Feiertag in allen Mitgliedstaaten (siehe [Idee](#)) oder zur Schaffung eines EU-Passes (siehe [Idee](#)), mit denen der europäische Geist gefördert werden soll.

Es wird auch vorgeschlagen, Partnerschaftsprogramme zwischen Beschäftigten einzurichten, um nicht schulpflichtigen Europäer/innen die Möglichkeit zu bieten, die Kultur eines anderen EU-Landes kennenzulernen, zum Beispiel durch den Besuch eines Ausbildungskurses im Ausland (siehe [Idee](#)).



## Schutz und Stärkung der Demokratie

Zahlreiche Ideen zu diesem Aspekt befassen sich mit dem Schutz der Demokratie in der EU, und es werden entschlossene Maßnahmen gegen Regierungen gefordert,



die gegen demokratische Grundsätze verstoßen, wobei insbesondere auf Ungarn und Polen Bezug genommen wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Frage wird ausführlicher unter dem Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ behandelt.

Die Beitragenden erkennen ferner an, dass Desinformation und Falschmeldungen eine Gefahr für Demokratien darstellen können. Es wird zudem ein verstärkter Ansatz gefordert, um der Verbreitung irreführender Informationen entgegenzuwirken; dazu zählen unter anderem Vorschläge für die Schaffung einer mobilen App zur Faktenprüfung (siehe [Idee](#)) oder eines unabhängigen EU-Medieninstituts zur Faktenprüfung (siehe [Idee](#)).

In einer Reihe von Ideen und Kommentaren wird die Notwendigkeit erörtert, das Lobbying zu regulieren, wobei ein Verhaltenskodex für die Politik oder die Einrichtung eines unabhängigen europäischen Gremiums, das über Mittel zur Bekämpfung von Korruption und unerwünschtem Einfluss der Lobbys verfügt, gefordert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In dieser Hinsicht werden ferner allgemeine Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung gefordert, beispielsweise bei der Auftragsvergabe auf lokaler Ebene. Vorgeschlagen wird auch die Einführung einer einzigen Datenbank, in der die mehreren gegenwärtigen Berichterstattungssysteme der EU zusammengefasst werden (siehe [Idee](#)). In einem weiteren Beitrag wird vorgeschlagen, dass europäische Politiker und Beamte, die in wichtigen Positionen tätig sind – wie Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Kommissionsmitglieder – vom Besitz von Aktien ausgeschlossen werden sollten (siehe [Idee](#)).

Auf einer in Brüssel organisierten [Veranstaltung](#) wurde die zentrale Rolle von Städten und lokalen Gemeinschaften bei der Stärkung der Demokratie und als Pioniere des sozialen Fortschritts hervorgehoben. In einer Zeit, in der die Verbindungen zwischen dem institutionellen Zentrum und der Peripherie weitgehend fehlen, könnten Städte und Gemeinden eine zentrale Rolle beim Aufbau des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen spielen.



Abbildung 15 – Mindmap „Demokratie in Europa“





# 9. Migration

Seit dem Start der Plattform wurden zum Thema Migration insgesamt 1623 Beiträge eingestellt, und zwar 451 Ideen, 1086 Kommentare und 86 Veranstaltungen. Die Beiträge zu diesem Thema lassen drei allgemeine Trends erkennen. Auf der einen Seite werden in einer Reihe von Interaktionen mehr Maßnahmen zur Steuerung und Reduzierung der Migration gewünscht, während auf der anderen Seite mehr Solidarität und bessere Integrationsverfahren gefordert werden. Eine Gruppe von Teilnehmenden vertritt eine Zwischenposition und will die internationale Mobilität fördern, jedoch nur zwischen wirtschaftlich entwickelten Demokratien. Dementsprechend werden folgende Aspekte analysiert:

- **Reguläre Migration**
- **Humanistische Haltung zur Migration**
- **Grenzkontrolle**

- **Bekämpfung der Ursachen von Migration**
- **Ungeregelte Migration aus Drittländern als Bedrohung**
- **Integration**

## Veranstaltungen

Auf einer verhältnismäßig kleinen Anzahl (87) von Veranstaltungen wurde das Thema Migration diskutiert. Es ist jedoch interessant festzustellen, dass, wenn erörtert, dieser Aspekt aus mehreren unterschiedlichen Perspektiven analysiert wurde und manchmal zahlreiche Teilnehmende anzog.

Im Rahmen einer [Zusammenkunft](#) in Maastricht am 24. September wurden die Erfahrungen migrantischer Frauen analysiert und ihre geschlechtsspezifischen Herausforderungen sowie die Möglichkeiten berücksichtigt, wie lokale Gemeinschaften ihnen Unterstützung bieten können. Auf einer weiteren



[Veranstaltung](#) am 22. Mai stand stattdessen das Phänomen vertriebener Minderjähriger im Mittelpunkt, ein Problem, das vor allem junge irreguläre Zuwanderer betrifft. Auf einer Konferenz in Budapest wurde die Rolle von Migration unter möglichen Lösungen für das umfassendere Problem des langsamen demografischen Wachstums in Europa erörtert (siehe [Veranstaltung](#)).

Auf einigen Veranstaltungen im Zusammenhang mit Migration waren Bedenken über Sicherheits- und Grenzkontrollfragen das beherrschende Thema, zum Beispiel auf einer in Ungarn in der Nähe der Südgrenze des Landes veranstalteten Konferenz (siehe [Veranstaltung](#)). Neben anderen Fragen wurde auf dieser Veranstaltung über die Rolle der Zivilgarde diskutiert, die an der ungarischen Grenze patrouilliert. Auf einer anderen [Online-Veranstaltung](#) in Deutschland war das Hauptthema die Entscheidung zwischen einer Politik der offenen Grenzen und einer stärker gegen Migration ausgerichteten Politik auf EU-Ebene.

Dieses Diskussionsthema stand auch im Mittelpunkt einiger der zahlreichen Bürgerkonsultationen, die im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas organisiert wurden, zum Beispiel im Fall eines virtuellen Treffens in Irland (siehe [Veranstaltung](#)) oder zweier Konferenzen in Dänemark (siehe [Veranstaltung](#)) bzw. Spanien (siehe [Veranstaltung](#)).



## Reguläre Migration

In Bezug auf die reguläre Migration fordern die Befürworter einer strengeren Migrationspolitik eine gemeinsame EU-Politik der selektiven Migration mit Quoten und strengeren Verfahren für Auswahl und Aufnahme (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Es werden auch alternative Ansätze für eine reguläre Migration vorgeschlagen, so wie ein europäisches punktebasiertes Immigrationssystem, das manchmal als erforderlich erachtet wird, um die Migrationsströme effizienter zu regulieren (siehe [Idee](#)).

Beitragende, die der Migration offener gegenüberstehen, fordern in ähnlicher Weise einen einheitlichen und effizienteren Ansatz, der jedoch stärker mit den Menschenrechten und den (sozialen) europäischen Werten im Einklang steht. So wird insbesondere ein einheitliches und effizientes EU-Asylverfahren erörtert (siehe [Idee](#)),

wobei auch auf die Notwendigkeit einer Reform des Dubliner Übereinkommens hingewiesen wird, um eine ungleiche Verteilung von Asylbewerbern und Migranten zu vermeiden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die am häufigsten unterstützte Idee zum Thema Migration fordert ebenfalls eine konkretere und gerechtere europäische Politik für wirtschaftliche Migration mit legalen Wegen für die Einwanderung und einer Integrationspolitik, die auf Gleichbehandlung und der Wahrung der Rechte beruht (siehe [Idee](#)).

Ferner unterstützen die Bürgerinnen und Bürger eine EU-Politik für die Arbeitsmigration oder EU-Rekrutierungsstrategien für Studierende und qualifizierte Arbeitskräfte aus Ländern der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang wird in einem Beitrag hervorgehoben, dass die Kompetenzen der EU im Bereich der Migration ausgeweitet werden müssen, damit sie die Migration im Einklang mit den Grundsätzen und Werten der Union steuern kann (siehe [Idee](#)).

Eine Gruppe von Teilnehmenden spricht sich dafür aus, eine selektive Art der Einwanderung zu fördern. Diese Teilnehmenden sehen die Migration in der Regel positiv, da sie wirtschaftliche Vorteile schafft. Sie schlagen vor, sich gezielt auf bestimmte Länder zu konzentrieren, um ihre Talente anzuziehen (siehe [Idee](#)), oder die Mobilitätskriterien zwischen wirtschaftlich fortgeschrittenen Demokratien sowohl im Westen als auch in Asien zu lockern, insbesondere im Rahmen von Freihandelsabkommen (siehe [Idee](#)).

In einigen Beiträgen werden ferner Ungleichheiten angesprochen, die das derzeitige Asylbewerungsverfahren beeinträchtigen. Beispielsweise wird die Tatsache hervorgehoben, dass der Anteil männlicher Asylbewerber wesentlich höher ist als der der Asylbewerberinnen oder Familien (siehe [Idee](#)). In anderen Beiträgen wird von Schwierigkeiten berichtet, mit denen asylsuchende LGBTIQ-Personen konfrontiert sind, und für diese Bevölkerungsgruppe wird ein besserer Schutz und eine bessere Unterstützung durch Übersetzungs- bzw. Dolmetschdienste gefordert (siehe [Idee](#)).



## Humanistische Haltung zur Migration

Beitragende fordern die Achtung der Menschenrechte mit Lösungen zur Bekämpfung der unregelmäßigen Migration und eine EU-Einwanderungspolitik mit einfacheren und besser zugänglichen Asylverfahren in den Herkunftsländern, legale und sichere Migrationsrouten und ein hartes Vorgehen gegen Menschenhandel, um Todesfälle von Flüchtlingen vor den EU-Grenzen zu verhindern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einige Beitragende schlagen einen rechtlichen Rahmen vor, um die Ausweisung integrierter Personen und Familien in unsichere Herkunftsländer zu stoppen (siehe [Idee](#)). Beitragende, die dieser eher humanistischen Sicht auf Migration anhängen, fordern im Allgemeinen eine Änderung des Narrativs in Bezug auf Migranten, insbesondere angesichts ihres Beitrags als Gesundheitspersonal während der Pandemie (siehe [Veranstaltung](#)).



## Grenzkontrolle

Im Allgemeinen werden besser organisierte und koordinierte Bemühungen in Bezug auf die Grenzkontrolle unterstützt, wobei umfassendere Grenzkontrollen, einschließlich der Befugnis zu Push-back-Aktionen (siehe Beispiel einer [Idee](#)), eine stärkere Unterstützung von Frontex mit einer besseren Definition ihrer Aufgaben (siehe [Idee](#)) und ein rechtsverbindlicher Ansatz für Such- und Rettungsbemühungen im Mittelmeerraum (siehe [Idee](#)) gefordert werden.

In anderen Beiträgen wird mehr Solidarität und die Achtung der Menschenrechte gefordert. Zu den dabei erörterten Ideen zählen beispielsweise ein auf Solidarität basierendes, zentralisiertes Verteilungssystem der EU, Finanzmittel zur Verbesserung der Aufnahmeinfrastrukturen an den Grenzen (Unterkünfte und Nahrungsmittel) oder eine supranationale Agentur, die die europäischen Flüchtlingslager verwaltet, von verschiedenen Ländern gemeinsam geleitet und mit EU-Mitteln finanziert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Die jüngste Debatte über die Ausweitung von EU-Finanzierung für den Bau nationaler Barrieren gegen Migranten wird teilweise in manchen Beiträgen widerspiegelt, in denen eine vermehrte finanzielle Unterstützung der EU für ihre Mitgliedstaaten zur

Verstärkung physischer Grenzschutzanlagen verlangt wird (siehe [Idee](#)).

Auch wenn Teilnehmende verstärkte finanzielle Unterstützung der EU zur Bewältigung der Migration an den Grenzen fordern, sprechen sie sich jedoch nicht immer für die Errichtung neuer Barrieren aus. Manche unter ihnen erkennen die zentrale Rolle lokaler und regionaler Behörden an, die an den nationalen Grenzen tätig sind, und fordern eine verstärkte Finanzierung für Projekte zur Aufnahme und Integration von Migranten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Bekämpfung der Ursachen von Migration

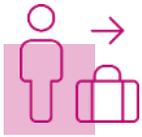
Mit Blick auf die Zukunft Europas betonen die Beitragenden, dass die Ursachen der Migration angegangen werden müssen, um die derzeitigen Probleme der EU im Bereich der Migration zu bewältigen.

Die diesbezüglichen Vorschläge reichen von der Aufnahme gleichberechtigter Handelsbeziehungen über Investitionen in mehr Entwicklungshilfepläne und in die akademische Ausbildung bis hin zur beruflichen Entwicklung der Menschen in Ländern der Dritten Welt (siehe [Idee](#)).

In bestimmten Beiträgen wird die EU zur Verantwortung gezogen, und zwar auf der Grundlage, dass sie zur regionalen Destabilisierung beigetragen habe, beispielsweise durch eine militärische Beteiligung Europas oder durch subventionierte Agrarausfuhren in Entwicklungsländer, die zu einer Destabilisierung führen (siehe [Idee](#)).

Auch um die Ursachen dieser wirtschaftlichen Ungleichheiten anzugehen, befürworten manche Teilnehmende die Förderung einer nachhaltigen, klimawandelresistenten Landwirtschaft in Entwicklungsländern (siehe [Idee](#)). Dadurch könnte auch der „Klimamigration“ entgegengewirkt werden (siehe Beispiel einer [Idee und Veranstaltung](#)).

## Ungeregelte Migration aus Drittländern als Bedrohung



Die Beitragenden nehmen in ihren Ideen und Beiträgen zum Thema „Migration“ kein Blatt vor den Mund. Ein beobachteter Aspekt betrifft das Gefühl, dass die Migration aus Drittländern eine Bedrohung der Zivilisation, Identität, Werte und Kultur der EU darstellt (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In den Beiträgen werden Standpunkte und Ansichten darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Migration aus Drittländern zum Terrorismus und zur Schaffung von Ghettos und Gefahrenzonen in der EU beiträgt (siehe [Idee](#)). Diese Beitragenden fordern Maßnahmen zur Beschränkung der Migration aus Drittländern, eine strengere Repatriierungspolitik und Strategien, um die Mobilität der Migranten zu erschweren, wie strengere Grenzkontrollen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einem Beitrag wird vor der potenziellen Ausnutzung illegaler Migration als (politische) Waffe gewarnt, wobei insbesondere auf den umfangreichen Zustrom von Migranten aus Belarus an die litauischen Grenzen aufmerksam gemacht wird (siehe [Idee](#)). Von Beitragenden wird auch ein Modell diskutiert, das es gestattet, Flüchtlinge zur Prüfung ihrer Anträge in Asylzentren in ein Partnerland zu verbringen (siehe [Idee](#)).



## Integration

Im Rahmen des Themas „Migration“ werden ferner Ideen zur Integration geäußert, wobei eine überwachte Nachverfolgung für Migranten gefordert wird, um ihre vollständige Integration in die EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen. In einer Idee wird der Anerkennung und weiteren Aktivierung der Migranten und Mitglieder von Aufnahmegemeinschaften als Transformatoren ein großes Potenzial zugeschrieben (siehe [Idee](#)). Bildung wird als Schlüssel zur Integration angesehen, wobei die Sprache und die europäischen Werte eine zentrale Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sind die Beitragenden der Ansicht, dass mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattete Programme erforderlich sind, um die Inklusion von Migrantenkindern im Schulalter in das öffentliche Bildungssystem zu unterstützen (siehe [Idee](#)). In weiteren

Ideen wird der Schwerpunkt auf die Tertiärbildung als Schlüssel für eine bessere Integration gelegt. In diesem Sinne wird ein verbesserter Zugang zu universitären Studiengängen für junge Flüchtlinge befürwortet (siehe [Idee](#)).

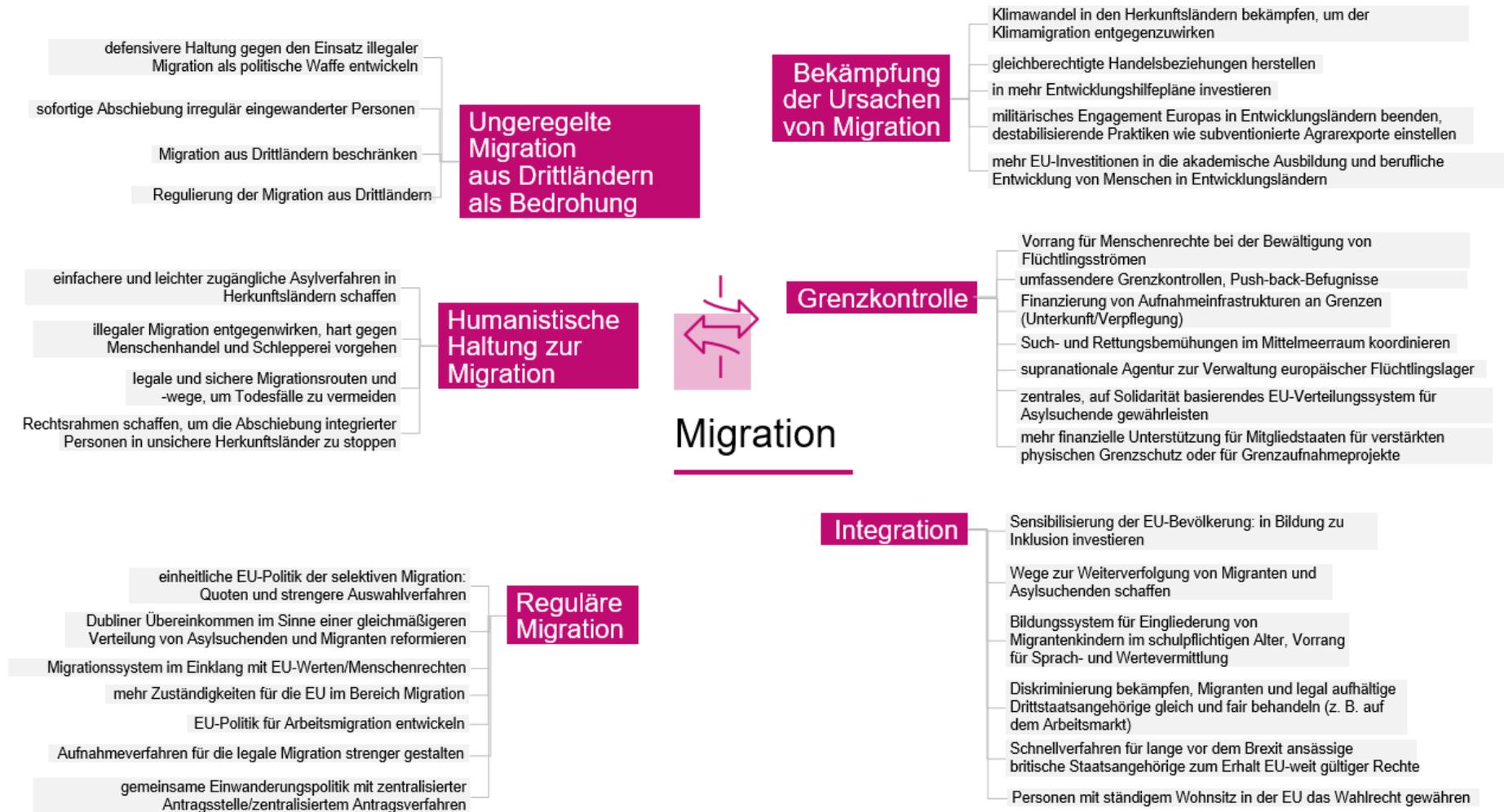
Die Beitragenden sind der Auffassung, dass eine geografische Verteilung der Migranten von entscheidender Bedeutung ist, um die Integration zu erreichen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und die Bildung von Ghettos zu vermeiden (siehe [Idee](#)). Es werden Informationskampagnen und -programme gefordert, um die Bürgerinnen und Bürger der EU für die Bekämpfung des Rassismus zu sensibilisieren und zu einer wirklich inklusiven Gesellschaft überzugehen. In Verbindung mit den Stellungnahmen zu Rassismus und Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt wird eine gleiche und faire Behandlung der Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in der Union aufhalten, gefordert (siehe [Idee](#)). Was Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betrifft, so wird in einem Beitrag auf die Notwendigkeit von (Volkszählungs-)daten über die ethnische Herkunft von Migranten hingewiesen, um für die Politikgestaltung eine wirksame Grundlage zu bieten (siehe [Idee](#)).

Einige der Teilnehmenden bedauern, dass Personen mit ständigem Wohnsitz in der EU Rechte verwehrt werden. Sie weisen darauf hin, dass die Union Personen, deren ständiger Wohnsitz seit langem in der EU liegt, weder ein Wahlrecht noch andere Vorteile gewährt, die es für sie attraktiver machen könnten, die Unionsbürgerschaft zu beantragen (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende erachten dieses Thema in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs, die vor dem Brexit in der EU gelebt haben, als besonders dringlich. In einer Idee, die zu kontroversen Diskussionen geführt hat, wird die Einführung eines Schnellverfahrens vorgeschlagen, damit britische Bürgerinnen und Bürger, die vor dem Brexit in der EU gelebt haben, EU-weite Rechte erhalten können (siehe [Idee](#)).



Abbildung 16 – Mindmap „Einwanderung“





# 10. Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die Ideen, die zu dem Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ geäußert wurden, decken aufgrund des zahlreiche Aspekte umfassenden Charakters eine Vielzahl von Inhalten ab. Wie auch an anderen Stellen auf der Plattform ist die Forderung, eine EU-Identität zu fördern, ein immer wiederkehrendes Element der Beiträge zu diesem Thema, wobei unter anderem der Austausch, der gegenseitige Kontakt und die Mobilität angesprochen werden. Zu diesem Thema wurden insgesamt 2617 Beiträge verzeichnet, und zwar 863 Ideen, 1185 Kommentare und 569 Veranstaltungen. Die verschiedenen Ideen lassen sich

in die folgenden, auf der mehrsprachigen digitalen Plattform dargelegten Kategorien einteilen:

- **Förderung einer gemeinsamen EU-Identität**
- **Zukunftsfähige Bildung**
- **Mobilität innerhalb der Union**
- **Jugendarbeitslosigkeit**
- **Europäisches Kulturerbe**
- **Berufstätige im Kreativsektor**

## Veranstaltungen

Die unterschiedliche Art der Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Aspekt „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ spiegelt die Verschiedenheit der Unter Aspekte wider, die unter dem Schirm dieses Aspekts vereinigt sind. Seit dem Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas wurden in verschiedenen EU-Ländern hunderte von Veranstaltungen organisiert.

Eine Kampagne zur Verstärkung der Stimmen unterrepräsentierter Gemeinschaften, insbesondere um das Thema Kultur (siehe [Veranstaltung](#)) wurde gestartet. Die Kampagne „Amplify“ wurde gleichzeitig in zwölf europäischen Ländern unter Teilnahme vieler Berufstätiger im Kreativsektor gestartet, die besondere Sitzungen organisierten, um zentrale Fragen zu ermitteln und Empfehlungen zu entwerfen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Die Bedeutung der Unterstützung der EU und der internationalen Zusammenarbeit wurde durch die zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionen dieser Art unterstrichen, die in abgelegenen und ländlichen Gebieten organisiert wurden (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Mit Blick auf das Thema Bildung wurde in den letzten Monaten die größte Zahl an Veranstaltungen abgehalten, wobei es sich um unterschiedliche Veranstaltungen handelte. Sie waren oft darauf ausgelegt, junge Schüler/innen zu den Hauptprotagonisten der Debatte zu machen, sowohl in Hauptstädten (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) als auch eher in Randgebieten, wobei die Schüler/innen ihre eigenen Ansichten und Gedanken zur Zukunft der Bildung vortrugen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Gelegentlich hatten die Schüler/innen die Möglichkeit, sich an Diskussionen außerhalb des Schulkontexts zu beteiligen, zum Beispiel im Rahmen einer Konsultationskampagne, die anlässlich einer Fachmesse für allgemeine und berufliche Bildung organisiert wurde (siehe [Veranstaltung](#)).

Einige wenige Veranstaltungen wurden auch mit dem Ziel organisiert, Lehrkräfte dazu zu ermutigen, ihre Ideen und Gedanken zur Bildung mitzuteilen und auf der Konferenz zu präsentieren (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Die Online-Diskussionen über die Zukunft der Bildung waren in manchen Fällen allgemein und allumfassend, während sie in anderen Fällen auf sehr spezifische Fragen und Methoden ausgerichtet waren, wie im Fall einer Veranstaltung in Malta, auf der es vor allem um lebenslanges Lernen und MINT-Kompetenzen ging (siehe [Veranstaltung](#)).

Bemerkenswerterweise wurde eine Veranstaltung als Wettbewerb zwischen Schüler/innen organisiert, die ihre Beiträge für die Konferenz in Form von Aufsätzen einreichten. Insgesamt wurden 65 Aufsätze aus ganz Kroatien für diese Veranstaltung eingereicht, von denen drei ausgezeichnet wurden (siehe [Veranstaltung](#)).



## Förderung gemeinsamen Identität einer EU-

Bei mehreren Ideen geht es um die Schaffung von mehr EU-Medienportalen (TV, Radio und soziale Medien), um die europäischen Bürgerinnen und Bürger besser in EU-Angelegenheiten einzubinden, mit dem letztendlichen Ziel, die Identität und die Grundwerte Europas zu stärken (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Viele Teilnehmende unterstützen auch die Idee, die Verbreitung europäischer Medienproduktionen zu fördern, etwa durch die Schaffung eines gemeinsamen EU-Medienmarktes (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Einer Idee zufolge soll eine spezielle EU-Medienplattform geschaffen werden, die auf das Erlernen von Sprachen zugeschnitten ist (siehe [Idee](#)).

Das Konzept des Sprachunterrichts zur Förderung des interkulturellen Austauschs und seines Beitrags zu einer gemeinsamen EU-Identität wurden im letzter Zeit weiterentwickelt. In mehreren Beiträgen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, eine einsprachige Schulausbildung zu überwinden, und die Anerkennung der heterogenen und mehrsprachigen Natur Europas als Ressource gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In ähnlicher Weise wurde auf einer Podiumsdiskussion in Berlin die Mehrsprachigkeit in Europa und die Möglichkeiten zur Anerkennung und Förderung der mehrsprachigen Vielfalt besprochen (siehe [Veranstaltung](#)).



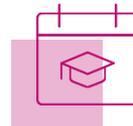
Die Einführung einer gemeinsamen europäischen Sprache ist nach Ansicht zahlreicher Teilnehmender ebenfalls eine Möglichkeit, die europäische Integration zu fördern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Dies wird auch unter dem Thema „Andere Ideen“ ausführlich diskutiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Im Rahmen der Diskussion werden die verschiedenen Vor- und Nachteile einer solchen gemeinsamen europäischen Sprache und die unterschiedlichen möglichen Sprachen behandelt, darunter Esperanto (siehe Beispiel einer [Idee](#) oder siehe [Idee](#)), Latein (siehe Beispiel einer [Idee](#)) oder Englisch (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Eine Diskussion über Esperanto hat online ein gewisses Interesse geweckt, was die Lebhaftigkeit der Debatte über eine neutrale Sprache für alle EU-Länder widerspiegelt (siehe [Veranstaltung](#)).

Einige Ideen befassen sich mit dem Unteraspekt Bildung, wobei die Beitragenden vorschlagen, in allen europäischen Sekundarschulen einen Pflichtkurs über die Geschichte und die Institutionen der EU einzuführen, damit jüngere Generationen ein Interesse für die EU und ein Verantwortungsgefühl ihr gegenüber entwickeln und somit der Prozess der Heranbildung einer europäischen Identität verstärkt wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In weiteren Ideen im Zusammenhang mit der Bildung als Mittel zur Förderung einer gemeinsamen EU-Identität werden verschiedene Arten von Austauschprogrammen oder Partnerschaften zwischen Schulen in verschiedenen Mitgliedstaaten vorgeschlagen, um Freundschaften über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg zu fördern (siehe [Idee](#)).

Im Rahmen des Unteraspekts „Sport“ im Zusammenhang mit der Förderung einer gemeinsamen EU-Identität werden die Organisation weiterer länderübergreifender, intereuropäischer Sportveranstaltungen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und die mögliche Aufstellung eines europäischen Sportteams, das bei internationalen Veranstaltungen antreten könnte (siehe Beispiel einer [Idee](#)), diskutiert. Darüber hinaus wurde die Bedeutung gemeinsamer EU-Symbole im Zusammenhang mit der Schaffung einer gemeinsamen EU-Identität thematisiert, unter anderem mit einer Idee, EU-Flaggen auf der Sportausrüstung und -bekleidung von Sportler/innen aus den EU-Mitgliedstaaten zu anzubringen (siehe [Idee](#)).

In einer weiteren Idee, die auch häufig in anderen Prioritäten erwähnt wird, wird die Schaffung eines europäischen Feiertags am 9. Mai unterstützt, um die Initiativen zum Aufbau einer europäischen Gemeinschaft

auf dem gesamten Kontinent zu fördern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Zukunftsfähige Bildung

In zahlreichen Ideen wird zum Ausdruck gebracht, dass die Bildung im derzeitigen digitalen Zeitalter überdacht werden muss, insbesondere nachdem sich die Lehrmethoden in Schulen und Universitäten infolge der COVID-19-Pandemie verändert haben. Nach Auffassung zahlreicher Beitragender ist das Überdenken der Bildung im digitalen Zeitalter eine Voraussetzung für die künftige globale Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung Europas (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Um den Zugang zu Kursen, digitalen Zertifikaten und Forschungsmaterialien zu erleichtern sowie ein einheitliches Verzeichnis für alle akademischen Ressourcen zu schaffen, wird die Einrichtung einer einheitlichen europäischen digitalen Plattform vorgeschlagen, die allen akkreditierten Hochschulen der EU offenstehen soll (siehe [Idee](#)). Die Forderung geht damit einher, dass IKT in Schulen und Universitäten gefördert werden muss, auch indem Schulen bei der Anschaffung von Hardware finanziell unterstützt werden (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In Verbindung mit dem Problem der angemessenen Ausstattung und der Räumlichkeiten für Bildungszwecke gehört der Vorschlag eines europäischen Bildungsplans zu denen, die von den Nutzerinnen und Nutzern der Plattform stark unterstützt wurden. Hierbei würde es sich um „eine europäische Strategie [handeln], die sich darauf konzentriert, Direktinvestitionen in die Bildungsinfrastruktur zu unterstützen und die Zugänglichkeit, Konnektivität und Qualität der Bildung sowie des lebenslangen Lernens zu verbessern“ (siehe [Idee](#)).

Die Förderung persönlicher Kompetenzen und insbesondere künstlerischer Tätigkeiten wird in den Beiträgen oft als weiterer wichtiger Schritt gesehen, um das kritische Denken der Studierenden in der EU zu entwickeln und ihre globalen Werte zu stärken, vor allem im jungen Alter (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Die Einführung inklusiver Lehrmethoden und generell die Förderung der Diversität im



Bildungsbereich wird als wichtiges Ziel für die Zukunft der Bildung EU erachtet (siehe [Idee](#)).

In Ideen zu einem weiteren Unteraspekt wird angesprochen, dass die Lehrmethoden reformiert werden müssen, um es den künftigen Erwachsenen zu ermöglichen, als aktive Bürgerinnen und Bürger an der EU teilzuhaben. Neben dem oben genannten Austausch und der Bildung über die EU werden in diesem Unteraspekt Ideen zusammengefasst, in denen die Notwendigkeit angesprochen wird, die aktive gesellschaftliche Teilhabe junger Schülerinnen und Schüler an Schulen (siehe [Idee](#)) oder interkulturelle Kompetenzen, beispielsweise durch mehr Fremdsprachenpraxis, zu fördern (siehe [Idee](#)). Eine damit verwandte Idee, nämlich die sprachliche Vielfalt der Sprachen und die Rolle, die ihre Medienpräsenz für die Erleichterung des Sprachenlernens und die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität spielen kann, wurde in einer Reihe von Veranstaltungen diskutiert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

Eine Gruppe von Beitragenden wies darauf hin, dass das gegenwärtige Bildungssystem überdacht werden müsse, um unsere Jugend auf die Zukunft vorzubereiten. Sie fordern Bildungsinhalte über den Klimawandel (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und Mechanismen zur Verbesserung der MINT-Kompetenzen junger Menschen, etwa durch ein EU-weites Programm für grundlegende Kompetenzen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) (siehe [Idee](#)). Zusätzlich fordern Beitragende eine Schulung junger Menschen im Bereich des digitalen Wohlergehens (siehe Beispiel einer [Idee](#)), wie es bereits unter dem Aspekt des digitalen Wandels erörtert wurde.

In einer Reihe von Ideen geht es ferner um die Abstimmung der (beruflichen) Bildung mit der Arbeitswelt (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und die Förderung unternehmerischer Kompetenzen im Bildungswesen (siehe [Idee](#)). In dieser Hinsicht wird auch die Einführung einer verpflichtenden Berufsorientierung vorgeschlagen, um die Talente und Interessen von Schüler/innen früh während ihrer Schullaufbahn zu bewerten (siehe [Idee](#)).

## Mobilität innerhalb der EU



Einige Teilnehmende schlagen vor, ein EU-geführtes Online-Portal für die Bewerbung für Hochschulprogramme in der EU einzurichten. Mit diesem Portal könnte es Studierenden ermöglicht werden, sich gleichzeitig für verschiedene Programme innerhalb der Europäischen Union zu bewerben (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Ein weiterer Unteraspekt, der von mehreren Beitragenden angesprochen wurde, betrifft die Ausweitung der Erasmus-Stipendien auf junge Menschen, die keine Hochschule besuchen, beispielsweise auf Schülerinnen und Schüler, die sich in der Sekundarstufe befinden oder eine Berufsausbildung absolvieren. Dadurch würden Menschen, die keine Hochschule besuchen, die Gelegenheit erhalten, im Ausland zu leben, bewährte Praktiken auszutauschen, neue Sprachen und Kulturen zu lernen und ihre Kompetenzen im Allgemeinen zu erweitern (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Außerdem betonten Teilnehmende die Notwendigkeit, das Erasmus-Programm für Studierende mit niedrigem Einkommen zugänglicher zu machen. Eine Idee besteht darin, die Erasmus-Stipendien an die Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern anzupassen (siehe [Idee](#)). In diesem Sinne wird vorgeschlagen, die Universität im Zielland mit der Vergabe von Erasmus-Stipendien zu betrauen, damit Bewerber/innen sich direkt bei ihrer bevorzugten Zieluniversität statt bei ihrer Heimatuniversität bewerben können (siehe [Idee](#)).

Der Wunsch, die gegenwärtige Form des Programms zu verbessern, zeigt das Bewusstsein für die Bedeutung von Programmen für Bildungsmobilität auf. Dies zeigt sich auch an verschiedenen Veranstaltungen zu diesem Thema, die mit den beiden oben erörterten Ideen in Zusammenhang stehen (siehe [Veranstaltung](#)).

Generell kommen Ideen zur Zugänglichkeit und Inklusivität der Erasmus-Stipendien immer wieder häufig auf. Zum Beispiel wird in den neuesten Beiträgen vorgeschlagen, das Erasmus-Programm auf andere Ausbildungsbereiche auszuweiten, wie Landwirtschaft und andere Handwerksberufe (siehe [Idee](#)).

Ferner steht die Initiative „DiscoverEU“ im Mittelpunkt. Einige Teilnehmende schlagen vor, die Initiative „DiscoverEU“ auf alle jungen Europäerinnen und Europäer

im Alter von 18 Jahren auszuweiten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Schließlich betrifft eine Idee zum Thema der akademischen Mobilität die Ratifizierung des Lissabonner Anerkennungsübereinkommens, um die berufliche und akademische Mobilität in Griechenland zu erleichtern (siehe [Idee](#)).

In einer einzigartigen Idee zur Mobilität, die potenziell Studierenden aus Nicht-EU-Ländern zugute kommt, geht es um die Einrichtung eines europäischen Stipendiums für „gefährdete Studierende“, die in ihrem eigenen Land verfolgt werden, um die akademische Freiheit zu schützen (siehe [Idee](#)).



## Jugend- arbeitslosigkeit

Die am zweithäufigsten unterstützte Idee zum Thema „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ betrifft den wachsenden Anteil junger Menschen in Europa, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren (NEET). Die Teilnehmenden heben insbesondere hervor, dass die NEET in der heutigen europäischen Gesellschaft eine der schutzbedürftigsten Gruppen darstellen, und äußern die starke Besorgnis, dass sie die nächsten Opfer der wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 sein werden. Aus diesem Grund sind die Teilnehmenden der Ansicht, dass die EU unmittelbare und konkrete Maßnahmen ergreifen muss, nicht nur um das NEET-Phänomen anzugehen, sondern auch um bessere Arbeitsbedingungen in von jungen Menschen dominierten Branchen zu gewährleisten (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In manchen auf der Plattform hinzugefügten Ideen in diesem Zusammenhang wird auf die Schulung für das Verfassen von Projekten und das Unternehmertum, sowie auf die Notwendigkeit einer besseren Anerkennung des informellen Lernens verwiesen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



## Europäisches Kulturerbe

Im Zusammenhang mit diesem Aspekt fordern die Beitragenden, dass die europäische Kultur und das europäische Kulturerbe beispielsweise durch die Ernennung eines EU-Kommissionsmitglieds für Kultur geschützt und gewürdigt werden (siehe [Idee](#)) und dass im Allgemeinen mehr in die Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Gedächtnisses der EU investiert wird. In letzter Zeit nahm die Zahl der Forderungen nach dem Schutz der Traditionen insbesondere von Minderheitengruppen zu (siehe [Veranstaltung](#)).

Auf einer allgemeineren Ebene wurde die Einrichtung einer virtuellen Bibliothek in Verbindung mit Bibliotheken der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, um seltene Bücher und Kunstwerke für alle Bürgerinnen und Bürger der EU breiter zugänglich zu machen (siehe [Idee](#)).



## Berufstätige im Kreativsektor

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeitsbedingungen von Berufstätigen im Kreativsektor sowie kreativen Gemeinschaften haben Anlass zu ernsthaften Überlegungen über ihren Status und die Rolle der EU-Institutionen bei der Schaffung eines Rechtsrahmens gegeben, der die Prekarität des Sektors verbessern würde (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Die Professionalisierung von Berufstätigen im Kultursektor war auf mehreren Veranstaltungen, die in Europa zum Thema Kultur organisiert wurden, ein zentrales Diskussionsthema (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)).

In weiteren Empfehlungen im Hinblick auf den Kreativsektor geht es sowohl um die Unterstützung von Organisationen, die auf lokaler Ebene arbeiten, als auch um die Einrichtung eines integrierten Systems nationaler und regionaler Kofinanzierung, das mehr internationale



Zusammenarbeit erleichtern würde (siehe Beispiel einer [Idee](#)).



Abbildung 17 – Mindmap „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“





# ANHANG I: Aufstellung der am häufigsten unterstützten und kommentierten Ideen nach Themen



## Am häufigsten kommentierte und unterstützte Ideen nach Themen (19.4. – 3.11.2021)

In diesem Anhang werden die mit Stand vom 3. November 2021 am meisten unterstützten und kommentierten Ideen unter jedem Aspekt vorgestellt; sie umfassen sowohl Vorschläge von Einzelpersonen als auch Ideen, die von Organisationen vorgebracht werden. Dazu gehören auch die unter „Weitere Ideen“ registrierten Ideen. Im Rest des Berichts wurden die auf der Plattform unter „Weitere Ideen“ genannten Ideen einem der neun oben genannten Themen oder – im Falle von Querschnittsfragen – mehreren Themen zugeordnet. Mit diesem Anhang soll zum einen das hohe Interesse an bestimmten Ideen auf der Plattform zum Ausdruck gebracht werden, und zum anderen die intensive Debatte darüber widerspiegelt werden.

Beachten Sie, dass Unterstützungen dem Konzept „gefällt mir/positiv bewerten“ in sozialen Medien ähneln. Damit kann das Interesse der Teilnehmenden an einer Idee und ihre allgemeine Befürwortung dieser Idee angegeben werden, ohne jedoch auf etwaige gegenteilige Standpunkte hinzuweisen. Daher ist die Anzahl der Unterstützungen kein Indikator für die allgemeine Zustimmung zur Idee, sondern nur einer von vielen Aspekten, der bei der Analyse der Beiträge auf der Plattform berücksichtigt wird. Kommentare können verschiedenste Rückmeldungen umfassen, sie können neutral ausfallen oder Zustimmung bzw. Ablehnung ausdrücken. Weitere Hintergrundinformationen über die Analyse von Beiträgen auf der Plattform finden Sie in Anhang II.

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
<b>Klimawandel und Umwelt</b>	<b>Idee: Ein gerechter Übergang</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 358 Kommentare: 13	<b>Idee: Förderung der Kernenergie, wo erneuerbare Energien nicht genutzt werden können</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 110 Kommentare: 150
	<b>Idee: Einstellung aller Subventionen für fossile Brennstoffe</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 295 Kommentare: 28	<b>Idee: Verbesserung des Schutzes von Natur, Umwelt, Biodiversität und Menschen bei der Entwicklung industrieller Windkraftanlagen in Europa</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 33 Kommentare: 77
	<b>Idee: Euro Trainscanner (übersetzt)</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 182 Kommentare: 44	<b>Idee: Reduzierung der Umweltverschmutzung durch Einwanderungspolitik</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 7 Kommentare: 74
	<b>Idee: Ein zugänglicheres und empfehlenswerteres europäisches Schienennetz als Ersatz für</b>	<b>Idee: Nuklearenergie in den Mittelpunkt des grünen Wandels rücken</b> (siehe <a href="#">Idee</a> )



	<p><b>Flugverbindungen innerhalb der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 191</p> <p>Kommentare: 32</p>	<p>Unterstützungen: 29</p> <p>Kommentare: 67</p>
	<p><b>Idee: Wiederaufforstung Europas</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 147</p> <p>Kommentare: 25</p>	<p><b>Idee: Menschen zu weniger Fleischkonsum anregen</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 47</p> <p>Kommentare: 52</p>

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
Gesundheit	<p><b>Idee: Wissenschaftsintensive Technologien für gesunde Langlebigkeit: Entwicklung und Zugang</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 466</p> <p>Kommentare: 78</p>	<p><b>Idee: Beendigung der Zeitumstellung auf Sommerzeit: Einführung der astronomisch korrekten Zeit und optionale Vorgabe, Öffnungszeiten um 1 Stunde vorzuziehen</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 35</p> <p>Kommentare: 130</p>
	<p><b>Idee: Gleichberechtigter Zugang zu erschwinglichen und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, einschließlich im Gesundheitssektor</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 339</p> <p>Kommentare: 13</p>	<p><b>Idee: Wissenschaftsintensive Technologien für gesunde Langlebigkeit: Entwicklung und Zugang</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 466</p> <p>Kommentare: 78</p>
	<p><b>Idee: Forschung zur myalgischen Enzephalomyelitis (ME/CFS)</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 216</p> <p>Kommentare: 5</p>	<p><b>Idee: Schwerpunkt auf der Forschung zu Alterungsschutz und Langlebigkeit</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 145</p> <p>Kommentare: 31</p>
	<p><b>Idee: Schwerpunkt auf der Forschung zu Alterungsschutz und Langlebigkeit</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 145</p> <p>Kommentare: 31</p>	<p><b>Idee: NEIN zu digitalen (grünen) Impfpässen, Zertifikaten und möglichen Chip-Implantaten, da diese auf der Grundlage der Impfung zu einer Zweiklassengesellschaft führen würde</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 13</p> <p>Kommentare: 25</p>
	<p><b>Idee: Änderung des Vertrags zur Stärkung der Befugnisse der EU im Gesundheitsbereich</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p> <p>Unterstützungen: 87</p> <p>Kommentare: 5</p>	<p><b>Idee: Mehrsprachigkeit im Krankenhaus: Medizinisches Personal in der internationalen Sprache Esperanto schulen</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p>



		Unterstützungen: 11 Kommentare: 22
--	--	---------------------------------------

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung	<b>Idee: Europäische Säule sozialer Rechte für eine soziale Marktwirtschaft</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 365 Kommentare: 24	<b>Idee: Bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU als Grundlage für die Existenzsicherung und die gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 274 Kommentare: 88
	<b>Idee: Neues Wirtschaftsmodell und neue wirtschaftliche Steuerung in der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 354 Kommentare: 23	<b>Idee: Bedingungsloses Grundeinkommen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 76 Kommentare: 83
	<b>Idee: Ein erneuerter europäischer Sozialvertrag für eine gerechte Erholung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 338 Kommentare: 24	<b>Idee: Ein Sozialprotokoll in den Verträgen, um Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu stoppen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 310 Kommentare: 63
	<b>Idee: Ein Sozialprotokoll in den Verträgen, um Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu stoppen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 310 Kommentare: 63	<b>Idee: Wie viel Geld würde Esperanto der Europäischen Union einsparen?</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 66 Kommentare: 51
	<b>Idee: Bedingungslose Grundeinkommen in der gesamten EU als Grundlage für die Existenzsicherung und die gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 274 Kommentare: 88	<b>Idee: Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU bekämpfen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 229 Kommentare: 49

Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
---------------------------	---------------------------



Die EU in der Welt	<b>Idee: Aufstellung einer europäischen Armee</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 399 Kommentare: 201	<b>Idee: Aufstellung einer europäischen Armee</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 399 Kommentare: 201
	<b>Idee: EGB fordert eine Reform der EU-Handels- und Investitionspolitik und die Wiederaufnahme des globalen Multilateralismus</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 350 Kommentare: 9	<b>Idee: Fortsetzung der EU-Erweiterung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 181 Kommentare: 52
	<b>Idee: Außenpolitik auf EU-Ebene, die auf der absoluten Mehrheit und nicht auf Einstimmigkeit beruht</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 234 Kommentare: 43	<b>Idee: Außenpolitik auf EU-Ebene, die auf der absoluten Mehrheit und nicht auf Einstimmigkeit beruht</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 234 Kommentare: 43
	<b>Idee: Gemeinsam handeln: die EU als globaler Akteur</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 230 Kommentare: 19	<b>Idee: Integration der Streitkräfte der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 15 Kommentare: 33
	<b>Idee: Strategische Autonomie</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 196 Kommentare: 27	<b>Idee: Strategische Autonomie</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 196 Kommentare: 27

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit	<b>Idee: Stärkere Durchsetzbarkeit von Menschenrechtsinstrumenten</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 344 Kommentare: 9	<b>Idee: Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 57 Kommentare: 178
	<b>Idee: Gleichstellung der Geschlechter</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 343 Kommentare: 13	<b>Idee: Europäisches Militär</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 4 Kommentare: 60
	<b>Idee: Die EU sollte die Verpflichtung, die Rechtsstaatlichkeit zu achten, innerhalb ihrer Grenzen durchsetzen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 199	<b>Idee: Si vis pacem, para bellum: 2022 Verteidigungs- und Abschreckungsziele der EU festlegen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 4 Kommentare: 40



	Kommentare: 22	
	<b>Idee: Schutz unserer Grundwerte: Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 194 Kommentare: 15	<b>Idee: Objektive, faktengestützte Informationen über Esperanto! Gleiche Rechte für Esperanto-Sprecher!</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 150 Kommentare: 39
	<b>Idee: Objektive, faktengestützte Informationen über Esperanto! Gleiche Rechte für Esperanto-Sprecher!</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 150 Kommentare: 39	<b>Idee: Das Kinderschutz- und Familienrecht Finnlands muss radikal reformiert werden.</b> (Siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 14 Kommentare: 33

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
<b>Digitaler Wandel</b>	<b>Idee: Faire Digitalisierung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 375 Kommentare: 32	<b>Idee: EU-CAP = Awareness-Plattform für europäische Bürgerinnen und Bürger</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 0 Kommentare: 81
	<b>Idee: Öffentliche Förderung von Open-Source-Soft- und -Hardware</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 144 Kommentare: 9	<b>Idee: Verbot von Kryptowährungen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 13 Kommentare: 47
	<b>Idee: Europäische Chipherstellung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 110 Kommentare: 32	<b>Idee: Grundeinkommen für Open-Source-Maintainer</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 52 Kommentare: 37
	<b>Idee: Kickstarter sollte für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger gleichermaßen zugänglich sein</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 99 Kommentare: 11	<b>Idee: Europäische Chipherstellung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 110 Kommentare: 32
	<b>Idee: DSGVO: Die Ablehnung der Erhebung personenbezogener Daten sollte mindestens so einfach sein wie die Zustimmung dazu</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 92 Kommentare: 5	<b>Idee: Faire Digitalisierung</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 375 Kommentare: 32



	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
Demokratie in Europa	<b>Idee: Ein Reformplan für eine bürgerbasierte Demokratie in Europa</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 570 Kommentare: 53	<b>Idee: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sprache</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 108 Kommentare: 167
	<b>Idee: Gemeinsam stärker: eine demokratische europäische Föderation</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 496 Kommentare: 133	<b>Idee: Gemeinsam stärker: eine demokratische europäische Föderation</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 496 Kommentare: 133
	<b>Idee: Wirklich europäische Wahlen: länderübergreifende EU-weite Kandidatenlisten</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 401 Kommentare: 95	<b>Idee: Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Union</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 196 Kommentare: 107
	<b>Idee: Protokoll über den sozialen Fortschritt</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 367 Kommentare: 19	<b>Idee: Die Demokratie in Europa beginnt mit einer gemeinsamen Sprache: Esperanto</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 36 Kommentare: 101
	<b>Idee: Bessere Beschlussfassung für ein gerechteres Europa</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 363 Kommentare: 22	<b>Idee: Wirklich europäische Wahlen: länderübergreifende EU-weite Kandidatenlisten</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 401 Kommentare: 95

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
Migration	<b>Idee: Eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik, die auf der Achtung der Rechte und der Gleichbehandlung beruht</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 373 Kommentare: 26	<b>Idee: Keine Zuwanderung mehr aus Ländern, die nicht europäisch sind oder nicht der Ersten Welt angehören</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 101 Kommentare: 110
	<b>Idee: Keine Zuwanderung mehr aus Ländern, die nicht europäisch sind oder nicht der Ersten Welt angehören</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 101 Kommentare: 110	<b>Idee: Abschiebung unberechtigter Asylbewerber/Migranten</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 37 Kommentare: 89



	<p><b>Idee: Migration und Integration</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 68 Kommentare: 65</p>	<p><b>Idee: Migration und Integration</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 68 Kommentare: 65</p>
	<p><b>Idee: Ausweisung aus der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 65 Kommentare: 37</p>	<p><b>Idee: Ausweisung aus der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 65 Kommentare: 37</p>
	<p><b>Idee: Vorstellungen der Jugendorganisation LYMEC über die politischen Prioritäten im Bereich Asyl und Migration</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 62 Kommentare: 1</p>	<p><b>Idee: Gewährung EU-weiter Rechte für britische Bürgerinnen und Bürger, die in einem EU-Land ansässig sind</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 14 Kommentare: 35</p>

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
<b>Bildung, Kultur, Jugend und Sport</b>	<p><b>Idee: Die EU braucht besseren Spracherwerb</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 469 Kommentare: 88</p>	<p><b>Idee: Die EU braucht besseren Spracherwerb</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 469 Kommentare: 88</p>
	<p><b>Idee: Jugend. Die EU darf das Prekariat nicht fördern</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 361 Kommentare: 13</p>	<p><b>Idee: Sprachunterricht in Europa</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 151 Kommentare: 75</p>
	<p><b>Idee: Lebenslanges Lernen und das Recht auf Ausbildung sollten für alle Menschen in Europa Wirklichkeit werden</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 353 Kommentare: 14</p>	<p><b>Idee: Glücklichere Sprachlernende, erfolgreichere Sprachlehrende</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 101 Kommentare: 63</p>
	<p><b>Idee: Eine Schulstunde über Esperanto für die Schulkinder der Europäischen Union</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 186 Kommentare: 46</p>	<p><b>Idee: Esperanto: internationale Verkehrssprache</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 83 Kommentare: 57</p>
	<p><b>Idee: Der europäische Bildungsplan: Investitionen in hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen für alle auf EU-Ebene</b> (siehe <a href="#">Idee</a>)</p>	<p><b>Idee: Eine Schulstunde über Esperanto für die Schulkinder der Europäischen Union</b> (siehe <a href="#">Idee</a>) Unterstützungen: 186</p>



	Unterstützungen: 175 Kommentare: 47	Kommentare: 46
--	--	----------------

	Am häufigsten unterstützt	Am häufigsten kommentiert
<b>Weitere Ideen</b>	<b>Idee: Offizielle Anerkennung von Esperanto als eine der Sprachen der Bürgerinnen und Bürger der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 307 Kommentare: 135	<b>Idee: Esperanto, eine gemeinsame neutrale Sprache, leicht erlernbar, ein Werkzeug für eine geeintere Europäische Union</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 248 Kommentare: 229
	<b>Idee: Esperanto, eine gemeinsame neutrale Sprache, leicht erlernbar, ein Werkzeug für eine geeintere Europäische Union</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 248 Kommentare: 229	<b>Idee: Offizielle Anerkennung von Esperanto als eine der Sprachen der Bürgerinnen und Bürger der EU</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 307 Kommentare: 135
	<b>Idee: Eine föderative europäische Republik</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 140 Kommentare: 19	<b>Idee: Europaflagge grüßen</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 0 Kommentare: 120
	<b>Idee: Unione Europea – stato federale</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 120 Kommentare: 80	<b>Idee: Unione Europea – stato federale</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 120 Kommentare: 80
	<b>Idee: Hören wir auf, die europäische Bürgerschaft an die Staatsbürgerschaft der Nationalstaaten zu binden. Geben wir den Menschen die Möglichkeit, einen europäischen Pass zu haben</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 115 Kommentare: 18	<b>Idee: Wählt DIE offizielle Sprache</b> (siehe <a href="#">Idee</a> ) Unterstützungen: 13 Kommentare: 72



## ANHANG II: Methode

Die für die Analyse in diesem Bericht verwendeten Parameter stammen von einer Live-Plattform, auf der die Daten fortlaufend aktualisiert werden, auch während der Analyse durch das Forschungsteam.

Die wichtigsten Parameter für die **quantitative Analyse** lauten wie folgt:

- Numerische Daten zu Ideen, die von Beitragenden eingestellt werden, sei es als Einzelpersonen oder als Vertreter einer Organisation. Die numerischen Daten bestehen aus der Anzahl der Ideen – insgesamt und innerhalb der verschiedenen Themen.
- Numerische Daten zu Unterstützungen: Unterstützungen ähneln dem Konzept „gefällt mir/positiv bewerten“ in sozialen Medien. Damit kann das Interesse der Teilnehmenden an einer Idee und ihre allgemeine Befürwortung dieser Idee angegeben werden, ohne jedoch auf etwaige gegenteilige Standpunkte hinzuweisen. Daher ist die Anzahl der Unterstützungen an sich kein Indikator für die allgemeine Zustimmung zur Idee, sondern nur einer von vielen Aspekten, der bei der Analyse der Beiträge auf der Plattform berücksichtigt wird. Die numerischen Daten bestehen aus der Anzahl der Unterstützungen – insgesamt, innerhalb der verschiedenen Themen und im Zusammenhang mit einer bestimmten Idee



(auch für die Sortierung der Ideen nach Anzahl der Unterstützungen verwendet).

- Numerische Daten zu den Kommentaren der Teilnehmenden: Die Analyse umfasst auch die Anzahl der Kommentare der Teilnehmenden zu den Ideen der anderen Teilnehmenden, da mit ihnen das Niveau der aktiven Beteiligung an einer Idee gemessen werden kann. Inhaltlich können die Kommentare verschiedenste Rückmeldungen umfassen, sie können neutral ausfallen oder Zustimmung bzw. Ablehnung ausdrücken. Dies spiegelt sich in der qualitativen Analyse wider (siehe unten). Die numerischen Daten bestehen aus der Anzahl der Kommentare – insgesamt, innerhalb der verschiedenen Themen und im Zusammenhang mit einer bestimmten Idee (auch für die Sortierung der Ideen nach Anzahl der Kommentare verwendet).
- Numerische Daten zu Veranstaltungen: Die Beitragenden können auf der Plattform Veranstaltungen anlegen und Berichte über Veranstaltungen hochladen. Die numerischen Daten umfassen die Anzahl der Veranstaltungen – insgesamt und innerhalb der verschiedenen Themen.
- Soziodemografische Daten (anonymisiert): Die Beitragenden werden ersucht, vor ihrer Interaktion mit der Plattform Angaben zu ihrem Wohnsitzland, ihrem Bildungsgrad, Alter, Geschlecht und Beschäftigungsstatus zu machen. Die Daten werden anonym verarbeitet. Da diese Angaben freiwillig gemacht werden (derzeit werden sie von etwa 75 % der Teilnehmenden gemacht), lassen sich nur begrenzte Erkenntnisse über die Teilnehmerprofile gewinnen. Die Teilnehmenden machen am wenigsten Angaben zu ihrem Beruf, Bildungsgrad und Wohnsitzland. Für Organisationen kann nur das Sitzland angegeben werden.

Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf der **qualitativen Analyse** auf der Grundlage von Ideen (einschließlich jener, die auf Veranstaltungen diskutiert werden) und Kommentaren, um einen Überblick über den Inhalt der Plattform zu verschaffen. Innerhalb der vordefinierten

Themen werden Aspekte und in einigen Fällen Unteraspekte festgelegt.

In der Praxis wurde innerhalb jedes Aspekts eine manuelle Textanalyse und ein Clustering aller vorgeschlagenen Ideen und abgeschlossenen Veranstaltungen mit Veranstaltungsberichten von einem Forschungsteam durchgeführt. Zur Unterstützung dieser Arbeit wurden die über die Plattform verfügbaren Inhalte von einem automatisierten System zur Textanalyse verarbeitet, das genutzt wurde, um den Analytikern beim Verständnis großer Textmengen zu helfen. Es ermöglicht die Gruppierung (Clustering) von Beiträgen über Sprachgrenzen hinweg und ermöglicht die Suche nach ähnlichen Inhalten auf der ganzen Plattform und in allen Sprachen. Analytiker benutzen das Textanalysesystem, um eine mehrsprachige Inhaltsanalyse zu erleichtern und das mehrfache Auftreten einer ähnlichen Idee in verschiedenen Beiträgen einfacher zu identifizieren. Das hilft bei der Bewertung der Häufigkeit eines identifizierten Aspektes oder Unteraspektes. Das Textanalysesystem bewertet nur die über die Plattform eingereichten Inhalte. Dazu gehören pseudonymisierte Antworten auf den soziodemografischen Fragebogen, der zur Zusammenstellung der soziodemografischen Daten benutzt wird, sowie die übrigen Inhalte (Ideen, Kommentare und Unterstützungen), die über die Plattform eingereicht wurden (einschließlich damit verbundener Metadaten wie dem Zeitpunkt der Eingabe). Anschließend hat das Forschungsteam die Ideen und Kommentare innerhalb des ermittelten Clusters sowie die Beschreibungen der Veranstaltungen und ihre Veranstaltungsberichte gelesen, um eine Zusammenfassung der gemeinsamen Aspekte und möglichen Unteraspekte zu liefern, wobei auch Abweichungen und mögliche strittige Punkte in den Kommentaren festgestellt wurden.

Das letztendliche Ziel dieses qualitativen Ansatzes ist nicht nur, die Aspekte oder Ideen zu erfassen, die die größte Aufmerksamkeit auf der Plattform erregen, sondern auch die Breite und Vielfalt der Ideen innerhalb eines Themas. Handelt es sich bei mehreren auf der Plattform eingereichten Ideen praktisch um dieselbe Idee oder denselben Unteraspekt, so werden in der Zusammenfassung qualitative Hinweise dazu gegeben, indem auf „wiederkehrende“ oder „die wichtigsten“ Ideen oder Unteraspekte Bezug genommen wird.

Die Zusammenfassungen enthalten ferner Links zu erläuternden Ideen oder Veranstaltungen, die einen



konkreten Vorschlag beschreiben oder eine gute Zusammenfassung des generellen Inhalts eines ermittelten Aspekts oder Unteraspekts bieten.

Bei der Analyse von Veranstaltungen konzentriert sich das Forschungsteam auf abgeschlossene Veranstaltungen mit einem Veranstaltungsbericht. Besondere Aufmerksamkeit wird den stärker partizipativen und deliberativen Konsultationsveranstaltungen gewidmet, um die Stimmen und Meinungen derjenigen Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, die sonst möglicherweise nicht den Weg zur digitalen Plattform finden würden.

Die Aufgliederung eines Themas in Aspekte und Unteraspekte oder Ideen wird in einer entsprechenden Mindmap grafisch dargestellt.